

Dr. h. c. Alfred Bayer:

### Wegmarken erfolgreicher Wirtschaftspolitik

Aus Anlass des 70. Geburtstages ihres Vorsitzenden veranstaltete die Hanns-Seidel-Stiftung ein Symposium mit hochkarätigen Experten. **Seite 3**



Tamara Bischof:

### Vehementer Kampf der Kostenlawine

Gemeinsam mit den Bürgermeistern hat Kitzingens Landrätin die spürbare Senkung des Sozialhilfekostenniveaus zur Chefsache erklärt. **Seite 5**



Prof. Dr. Werner Buchner:

### Markante Spuren hinterlassen

Der ehemalige Amtschef im Bayerischen Umweltministerium, der maßgeblich an dessen Aufbau beteiligt war, feierte seinen 70. Geburtstag. **Seite 2**

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 27. März 2003

54. Jahrgang / Nummer 7

## Informations- und Mobilisierungskampagne:

# „Rettet die Kommunen!“

Gemeindetagspräsident Brandl gab Startschuss für bundesweite Aktion

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Abensberger Bürgermeister Dr. Uwe Brandl hat in München den Startschuss für die vom Deutschen Städte- und Gemeindebund bundesweit organisierte Informations- und Mobilisierungskampagne „Rettet die Kommunen!“ gegeben. Mit dieser Aktion will der Bayerische Gemeindetag in den nächsten Monaten auf die dramatische Finanzkrise der Kommunen aufmerksam machen.

Geplant sind sowohl lokale als auch regionale Veranstaltungen der bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden. Den Höhepunkt des kommunalen Protests

muss. Es geht nicht nur um die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung, sondern auch um die Zukunft unseres demokratischen Staatswesens“, meinte Brandl.



BÜRGERMEISTER PETER MUSTERMANN  
Immer noch ist seine im Bild und in den nachfolgenden Texten zu sehen. Seine an der Handlungsbühne war er in der Zukunft. Die Zukunft ist seine Aufgabe. Wir werden den Schluss mit dem Ablass!

### Werbemotiv Vampir

Plakativ wird die Möglichkeit gegeben, die prekäre Lage der jeweiligen Kommune ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. Dafür wurde das Werbemotiv „Vampir“ entwickelt. Es spricht eine drastische Sprache, die sofort verstanden wird: Ein vom Vampir ausgesaugter fiktiver Bürgermeister symbolisiert darauf die Misere der Kommunen.

### Schwerste Finanzkrise

Mit drastischen Mitteln möchten die Vertreter des Gemeindetags auf die prekäre Finanzsituation der bayerischen Kommunen aufmerksam machen. Auf dem zur Kampagne gehörenden Plakat hat sich an der Hauptschlagader des fiktiven Bürgermeisters Peter Mustermann ein Vampir gütlich getan.

bildet eine Großkundgebung in Berching, Landkreis Neumarkt i.d.Opf. am 21. Mai. Dazu der Präsident: „Wir Bürgermeister können nicht weiter zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger den Rotstift in unseren Gemeinden ansetzen. Wir müssen den politischen Verantwortlichen in Bund und Freistaat verdeutlichen, dass dringend gehandelt werden

nen und Bürgern nicht mehr erbringen. Drastische Einbrüche bei Steuereinnahmen und explodierende Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich, verschärfen zunehmend die Haushaltslage“, betonte Brandl. Vor diesem Hintergrund sei es notwendig, den

Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, dass ein Umsteuern sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene erfolgen müsse. Gleichzeitig solle auf die politischen Entscheidungsträger in Bund und Freistaat eingewirkt werden, damit die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Situation umgehend durchgeführt werden.

### Hilfeschrei

Wie Brandl berichtete, werde in Bayern auch der Unmut gegen immer höhere Umlagen laut. So habe die Gemeinde Fürstenstein im Landkreis Passau beschlossen, gegen Umlagebescheide Widerspruch einzulegen und gegebenenfalls Klage zu erheben. Dies betreffe in erster Linie die Solidarumlage, aber auch die Kreisumlage, die Bezirksumlage und die Gewerbesteuerumlage, zudem die Mitteilung über die Einkommensteuerbeteiligung

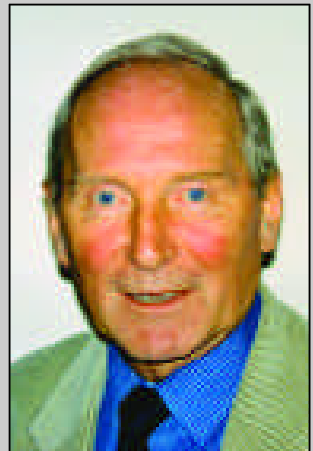
abzüglich Flutopferhilfe sowie die Schlüsselzuweisungen. Dieser „Rundumschlag“ sei letztlich ein lauter Hilfeschrei, der auf die Notlage aller Gemeinden aufmerksam machen soll. Die Gemeinden im Kreisverband Passau des Bayerischen Gemeindetags haben sich mit dieser Vorgehensweise solidarisch erklärt.

### Unpopuläre Maßnahmen

Unpopulär, aber kaum noch zu vermeiden, ist Brandl zufolge die Schließung gemeindlicher Einrichtungen wie Sing- und Musikschulen, Büchereien, im Extremfall auch Kindergärten und Horte. Gerade Leistungsangebote der Gemeinden im freiwilligen Aufgabenbereich seien besonders betroffen. Dies könne auch z.B. die Schließung einer gemeindlichen Eisporthalle oder eines Hallenbades sein. In den kleinen Gemeinden, die ohnehin nur über ein Mindestmaß solcher Einrichtungen verfügen, führe dies allerdings nicht zu nennenswerten Einsparungen. Dort seien die Zuschüsse an Vereine oder die finanzielle Unterstützung von Bürgerengagement (z.B. Selbsthilfegruppen) verstärkt in Frage gestellt. Insoweit (Fortsetzung auf Seite 4)

## Trauer um Gerhard Blumenstein

Von seinem Leiden erlöst wurde der langjährige Direktor des Bayerischen Gemeindetags, Gerhard Blumenstein. Der Verstorbene konnte sich nicht mehr erholen von den schweren Unfallverletzungen, die er sich wenige Tage vor der KOMMUNALE 2001 zugezogen hatte.



Der 65-Jährige war ein Urgestein der Geschäftsstelle des Bayerischen Gemeindetags. Direktor Gerd Blumenstein hat fast 30 Jahre seines Lebens im Bayerischen Gemeindetag gewirkt und war über elf Jahre der ständige Vertreter des Geschäftsführers. Am 1. November 2001 beging er zu diesem Zeitpunkt schon schwerstkranken sein 45-jähriges Dienstjubiläum.

Sein Engagement galt stets dem Erhalt und der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, für die er sich früher als aktiver Freisinger Stadtrat auch vor Ort einsetzte. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben ihn als versierten Kenner der bayerischen Politik und Motor der Öffentlichkeitsarbeit des Bayerischen Gemeindetags kennen und schätzen gelernt, der auch das persönliche Miteinander hochhielt. Die KOMMUNALE 1999 und 2001 waren seine „highlights“, für die er sich weit über den beruflichen Alltag hinaus erfolgreich engagierte.

# Richtungsentscheidung zur Entbürokratisierung

Prüfung neuer Normen wird weiter verschärft

„Entbürokratisierung besteht nicht nur in der Vereinfachung und Streichung bestehender Vorschriften. Genau so wichtig ist es, nicht zwingend notwendige neue Regelungen so weit wie möglich zu verhindern. Deshalb haben wir eine Richtungsentscheidung getroffen und angeordnet, dass neue Vorschriften in Bayern nur noch dann erlassen werden dürfen, wenn sie zwingend erforderlich sind“, erklärte der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Erwin Huber.

Huber: „Wir wollen die Eigenverantwortlichkeit, die Selbstbestimmung und die Selbstregulierung von Wirtschaft und Gesellschaft fördern. Dazu muss der Staat seinen Regelungsanspruch Stück für Stück zurücknehmen. Nur so lassen sich die nötigen rechtlichen Freiräume für persönliche Selbstentfaltung und

wirtschaftliche Initiativen schaffen. Eine Vorschrift wird nur dann erlassen, wenn der Sachverhalt nicht ebenso gut durch die Bürger, den Markt und die Wirtschaft selbst geregelt werden kann oder wenn zwingende öffentliche Interessen gewahrt werden müssen.“ Nach der Vor-

gabe der Staatsregierung müssen neue Regelungen absolut und zwingend erforderlich sein. Das können Vorschriften sein, die selbst durch Verwaltungsvereinfachung und -beschleunigung zur Entbürokratisierung beitragen oder Vorschriften, die schwerwiegende Nachteile für den Einzelnen oder die Allgemeinheit verhindern. Darüber hinaus lehnt die Staatsregierung die Schaffung neuer Regelungen ab. Huber: „Deregulierung und Entbürokratisierung sind zentrale Zukunftsaufgaben. Wir geben Bürgern und Unternehmen Spielräume zur Eigeninitiative zurück.“

Zur Umsetzung dieser Richtungsentscheidung hat das Bayerische Kabinett klare Vorgaben beschlossen. Jede neue Rechtsnorm muss in Zukunft mit einer amtlichen Begründung versehen werden. Künftig prüft eine zentrale Normprüfstelle in der Staatskanzlei die zwingende Notwendigkeit aller neuen Vorschriften. Kommt eine Einigung mit dem zuständigen Ressort

nicht zustande, wird der mit Staatssekretären und Amtschefs besetzte Normprüfungsausschuss eingeschaltet. Möchte das zuständige Ressort auch der Empfehlung des Normprüfungsausschusses nicht folgen, muss es in jedem Fall den Ministerrat mit der vorgelegten Regelung befassen.



„Die besten Reden sind die, die nicht gehalten werden. Die zweitbesten Reden sind die scharfen, die drittbesten sind die kurzen.“ Dieser Ausspruch von Ex-Bundeskanzler Willy Brandt kam der Vorzimmerperle in den Sinn, als sie Bundeskanzler Schröders jüngste Regierungserklärung vernahm. **Seite 15**

## Mehr Eigenverantwortung für die Kommunen

Komplizierte Verwendungsnachweise für staatliche Mittel werden zunächst probeweise durch einfache Bestätigungen ersetzt

Als hervorragenden, greifbaren Beitrag zur Entbürokratisierung haben die CSU-Abgeordneten Dr. Herbert Kempfler und Franz Meyer die Entscheidung des Kabinetts qualifiziert, auf die komplizierten und umfangreichen Verwendungsnachweise zu verzichten, die bislang von den Kommunen über den Einsatz staatlicher Mittel zu erstellen sind.

Künftig müssen die Gemeinden den Aufsichtsbehörden nur einfache Verwendungsbestätigungen vorlegen; allerdings vorerst probeweise. Kempfler ist Vorsitzender im Kommunalarbeitskreis der CSU-Fraktion sowie im entsprechenden Landtagsausschuss. Meyer leitet die Arbeitsgruppe Verwaltungsreform in der Regierungsfraktion. Beide Gremien haben zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden diese Verwaltungsvereinfachung im Zusammenspiel mit Staatskanzleiminister Erwin Huber ausgehandelt.

Meyer drückte es diplomatisch aus: „Es gab viele, intensive Gespräche“. Gegenüber der GZ ließ er erkennen, dass es auf der Verwaltungsebene manche Widerstände zu überwinden gab. Auch der Hauptausschuss der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) war eingeschaltet. Huber sprach nach der Kabinettsitzung von einem „wichtigen Schritt zur Stärkung kommunaler Eigenverantwortlichkeit und Deregulierung“. Der Staat vernachlässige jedoch sein Interesse „an der zweckentsprechenden Einsetzung von Fördermitteln“ nicht. Der Zuwendungsempfänger müsse mit Stichprobenkontrollen rechnen. Stelle sich dabei heraus, dass die Mittel entgegen der Bestätigung nicht zweckentsprechend verwendet wurden, seien diese Gelder nicht nur zu 100 Prozent, wie bisher, sondern mit einem Zuschlag zurückzuzahlen. Das Bestätigungsmodell wird zunächst auf die Dauer von drei Jahren erprobt. **rm**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## Sie lesen in dieser Ausgabe

|  |         |
|--|---------|
| Für „Gastkinder“ zahlen  | Seite 2 |
| Schwarzarbeit bekämpfen  | 2       |
| GZ-Kolumne Luitpold Braun: Wir erwarten kommunalfreundliche Entscheidungen vom Bundeskanzler | 3       |
| Aufbruch nach Europa   | 4       |
| GZ-Fachthemen: Kommunal Finanzen   | 5 - 7   |
| Wasserversorgung - Wasserentsorgung  | 8 - 10  |
| Umwelt- und Abfalltechnik  | 11 - 13 |
| Aus den bayerischen Kommunen   | 14 - 16 |

Bis 2005 neues Kindertagesstättengesetz:

## Für „Gastkinder“ zahlen

Landtag will „schwerhörige Bürgermeister“ auf Trab bringen  
Appell an den guten Willen im Interesse der Familien

Das zwischen Städten und Gemeinden leidige Thema, wer für „Gastkinder“ in den örtlichen Kindertagesstätten zu zahlen hat, soll zunächst durch Vereinbarungen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Staatsregierung und bis 2005 gesetzlich geregelt werden. Im Landtag haben alle drei Fraktionen entsprechende Dringlichkeitsanträge eingebracht, die zunächst in den Ausschüssen behandelt werden. Ziel ist, dass sich die Wohnortgemeinden von „Gastkindern“ angemessen an den Kosten der Tagesstätten-Gemeinden beteiligen.

„Es kann nicht sein, dass Streitigkeiten zwischen Kommunen letztlich zu Lasten der Kinder gehen“, begründete Joachim Unterländer den Antrag der CSU-Fraktion. In ihm wird die Staatsregierung aufgefordert, auf eine vernünftige Finanzierungsregelungen in allen konkreten Fällen hinzuwirken. Bis 2005 soll, wie Unterländer erwartet, ein neues Kindertagesstättengesetz verabschiedet werden. Grundsätzlich müsse die Co-Finanzierung von Kindertagesstätten durch Land und Kommunen aufrecht erhalten bleiben.

Zu den aktuellen Streitfällen,

wo Wohnortgemeinden bei Zahlungsaufforderungen „schwerhörig“ sind - einige wurden von Sprechern aller Fraktionen anhand von Einzelfällen plastisch dargestellt - appellierte Unterländer an die Kommunen, die Belange der Familien stärker in den Vordergrund zu rücken.

### Tadel für die Aufsichtsbehörden

Einen Tadel erteilte er auch den Aufsichtsbehörden. Es könne nicht sein, dass Gastkindervereinbarungen nicht zustande kommen, „weil Mittelbehörden einen zu engen Rahmen setzen“. Sinngemäß gleich argumentierten Karin Radermacher (SPD) und Theresa Schopper (Grüne).

Die Abhilfe-Pläne von CSU und Staatsregierung gehen ihnen jedoch nicht weit genug. Radermacher begründete die Forderung nach einer grundlegenden Regelung mit einem Beispiel aus Stadt und Landkreis Bayreuth, wo die von einem Orden betriebene Kindertagesstätte eine Anmeldewarteliste habe, aber mangels gesicherter Finanzierung den Hort schließen müsse. Joachim Wahnschaffe (SPD) befand, CSU und die zuständige Ministerin setzten zu sehr auf gutes Zureden. Bis zur gesetzlichen Regelung müssten Unter-gangslösungen her.

### Bewusstseinsveränderung

Sozialministerin Christa Stevens sprach von einem „wichtigen Problem“. Zwar seien viele Bürgermeister bereit, Gastkinderbeiträge zu zahlen, dennoch brauche man eine Bewusstseinsveränderung. Die Zahlungswilligen dürften nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Die Ministerin erklärte sich bereit, in Einzelfällen direkt die betreffenden Bürgermeister anzurufen.

Unterländer hatte unabhängig von den Streitereien hervorgehoben, die Situation bei den Kindertagesstätten werde sich durch die vom Landtag im Etat beschlossenen 30.000 neuen Plätze in Kindertagesstätten spürbar entspannen. Für gefährdete „eingruppierte“ Einrichtungen gebe es auch eine Sonderförderung. Die Opposition stieß in Pressekonferenzen und -erklärungen nach.

### Opposition fordert politische Verbesserungen

Anhand der Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage stellten SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget und Heiko Schultz fest, in Bayern fehle es hinten und vorn an Kinderbetreuungsplätzen. Mit knapp zwei Prozent sei Bayerns „Betreuungsquote“ das Schlusslicht in Deutschland. Es bedürfe dringend „politischer“ Verbesserungen. Theresa Schopper stellte das Grünen-Modell dazu vor: Der Freistaat solle seine Zuschüsse in drei Säulen aufsplitten. Die Hälfte nach Kinderzahl und Betreuungsdauer, 40 Prozent als Sockelbetrag für jede Einrichtung und die restlichen zehn Prozent abhängig von Kriterien wie Personalausstattung und Qualifikation der Erzieher(innen). Die zurückgehenden Kinderzahlen müssten zur Verkleinerung der Gruppen genutzt werden. **rm**

## Behinderten den Schulweg ebnen

Flexiblere Fördermöglichkeiten an Regelschulen - Opposition gibt Gesetzesänderung „ungenügend“ - Kommunen befürchten höhere Kosten

Im Sinne einer „bestmöglichen Förderung“ behinderter Kinder auch in Regelschulen hat die CSU-Landtagsmehrheit die Schulgesetze geändert. „Die Fördermöglichkeiten werden damit noch vielfältiger und können flexibler auf das einzelne Kind zugeschnitten werden“, fasste Kultusministerin Monika Hohlmeier die Novellen zusammen. Persönliche Unterstützung und Förderbedarf des Kindes sollen vorrangig die Schulart des Kindes bestimmen und nicht die Art der Behinderung.

Die neuen Bestimmungen waren lange umstritten. Pädagogisch-politisch, aber auch weil auf die Kommunen „eventuell zusätzliche Ausgaben bei der Schülerbeförderung“ zukommen. Geändert wurden die Landesgesetze über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (EUG), über die Schulfinanzierung und über die Kostenfreiheit des Schulwegs.

Das war notwendig, weil für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zum Teil unabhängig von der Länge des Schulwegs eine Beförderungspflicht besteht. Ferner sind laut Erläuterung der Staatsregierung zusätzliche Aufwendungen bei den Sozialhilfeausgaben zu erwarten, da für manche Schüler

derter Kinder gleichberechtigt nebeneinander, betonte Hohlmeier. Künftig genüge die Fähigkeit zu aktiver Teilnahme am Unterricht als Voraussetzung in die reguläre Grund- oder Hauptschule. Bereits jetzt werden, so die Ministerin, rund 11.100 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Schulen unterrichtet und von Mobilen Sonderpädagogischen Diensten unterstützt. Gegenüber 1999 seien das um 19 % mehr Kinder, was 26,5 % mehr Lehrerstunden bedinge. Allerdings wolle „eine Menge Eltern“ nicht, dass ihre behinderten Kinder in Regelschulen gehen. Ziel ihrer Politik sei es, die Förderung noch vielfältiger und flexibler auf das einzelne Kind auszurichten.

### Konnexitätsprinzip wird angewandt

Die Kostenseite spielte indes bei der abschließenden Zweiten Lesung im Landtag nur eine Nebenrolle. Seitens der Staatsregierung und CSU wurde versichert, auch hier werde das Konnexitätsprinzip im Rahmen der Möglichkeiten Anwendung finden. Die kontroverse Schlussdebatte zwischen Ministerin und CSU einerseits sowie der Opposition andererseits konzentrierte sich auf die pädagogischen, familien- und sozialpolitischen Aspekte. Integration und Kooperation stünden bei der schulischen Förderung behinderter Kinder im Vordergrund. **rm**

## Leere Versprechungen und kein Mut zu Veränderungen

Der Bayerische Landkreistag zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers

„Der Bayerische Landkreistag lehnt den Vorschlag des Bundeskanzlers ab, den arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern die Leistungen durch die Arbeitsverwaltung auszahlen zu lassen“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags Landrat Theo Zellner. Die vom Kanzler behauptete Entlastung der Kommunen von der Zahlung für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger sei nur die halbe Wahrheit, weil die hierfür erforderlichen Mittel den Kommunen von vornherein weggenommen werden sollen.

Die Rückgabe der nicht benötigten Mittel für den Flutopferfonds sei zwar zu begrüßen, die Gelder müssten aber an diejenigen zurückgegeben werden, die sie bezahlt haben. Deshalb sollte die verschobene Steuerreform 2003 schnellstmöglich in Kraft gesetzt werden. Notwendig sei auch eine spürbare Senkung der Gewerbesteuerumlage,

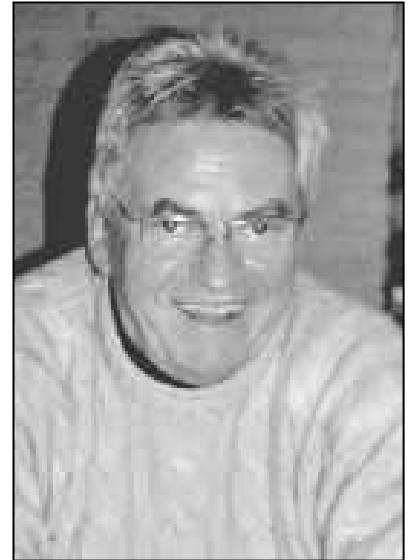
70. Geburtstag von Prof. Dr. Werner Buchner:

## Markante Spuren hinterlassen

Er gilt als Mann der ersten Stunde, der ganz entscheidend am Aufbau des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen beteiligt war: Ministerialdirektor a.D. Prof. Dr. Werner Buchner, von 1981 bis 1998 Amtschef im Umweltministerium, feierte am 20. März seinen 70. Geburtstag. Sein Nachfolger Dr. Heinz Fischer-Heidberger und Umweltminister Dr. Werner Schnappauf gratulierten herzlich. Die Bayerische Gemeindezeitung schließt sich diesem Glückwünschen an.

Sein profundes Wissen konnte der in München geborene Jurist zunächst im Geschäftsbereich des Justizministeriums (Tätigkeit im richterlichen, staatsanwaltschaftlichen und Ministerialdienst) sowie in der Bayerischen Staatskanzlei gezielt anwenden. Dort fungierte er als persönlicher Referent des damaligen Ministerpräsidenten Dr. Alfons Goppel. 1971 wechselte er in das seinerzeit neu gegründete Umweltministerium, dessen Struktur über weite Strecken seine Handschrift trägt. Mehrere Jahre war Buchner als Abteilungsleiter für die Zentrale Verwaltung sowie Landesplanung und Raumordnung zuständig. Zeitweise war ihm auch die Abteilung Politik und Öffentlichkeitsarbeit unterstellt.

Hauptausschussvorsitzender der Ministerkonferenz für Raumordnung konnte der renommierte Experte wichtige Impulse zum Thema Landesplanung geben.



Prof. Dr. Werner Buchner.

Der 1987 zum Honorarprofessor der Betriebswirtschaftlichen Fakultät an der Universität München bestellte Jubilar fungierte zudem als Mitglied im Landeskomitee der Katholiken, als Mitglied im Stiftungsrat der katholischen Bildungsstätten für soziale Berufe in Bayern, als stellvertretender Vorsitzender des Zentrums für Umwelt und Kultur in Benediktbeuern, er engagierte sich im Verein der Freunde und Förderer der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, sowie als Vorstandsmitglied im Verkehrsparlament der SZ. Nach seiner Pensionierung wurde er Präsident der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover. Werner Buchner gehörte als Mitglied des StMLU sowohl dem Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung als auch dem Aufsichtsrat der Bayernradio an. Als Aufsichtsratsvorsitzender der Gesellschaft für Behandlung radioaktiver Abfälle in Bayern und ehemaliger

Zahlreiche Orden und Auszeichnungen - Verdienstkreuz am Bande, Verdienstkreuz 1. Klasse, Bayerischer Verdienstorden - sowie Publikationen in anerkannten Fachblättern zeigen, wie sehr Werner Buchners fachlicher Rat über Jahrzehnte gefragt und geschätzt war. Ob zur Neuorientierung der regionalen Strukturpolitik, zu den Auswirkungen der Ergänzung der Bayerischen Verfassung um das Staatsziel Umweltschutz, zum Technischen Umweltschutz, oder zum Ausgleich von Nutzungskonflikten im Alpenraum - die Themenpalette ist vielfältig. Dass bei so viel Aktivität und Engagement selbst nach dem offiziellen Ruhestand im Jahre 1999 kein Stillstand eintreten konnte, erscheint logisch. So arbeitet Werner Buchner heute als Rechtsanwalt in einer großen, international tätigen Sozietät in Berlin. **DK**

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bei der IHM:

## Schwarzarbeit bekämpfen!

Die hohen Lohnnebenkosten in Deutschland bezeichnete Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bei der Eröffnung der Internationalen Handwerksmesse in München als eine der Hauptursachen für die Arbeitslosigkeit und die Schwarzarbeit in Deutsch-

land, die heute ein Volumen von rund 350 Mrd. € erreicht habe. Schwarzarbeit gefährde zunehmend Betriebe und Arbeitsplätze im Handwerk. Weil die steigenden Lohnnebenkosten die Arbeit und damit das Preisangebot der Wirtschaft an die Verbraucher verteuern, versuchten viele auf Schwarzarbeit auszuweichen.

Gerade für das Handwerk sei daher eine Senkung der Lohnnebenkosten von zentraler Bedeutung. Stoiber: „Schwarzarbeit macht in Deutschland nach Schätzung von Experten heute schon 16,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Die Schwarzarbeit wächst drei bis viermal so stark wie die Gesamtwirtschaft. Das zerrüttet unsere sozialen Sicherungssysteme.“ Die Sozialversicherungsbeiträge müssten in den nächsten fünf Jahren schrittweise auf höchstens 40 Prozent gesenkt werden. Jeder Prozentpunkt mehr an Beiträgen belastete Arbeitgeber und Arbeitnehmer jedes Jahr um neun bis zehn Milliarden Euro. „Wir können uns auch nicht mehr leisten, dass es vielfach lukrativer ist, Sozialhilfe zu beziehen und nebenbei schwarz zu arbeiten, als ein reguläres Arbeitsverhältnis anzunehmen.“

vermisst konkrete Aussagen zur Reform der Gewerbesteuer. „Mit Hochdruck“ zu arbeiten, sei als Versicherung allein zu wenig. Der Präsident lehnt das geplante kommunale Investitionsprogramm der Bundesregierung ab: „In der gegenwärtigen Lage brauchen wir keine Zuschussmittel, deren Verwendung vorgeschrieben ist und die noch mit eigenen Geldern ergänzt werden müssen, wenn gleichzeitig die bestehende kommunale Infrastruktur verfällt.“ Zudem stelle das Programm einen Eingriff in die Zuständigkeiten der Länder dar und begünstige die reichen Kommunen. **z**

### Publizistikpreise vergeben

Der Preis für Publizistik, den der Verband der bayerischen Bezirke alljährlich verleiht, wurde für das Jahr 2002 vergeben. Die Jury bestimmte drei Preise. Sie gingen für die Bereiche Hörfunk und Fernsehen an eine in Bayern-Alpha ausgestrahlte Sendereihe über die Arbeit der bayerischen Bezirke à 45 Minuten von Corinna Benning und Andrea Roth sowie an Peter Sauer vom Studio Franken des Bayerischen Rundfunks für eine in der Abendschau ausgestrahlte Reportage über das Freilandmuseum Bad Windsheim. Den Preis in der Rubrik Printmedien erhielt die Redaktion (Leitung: Stefan Sohr) „Die Region in Bayern“ bei der Nürnberger Zeitung für eine Serie über die Bildungseinrichtungen vom Bezirk Mittelfranken. Der Preis wird demnächst vom Präsidenten des Verbandes der bayerischen Bezirke Dr. Georg Sinnacher verliehen.

Den Publizistikpreis der Bezirke gibt es seit 1986. **z**

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Adolf Lehner  
94348 Atting  
am 8.4.

Bürgermeister Wilhelm Schmitt  
91077 Neunkirchen am Brand  
am 16.4.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Emil Gruber  
84177 Gottfrieding  
am 11.4.

Bürgermeister Josef Plöckl  
86529 Schrobenhausen  
am 13.4.

Oberbürgermeister  
Dieter Thalhammer  
85350 Freising  
am 18.4.

Bürgermeister Herbert Zauhar  
94100 Tittling  
am 19.4.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Josef Kennerknecht  
82395 Obersöchering  
am 10.4.

Bürgermeisterin Angela Gläbl  
91080 Marloffstein  
am 18.4.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Johannes Buhmann  
88167 Gestratz  
am 10.4.

Oberbürgermeister  
Andreas Knie  
87600 Kaufbeuren  
am 13.4.

Bürgermeister  
Georg Vellinger  
86675 Buchdorf  
am 14.4.

Landrat Harald Leitherer  
97404 Schweinfurt  
am 18.4.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Fridolin Zehner  
97517 Rannungen  
am 14.4.

Bürgermeister Josef Daffner  
84183 Niederviehbach  
am 17.4.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Reimund Voß  
97647 Willmars  
am 17.4.

Mittelfränkischer Geriatrie-Tag:

## Fallpauschalen als Schreckgespenst?

Viele Beschäftigte, Beitragszahler und Leistungsanbieter richten ihren Blick derzeit gespannt Gen Berlin, um die neuesten Vorschläge zur nächsten Gesundheitsreform mit ihren vielfältigen Auswirkungen zu prüfen. Kaum ein Tag vergeht, an dem sich nicht ein „Experte“ zu Wort meldet oder sich ein betroffener Interessenverband warnend an die Öffentlichkeit wendet, angesichts der dann zu erwartenden „Grausamkeiten“. Bei diesen Zukunftsdiskussionen bleiben die Konsequenzen aus der neuen Krankenhausfinanzierung freilich weitgehend unbeachtet - Grund genug für den Organisator und Vorsitzenden des Mittelfränkischen Geriatrie-Tags, Bezirksrat Richard Bartsch, sich in Nürnberg dieses brisanten Themas anzunehmen.

In deutsche Krankenhäuser kommt ein neues Abrechnungsverfahren. Mit rund 650 Fallpauschalen (DRGs) sollen ab 1. Januar 2004, wie der Schirmherr der Veranstaltung, Bezirkstagspräsident Gerd Lohwasser, einleitend feststellte, fast alle Behandlungen in den Krankenhäusern mit jeweils einer Pauschalsumme von den Krankenkassen bezahlt werden. Experten erwarten dadurch eine wesentlich kürzere Liegezeit der Patienten und damit verbunden einen Bettenabbau in den Krankenhäusern von rund 20 Prozent. Des Weiteren werden sich die Krankenhäuser spezialisieren müssen, wenn sie wirtschaftlich arbeiten wollen.

### Thesenpapier

Ende Januar diesen Jahres präsentierten Arbeiterwohlfahrt und Hartmannbund in München bei einer Fachtagung Thesen zu den Folgen der „DRG-Einführung“ für alte Patienten im Krankenhaus und in der ambulanten Versorgung. Einen Auszug daraus stellte Lohwasser vor:

Die DRGs bilden die Leistungen der Geriatrie und Frührehabilitation nur unzureichend ab. Die spezifisch geriatrisch-rehabilitativen Arbeitsweisen wie das Arbeiten im interdisziplinären Team mit Einschluss der rehabilitativen Pflege, der qualifizierten Nachsorge, der Schulung

von Angehörigen oder anderen Bezugspersonen sowie das geriatrische Assessment werden mit den DRGs nicht bezahlt. Um die Finanzierung dieser Leistungen zu sichern und damit auch in Zukunft Pflegebedürftigkeit zu verhindern bzw. zu mindern, sind entweder entsprechende DRGs zu entwickeln oder die Finanzierung mit tagesgleichen Pflegesätzen für die Geriatrie und Frührehabilitation beizubehalten.

### Mehr ambulante Behandlungen

Im Krankenhaus sind in den vergangenen fünf Jahren die Patientenzahlen nur in der Gruppe der über 60-jährigen, im Schwerpunkt bei den 75-jährigen, gestiegen. Der Anteil jüngerer Patienten nahm im gleichen Zeitraum durch die zunehmenden Möglichkeiten ambulanter Behandlung ab. Als Konsequenz stieg das Durchschnittsalter der im Krankenhaus behandelten Patienten an. Um diese Entwicklung im positiven Sinne aufzunehmen, ist eine qualifizierte Fortbildung der verschiedenen Berufsgruppen in Themen der Altersmedizin, Rehabilitation und Nachsorge erforderlich.

Die Einführung der DRGs und damit die Verkürzung der Liegezeiten im Krankenhaus fordert den Ausbau ambulanter Behandlungsangebote. Dies ist notwendig für die Behandlungspflege, für geriatrisch qualifizierte Therapien und die ärztliche Versorgung. Hierfür sind zusätzlich Finanzmittel bereitzustellen. Die rigide Deckelung der Leistungsausgaben, wie sie der Gesetzgeber für den ambulanten Sektor vorgenommen hat, machen die notwendige qualifizierte Nachsorge für Ältere sonst unmöglich.

Auf die sich verändernden Patientenspektren durch die demo-

graphische Entwicklung, die zunehmende Multimorbidität sind viele Krankenhäuser unter DRG-Bedingungen nicht vorbereitet. Unter den Krankenhäusern wird sich dennoch ein zunehmender Wettbewerb um den älteren Patienten entwickeln, da nur in dieser Patientengruppe ein Zuwachs zu erwarten ist. Hier ist der Aufbau eines spezifischen, kooperativen geriatrischen Versorgungs- und Entlassungsmanagements an jedem Krankenhaus zu fordern.

### Modellprojekte fördern

Trotz gesetzlicher Vorgaben in den Sozialgesetzbüchern und der vielfachen Forderung von Experten und Ministerien werden Modellprojekte ambulanter geriatrischer Rehabilitation nur sehr vereinzelt umgesetzt. Die Kranken- und Pflegekassen werden aufgefordert, diese Entwicklung zu fördern und nicht zu behindern.

Regionale Netzwerke zur Behandlung von chronisch Kranken, Schlaganfallpatienten, Demenzkranken und multimorbiden Diabetikern sind verstärkt auszubauen. Im Rahmen dieser Netzwerke sind Haus- und Gebietsärzte, Therapeuten und Pflegedienste, Selbsthilfegruppen, Angehörige oder andere Bezugspersonen einzubinden.

### Arbeitsgruppen

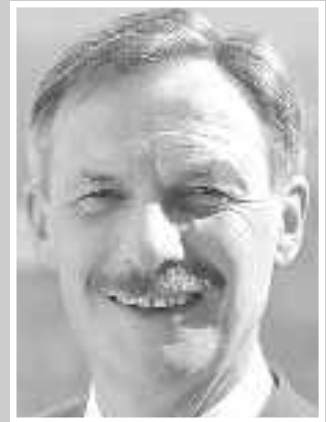
In sechs Arbeitsgruppen erhielten die zahlreichen Tagungsteilnehmer im zweiten Teil der Veranstaltung die Möglichkeit, Ihr Wissen zu aktualisieren und Ihre Erfahrungen in die Diskussion einzubringen. Wie mit der richtigen Therapie und vor allem der entsprechenden Eigeninitiative die Volkskrankheit Osteoporose durchaus erfolgreich bekämpft werden kann, zeigte Arbeitskreis A auf. Gezielte Entspannungsübungen konnten in Arbeitsgruppe B erlernt werden, was sowohl den Berufstätigen, aber auch allen anderen Personen helfen kann, dem ständig wachsenden Druck entgegen zu wirken. Wichtige Informationen zur Medikamentengabe und Medikamentenverträglichkeit wur-

## GZ Kolumne Luitpold Braun

liebe Leser

die gegenwärtige Diskussion über ein Konjunkturprogramm des Bundes, das über die Gemeinden laufen soll, mag ja auf viele Gemüter beruhigend wirken. Bei den Kommunen ist dies keineswegs der Fall.

Die Absicht, die hinter diesem angekündigten Programm steht, kann ja durchaus auch lautere Aspekte haben, besonders sinnvoll ist sie trotzdem nicht. Wir brauchen bei der weit überwiegenden Anzahl der deutschen Kommunen gegenwärtig kaum Investitionshilfen. Dies einfach



Mittel aus der Flutopferhilfe, soweit sie von den Kommunen mitzufinanzieren sind, verzichten. Wir brauchen frei verfügbare Mittel, über deren Einsatz wir schon selbst entscheiden können. Eine „Gouvernante“ des Bundes in Form von Investitionsvorschritten ist dazu nicht erforderlich.

### Wir erwarten kommunalfreundliche Entscheidungen vom Bundeskanzler

Das Jahr 2004, das das gegenwärtige hinsichtlich der Müßlichkeit der Kommunalfinanzierung noch in den Schatten stellen wird, nähert sich unaufhaltsam. Es wird höchste Zeit, dass der Bundesgesetzgeber endlich kommunalfreundliche Entscheidungen trifft.

Es wäre uns ja schon geholfen, wenn wir wenigstens das Geld zurückbekämen, das uns unter Vorspiegelung falscher Tatsachen entzogen wurde, die erhöhte Gewerbesteuerumlage nämlich. Ebenso sollte der Bund auf die offenbar nicht verbrauchten

### Geplante Steuererhöhungen:

## Bayern bekräftigt Nein

Stoiber: „Neue Steuererhöhungen widersprechen dem jetzt notwendigen Reformprogramm“

Das Bayerische Kabinett hat Steuererhöhungen eine klare Absage erteilt und beschlossen, das von der Bundesregierung vorgelegte sogenannte Steuervergünstigungsabbaugesetz abzulehnen. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber erklärte, die Erhöhung von mehr als 40 Steuern in der gegenwärtig katastrophalen Wirtschaftslage sei nicht nur ein beispielloser Wahlbetrug, sondern auch ein politisches Armutzeugnis und ein Akt der Hilflosigkeit.

Stoiber: „Neue Steuererhöhungen sind ein eklatanter Widerspruch zu dem jetzt notwendigen Reformprogramm. Die Schröder-Regierung legt mit mehr als 40 Steuererhöhungen das Gegenteil dessen vor, was in einer Reformagenda jetzt notwendig wäre. Schröder will zeitgleich mit der Ankündigung von Reformen massiv Steuern erhöhen. Wenn Schröder in der Reformdebatte Glaubwürdigkeit zurückgewinnen will, muss er diese Steuergesetze sofort zurückziehen. Die Union wird die Steuererhöhungen im Bundesrat verhindern. Unsere Formel lautet: Deutschland braucht mehr Wachstum. Wachstum entsteht durch höhere Investitionen. Investitionen sind abhängig von den steuerlichen Rahmenbedingungen.“

Die Bundesregierung müsse endlich von dem Irrweg abgehen, den Bürgern und Unternehmen das Geld aus der Tasche zu ziehen und die Menschen immer ärmer zu machen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei alles zu vermeiden, was den Faktor Arbeit verteuere und Investitionen erschwere. Das Steuererhöhungspaket würde

die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands weiter verschärfen. Allein die jetzigen rot-grünen Steuererhöhungspläne würden nach Berechnungen des Sachverständigenrats der Bundesregierung ein halbes Prozent Wachstum kosten. Stoiber: „Bereits die Diskussion um die Erhöhung der Firmenwagensteuer hat der Automobilwirtschaft als einer der letzten Stützen der Konjunktur in Deutschland schwer geschadet.“

Stoiber: „Die Steuererhöhungen sind Luftbuchungen des Bundesfinanzministers. Sie führen nur scheinbar zu Mehreinnahmen. Tatsächlich sind sie Gift für die Konjunktur und setzen eine Abwärtsspirale in Gang: Der private Konsum geht zurück, die Unternehmen investieren nicht mehr. Das vernichtet Arbeitsplätze und führt am Ende sogar zum Ausfall von Steuereinnahmen statt der erhofften Mehreinnahmen. Die rot-grünen Pläne sind ein Programm zur weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit. Die Bundesregierung setzt ihre chaotische und inkonsequente Finanz- und Steuerpolitik fort. Wir lehnen alle Steuererhöhungen ab.“

## Wegmarken erfolgreicher Wirtschaftspolitik

Symposium der Hanns-Seidel-Stiftung aus Anlass des 70. Geburtstages ihres Vorsitzenden Dr. h.c. Alfred Bayer

„Bayern marschiert an der Spitze des Fortschritts“ wurde zum geflügelten Begriff einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Ein Kenner und Wegbegleiter dieser erfolgreichen Entwicklung im Freistaat ist der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Dr. h.c. Alfred Bayer. Aus Anlass seines 70. Geburtstages am 8. März lud die Stiftung zu einem wirtschaftspolitischen Symposium ein, um gemeinsam mit Fachleuten aus verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Bereichen die Herausforderungen der Zukunft unabhängig vom tagesaktuellen Geschehen zu analysieren und in einen gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen.

Staatssekretär a.D. Dr. h.c. Alfred Bayer begann seine Laufbahn nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften als Beamter der Landeshauptstadt München und wurde 1968 Leiter des Wirtschaftspolitischen Grundsatzreferats im Bayerischen Finanzministerium. Der weitere Berufsweg führte den Jubilar 1970 als Referatsleiter Wirtschaftspolitik ins Bayerische Wirtschafts- und Verkehrsministerium, dessen Amtschef er von 1976 bis 1982 war. Seine politische Laufbahn setzte Bayer nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 als beamteter Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium fort.

### Wechsel in die Wirtschaft

Der Wechsel in die Wirtschaft folgte 1987 als Vorstandsvorsit-

den ebenso weitergegeben wie Kochtipps für den kleinen Haushalt. Die Versorgung von Alzheimerpatienten wird eine in den nächsten Jahren noch größere Herausforderung darstellen. Eine Entlastungsmöglichkeit sind die Helferkreise, die schließlich in Arbeitsgruppe E vorgestellt wurden. DK

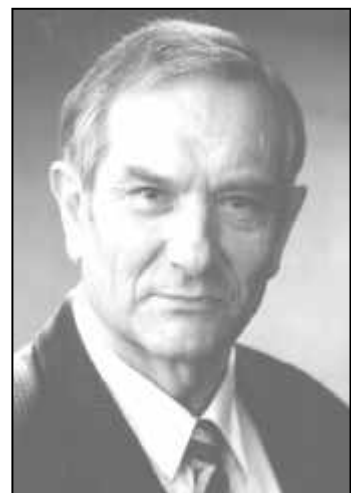
zahlte sich aus: Bei fast allen gesamtwirtschaftlichen Eckdaten reiche Bayern im Ländervergleich Spitzenwerte. Auch sprächen alle „fundamentalen Voraussetzungen“ dafür, dass Bayerns Wirtschaft ungeachtet aller aktuellen Probleme insgesamt über die notwendige Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit verfügt, um sich auch künftig auf den internationalen Märkten zu behaupten.

### Beispiel E.ON

Am Beispiel des Energiekonzerns E.ON erläuterte Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. Wilhelm Simson die Auswirkungen der Globalisierung auf dessen Unternehmensstrategie und -entwicklung. E.ON hat sich in den vergangenen Jahren wie kaum ein anderes Unternehmen einem derartigen Wandel unterzogen: vom ehemaligen Konglomerat hin zu einem fokussierten Energiekonzern. Simson zufolge haben die Marktliberalisierung sowie die Öffnung der Energiemärkte diesen globalen Prozess angestoßen und stellten nach wie vor die Eckpfeiler der Veränderungen in der Unternehmenslandschaft dar.

### Treibende Kraft

E.ON stelle sich derzeit als internationaler Energie-Player auf, erklärte der Vorstandsvorsitzende. Treibende Kraft seien hierbei die Mitarbeiter des Konzerns. Ohne deren Überzeugung sei eine derartige Aufgabe nicht zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund wurde auch dargestellt, welche Schlussfolgerungen der E.ON-Konzern für die Begleitung und Förderung der Auslandsaktivitäten seiner Führungskräfte und Mitarbeiter zieht. Dabei geht es laut Simson insbesondere um eine sorgfältige Vorbereitung und Planung des Auslandseinsatzes bis hin zur Einbeziehung der Familien. DK



Dr. h.c. Alfred Bayer.

kehrinfrastruktur, Bildung des „Rohstoffes Geist“, Einsatz neuer Technologien, Modernisierung Bayerns mit „Offensive Zukunft Bayern“ und High-Tech-Offensive.

### Politik aus einem Guss

Diese „stetige und berechenbare Politik aus einem Guss“

## Anzeigen in der

GZ

Ihre Ansprechpartnerin:  
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Tagung von Europa-Abgeordneten:

## „Aufbruch nach Europa!“

Um über die Bedeutung der gesamten Donauregion mit Blick auf die bevorstehende Osterweiterung der EU zu diskutieren und zu beraten, trafen sich Anfang März die christlich-konservativen Europaabgeordneten der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Europäischen Demokraten (ED) in Regensburg. Dass man Regensburg als Tagungsort auf Initiative von Emilia Müller wählte, hatte einen historischen Hintergrund: Genau vor 200 Jahren wurde in Regensburg der „Reichsdeputationshauptschluss“ verabschiedet.

In einer Druckschrift wurde am Ende des „Immerwährenden Reichstages“ in Regensburg von den acht Reichsständen, und zwar sechs Ländern, dem Deutschen Orden und einem Vertreter des Kaisers festgelegt, wie die deutschen Fürsten für die an Frankreich verlorenen linksrheinischen Gebiete entschädigt würden. Alle geistlichen Fürsten verloren durch die Säkularisation ihre Gebiete, bis auf den Erzkanzler des Reiches, Carl Theodor von Dalberg, der für das verlorene Mainz die Stadt und das Hochstift Regensburg zugesprochen bekam.

Zu der Tagung in Regensburg waren neben rund 50 Europa-Parlamentariern, an ihrer Spitze Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering als Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament und hochrangige Vertreter aus der Slowakei, aus Rumänien, Jugoslawien, Bosnien, Bulgarien, Kroatien u.a. ange-reist. Die Schirmherrschaft über die Veranstaltung hatte Bayerns Staatsminister für Bundes- und Europangelegenheiten, MdL Reinhold Bocklet übernommen. Staatsminister Bocklet betonte in seiner Ansprache beim Staatsempfang im Historischen Reichssaal, dass im 6. Jahrhun-

dert in Regensburg die Wiege Bayerns gestanden habe und 1803 mit dem Reichsdeputationshauptschluss das moderne Bayern begann. Heute sei Regensburg geradezu ein Paradebeispiel für den Weg einer ehemals mittelalterlichen Stadt zu einem führenden Wirtschaftsstandort in Deutschland.

### Regensburg - die Wiege Bayerns

Der großen Bedeutung Regensburgs für die kommende Osterweiterung habe die bayerische Staatsregierung bereits Rechnung getragen und verschiedene osteuropäische Forschungsinstitute von München nach Regensburg verlegt, erläuterte Minister Bocklet. „Es ist eminent wichtig, von wo aus wir die Osterweiterung betreiben,“ sagte er. Mit der Arbeit im Europäischen Parlament komme man wieder ein Stück näher zur Mitte Europas, was für Bayern von großer Bedeutung ist.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering bezeichnete den Reichssaal, in dem der Festakt stattfand, als einen Ort, in dem man Demut verspüre. Hier hätten Jahrhunderte lang Kaiser und Fürsten getagt und Beschlüsse gefasst, die bis in unsere Zeit wirkten.

### Grosse Aufgaben durch Osterweiterung

In den Vorträgen und Sitzungen wurde klar: Die Osterweiterung stellt Europa in den nächsten Jahren vor große Aufgaben. Die EU bekommt zehn neue Mitgliedsstaaten und einen neuen Verfassungsvertrag.

Die oberpfälzische CSU-Europaabgeordnete Emilia Müller, welche die Initiatorin der Regensburger Tagung war, meinte: „Ich freue mich, dass die EVP-ED-Fraktion in Regensburg zusammentrat. Damit trägt sie der Bedeutung Regensburgs als alter Donau-Handelsmetropole sowie der gesamten Oberpfalz als Grenzregion zu den östlichen Beitrittsländern Rechnung.“ **Walther Zeitler**

der Einstellung der Bayerischen Staatsregierung zum Steuerfindungsrecht der Gemeinden absolut nicht. Zudem haben die Bürgermeister in der Vergangenheit bewiesen, dass sie mit dem Instrument der Steuererhebung sensibel umgehen.

**GZ: Wie würde sich die von ihren Gegnern als „Neidsteuer“ bezeichnete Zweitwohnungssteuer in Ihrem Kurort bemerkbar machen?**

**Grath: Ich glaube, dass wieder Leben in die die meiste Zeit des Jahres toten Zweitwohnungsburgen käme. Die Wohnungsbesitzer würden den Wert ihrer Wohnungen wieder erkennen, diese stärker nutzen oder als Ferienwohnung weiter vermieten.**

**GZ: Wo hat die Mehrzahl der Zweitwohnungsbesitzer ihren Hauptwohnsitz?**

**Grath: Im südwestdeutschen Raum, vor allem im Land Baden-Württemberg.**

**GZ: Mit welcher jährlichen Steuerbelastung müßte ein Zweitwohnungsbesitzer mit beispielsweise einer 60 m<sup>2</sup> großen Wohnung in Ihrer Gemeinde rechnen und was würde die Kommune mit diesen zusätzlichen Einnahmen machen?**

### Verbesserung der Infrastruktur

**Grath: Bei Zugrundelegung der Steuersätze der Stadt Überlingen wäre eine Jahressteuer von 800,- Euro fällig. Die Einnahmen würden wir zum Unterhalt und zur Verbesserung der gemeindlichen Infrastruktur in den Bereichen Wasser-, Kanal-**

Schrothheilbades über die gewünschte Einführung der Zweitwohnungssteuer.

**GZ: Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen aus anderen Tourismusgemeinden fordern eine Revitalisierung des kommunalen Steuerfindungsrechts im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung und wollen insbesondere die einst als Bagatellsteuer abgeschaffte Zweitwohnungssteuer einführen.**

### Kurzfristige Einführung

**Grath: Im Gegensatz zur Neuordnung der Gewerbesteuer die - nachdem sie bundesweit erfolgen muss - einen wesentlich größeren Abstimmungsbedarf erfordert, könnte die Zweitwohnungssteuer kurzfristig eingeführt und damit vielen Gemeinden in ihrer Finanznot sofort geholfen werden.**

**GZ: Wäre dies nicht ein Schritt zurück in eine Zeit, in der jeder „Kommunalfürst“ in seinem Ort eigene und teils fragliche Steuern wie Getränkesteuer, Vergnügungssteuer usw. erfindet?**

**Grath: Die Gefahr besteht bei**

## Forderungen des Bayerischen Gemeindetags

Wege aus der kommunalen Finanznot zeigte Dr. Jürgen Busse, Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, auf. So fordert der Spitzenverband von der Staatsregierung einen massiven Einsatz für eine unverzügliche Gemeindefinanzreform auf Bundesebene. Zudem müsse das Konnexitätsprinzip im Grundgesetz verankert werden. Auch wird gefordert, dass der Staat den Kommunen bei der Überwindung der finanziellen Notlage zur Seite steht und entsprechende Finanzmittel für notleidende Kommunen bereitstellt, damit auch diese Kommunen ihre Selbstverwaltungsaufgaben erfüllen können.

Von der Staatsregierung wird verlangt, sich weiterhin beim Bund für eine kurzfristige Entlastung der Kommunen, z.B. durch Senkung oder Abschaffung der Gewerbesteuerumlage, durch Aussetzung der Solidarumlage, oder aber durch Befreiung von der Flutopferhilfe einzusetzen. Die Entlastung der kommunalen Sozialhaushalte sei zwingend notwendig. Die Staatsregierung werde aufgefordert, sich auf Bundesebene mit aller Kraft für eine Reform der Sozialhilfe einzusetzen. Außerdem müssten die explosionsartig gestiegenen Kosten der Kinder- und Jugendhilfe zurückgeführt werden. Auch erwartet man sich laut Busse, dass die Standards weiter abgesenkt und insbesondere im Förderwesen neue Spielräume gerade für finanzschwache Kommunen geschaffen werden. **DK**

## Gesetze-Erklärungs-Gesetz

Die deutsche Sprache ist eine schwere Sprache. Das merkt man auch an der Bezeichnung von Gesetzen und Beschlüssen. Bei der Tagung der Europa-Abgeordneten der Volksparteien in Regensburg anlässlich der 200jährigen Wiederkehr der Verabschiedung des „Reichsdeputationshauptschlusses“ hatte der Englisch-Dolmetscher einige Mühe, dieses Wortungetüm richtig auszusprechen, was aber mit Humor aufgenommen wurde.

Der Bayerische Landtag verabschiedete in seiner 5. Wahlperiode von 1962-1966 das „Inkompatibilitätsgesetz“, das die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat festlegte. Dass dieses Gesetz verhältnismäßig spät verabschiedet wurde, führten Witzbolde darauf zurück, dass es einige Zeit gedauert hat, bis alle Abgeordneten den Namen des Gesetzes richtig aussprechen konnten.

Jetzt hat Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber beim politischen Aschermittwoch in Passau wieder so ein Gesetzes-Wortungetüm an den Pranger gestellt, nämlich das „Steuer-Vergünstigungs-Abbau-Gesetz“. Er schlug dabei auch ein „Schröder-Misswirtschafts-Beendigungs-Gesetz“ vor.

Vielleicht sollte man einmal ein „Gesetze-Erklärungs-Gesetz“ erlassen, in dem bestimmt wird, dass Gesetzestexte so klar sein müssen, dass sie auch jeder Normalbürger versteht. **WZ**

und Straßenbau verwenden.

**GZ: Sie fühlen sich nicht nur von den bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten, sondern auch von der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion im Regen stehen gelassen - weshalb?**

### 20 Jahre ist nichts passiert

**Grath: Obwohl sich die CSU-Fraktion angeblich seit langem intensiv mit dem kommunalen Steuerfindungsrecht beschäftigt, ist in den vergangenen zwanzig Jahren außer der Abschaffung der Bagatellsteuern nichts passiert. So warten wir immer noch auf die seit langem diskutierte Neubewertung des Grundvermögens und die Neuordnung der Gewerbesteuer. Durch die Erhöhung der Freibeträge und Abschreibungsmöglichkeiten zahlen im Markt Oberstaufen nur noch 10 % der Betriebe Gewerbesteuer. Obwohl diese Entwicklung seit langem absehbar war, ist nichts geschehen. Eine gemeindliche Abgabe, die nur 10 % der Betroffenen zahlen müsste, wäre von der Rechtsaufsicht schon lange als unzulässig verboten worden.**

**GZ: Böse Stimmen glauben, dass in Bayern die Zweitwohnungssteuer auch deshalb nicht gewollt ist, weil Landtagsabgeordnete und Kabinettsmitglieder selbst von der Steuer betroffen wären. Sollten tatsächlich persönliche Beweggründe für die Ablehnung der Bürgermeisterwünsche ausschlaggebend sein?**

**Grath: Ich kann es mir eigentlich nicht vorstellen, zu denken gibt mir allerdings, dass stichhaltige sachliche Argumente von den Gegnern bisher nicht vorgebracht werden konnten.**

### Aktionen geplant

**GZ: Sie und Ihre Kollegen geben sich noch nicht geschlagen. Wie wollen Sie ihren Kampf um das neue Steuerfindungsrecht und insbesondere die baldige Einführung der Zweitwohnungssteuer weiterführen?**

**Grath: Wir werden mit geeigneten Aktionen die Diskussion am Laufen halten und vor allem im bevorstehenden Landtagswahlkampf die Abgeordneten und die Staatsregierung daran erinnern, dass sie den Kommunen nicht ständig neue Kosten und Aufgaben ohne die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel aufbürden können.**

## „Rettet die Kommunen!“

(Fortsetzung von Seite 1) könne allerdings ehrenamtliches Engagement abgewürdigt werden, während im Gegenzug nur geringe Einspareffekte zu erzielen seien.

### Gebietsreform von unten

In der Gemeinde Theisheil, Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab, werde aus Kreisen der Bevölkerung darüber nachgedacht, die Selbstständigkeit der Gemeinde aufzugeben und den Anschluss an die kreisfreie Stadt Weiden, eventuell auch an die Stadt Neustadt a. d. Waldnaab, in der Hoffnung zu suchen, dadurch finanziell besser gestellt zu werden. Dieses Beispiel, so der Präsident, sei kein Einzelfall. Gerade in Oberfranken und in der Oberpfalz, also in strukturschwachen Regionen zwingt die finanzielle Notlage zu derlei Überlegungen. Daraus könnte ein Flächenbrand im Sinne einer weiteren bayernweiten Gebietsreform entstehen. Im Unterschied zur Gebietsreform aus den 70er Jahren wäre diese aber von unten ausgelöst. Brand: „Eine solche Entwicklung ist gefährlich. Es ist nicht erkennbar, dass zwei oder mehr notleidende Gemeinden als gemeinsames Gebilde wesentlich besser dastehen würden. Auch die Größe einer Gemeinde scheint kein Allheilmittel zu sein, weil trotz aller Synergieeffekte der bürokratische Aufwand zunimmt. Außerdem leidet die Bürgernähe ganz erheblich. Die Diskussion um eine erneute Gebietsreform sollte

daher nicht heraufbeschworen werden.“

### Einsparpotenziale durch Synergieeffekte

Angesichts der in vielen Bereichen gestiegenen Anforderungen an das Personal für gemeindliche Aufgabenerfüllung (z.B. Wasserwerke, Klärwerke, Standesbeamte) werde außerdem darüber nachgedacht, gemeindliche Aufgaben mehr und mehr in kommunaler Zusammenarbeit zu erledigen, bemerkte der Präsident. Selbst reine Verwaltungstätigkeiten wie beispielsweise die Bearbeitung von Rentenangelegenheiten seien davon betroffen. Diskutiert werde etwa die Zusammenlegung von Standesamtsbezirken. Gemeinden, die nicht Standort eines Krankenhauses oder eines Altenheims seien, verzeichneten eine relativ geringe Zahl an Beurkundungen. Insoweit würde es sich anbieten, z. B. auf Landkreisebene noch ein oder zwei Standesamtsbezirke einzurichten, um die zwischenzeitlich deutlich gestiegenen Anforderungen an die Qualifizierung von Standesbeamten auf den notwendigen Personalkreis zu beschränken.

Die dargestellte Form der kommunalen Zusammenarbeit sei zu begrüßen. Am Beispiel der Wasserwerksnachschaften oder auch der vom Bayerischen Gemeindetag geplanten Wasser/Abwasser GmbH zeige sich, dass durch Synergieeffekte Einsparpotenziale ausgeschöpft werden können. **DK**

## Zweitwohnungssteuer keine Bagatellsteuer

Bürgermeister wollen die fälschlicherweise als „Neidsteuer“ bezeichnete Einnahmequelle auch in Bayern sprudeln sehen

Von Wilfried Gehr

Oberstaufen/Oberallgäu. „Mehr als eine Million Euro im Jahr sind für die Marktgemeinde Oberstaufen alles andere als eine Bagatelle“ schimpft Bürgermeister Walter Grath. „Gerade in der jetzigen Zeit, in der den Kommunen von den bisherigen Steuereinnahmen nicht mehr viel bleibt, ist auch für Bayerische Tourismusgemeinden die Zweitwohnungssteuer genau so unverzichtbar, wie sie dies für Kommunen in Baden-Württemberg und in vielen anderen Bundesländern ist.“

Der Allgäuer Bürgermeister steht mit seiner Meinung nicht alleine da. Sämtliche Oberallgäuer Rathauschefs und auch die Gemeinden im Landkreis Miesbach wollen die „Steuer für die Bürger auf Zeit“ und begründen dies. Die komplette Infrastruktur für Straßen, Wasser, Abwasser, Strom, Müll muss von den Kommunen für die in der meisten Zeit leerstehenden „Rolladengewohnungen“ bereitgestellt werden, ohne dass nur ein Euro in die ohnehin stark belasteten Gemeindefässer fließt. Und die Gemeinden wissen auch, dass selbst in den wenigen Tagen, in denen die Wohnungen belegt sind, nicht viel Geld in die örtlichen Geschäften oder Wirtschaftskreisläufe fließt. Viele der Zweitwohnungsbesitzer bringen sämtliche Lebensmittel, Getränke, etc. von ihrem Hauptwohnsitz mit und hinterlassen dann noch mit Tetrapacks und leeren Dosen und Flaschen gefüllte Plastikflaschen an den öffentlichen Papierkörben und in der freien Natur.

Enttäuscht sind die Bürgermeister im Oberallgäu auch von der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Anstatt dem von den Rathauschefs gewünschten „Rückenwind“ hat der Frakti-

onsvorsitzende Alois Glück deren Resolution „niedergebügelt“. Das Argument, dass dieser Themenkomplex Inhalt einer irgendwann stattfindenden Gemeindefinanzreform sein wird, halten sie für „fragwürdig“.

Wer die Allgäuer kennt weiß, dass die sich damit nicht zufrieden geben. Grath und seine Kollegen wollen die neue Steuerquelle schnellstmöglich sprudeln sehen und schrecken auch nicht davor zurück, die von deren Gegnern auch als Neidsteuer bezeichnete Zweitwohnungssteuer im kommenden Wahlkampf zu thematisieren.

### „Bagatellsteuer“ höher als Gewerbesteuerertrag

Für mehr als eine Million Euro zusätzliche Steuereinnahmen aus einer „Bagatellsteuer“ will sich Oberstaufens Bürgermeister Walter Grath ernsthaft mit CSU-Abgeordneten und der Landesregierung anlegen. Dabei kann er auf tatkräftige Unterstützung seiner Kollegen aus dem Oberallgäu und der Tourismusgemeinden in Bayern bauen.

Die Bayerische Gemeindezeitung sprach mit dem Bürgermeister des einzigen deutschen



Oberstaufens Bürgermeister Walter Grath will, dass in den meist leerstehenden Zweitwohnungen seiner Gemeinde wieder Leben stattfindet und die Rolläden hochgezogen werden. Als wirksames Instrument sieht er die Einführung der Zweitwohnungssteuer. Foto: Wilfried Gehr

Kitzingers Sozialhilfelasten:

## Kampf der Kostenlawine

**Dass es nicht immer Spaß macht, Spitze zu sein, glaubt man Tamara Bischof gern - insbesondere dann, wenn die Kitzinger Landrätin an die seit Jahrzehnten von ihrem Landkreis gehaltene Spitzenposition bei den Sozialhilfelasten denkt. Seit in Bayern eine Sozialhilfestatistik geführt wird, liegt Kitzingen bei den Pro-Kopf-Sozialhilfeausgaben immer mit in der Spitzengruppe. Höchst unfreiwillig, wie die Landrätin feststellt. Schon ihre Vorgänger hatten große Anstrengungen unternommen, die Sozialhilfelasten des Kreises zu senken. Nach der bundesweit alle Sozialhilfeträger hart treffenden Kostenexplosion in den vergangenen Jahren ist diese Aufgabe zur drängenden Herausforderung für Tamara Bischof geworden. Denn ohne durchgreifende Erfolge an dieser Front wird ihr, wie sie weiß, kaum kommunalpolitischer Gestaltungsspielraum bleiben.**

So nimmt es nicht Wunder, dass die Verwaltungsjuristin die spürbare Senkung des Sozialhilfekostenniveaus bei ihrem Amtsantritt im Oktober 2000 zur Chefsache erklärt hat. Sie wisse sehr wohl, dass ein Großteil der Hilfeempfänger tatsächlich Hilfe brauche. Daran wolle sie gewiss nicht rühren, beteuert Frau Bischof. Ihr gehe es darum, dem Missbrauch und der bloßen Arbeitsunwilligkeit entgegenzuwirken. Dies liege ebenso im Interesse der steuerzahlenden Bürger wie der berechtigten Sozialhilfeempfänger. Wer öffentliche Leistungen erhalte, müsse dafür auch etwas tun, bekräftigt die Kommunalpolitikerin. Wer lediglich keine Lust auf Arbeit habe, sollte auch nicht Geld vom Staat fordern. Sie könne es nicht hinnehmen, dass Einzelne es sich auf Kosten der arbeitenden und Steuern zahlenden Mehrheit bequem machen wollten.

### Enge Kooperation

Ihr wichtigster Ansatzpunkt ist deshalb die enge Kooperation zwischen Landratsamt und Arbeitsamt im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe seit Anfang dieses Jahres. Was das Hartz-Konzept fordert, ist in diesem Punkt im Landkreis Kitzingen bereits Wirklichkeit, erklärt Tamara Bischof. Ziel der Zusammenarbeit sei es, eine bessere Betreuung der Hilfeempfänger sicherzustellen, aber auch den Informationsfluss zwischen den beiden Behörden zu verbessern. Arbeitslose Sozialhilfeempfänger werden jetzt zu einem Gespräch mit Fachleuten des Sozial- und Arbeitsamtes eingeladen, um gemeinsam ihre individuellen Chancen auf dem Arbeitsmarkt einzuschätzen und konkrete Schritte für eine dauerhafte Eingliederung in die Arbeitswelt festzulegen. „Lehnen Sozialhilfeempfänger dann ihnen zumut-

andere Hilfeempfänger eher auf die Sozialhilfe verzichtet, als sich dem Eingliederungsprogramm zu unterziehen. Bis einschließlich Januar 2003 habe ihr Amt aus diesem Grunde Leistungen in Höhe von rund 14.000 € eingestell.

### Einladung an die Bürgermeister

Um die Senkung der Sozialhilfelasten auf breiter Front und möglichst ortsnahe anzugehen, hat die Landkreisleitung Ende vergangenen Jahres alle Bürgermeister eingeladen und mit ihnen die Möglichkeiten zur Ein-

dämmung der Sozialhilfelasten erörtert. Die Gemeinden könnten zum Beispiel durch die zeitnahe Zuweisung gemeinnütziger Arbeiten mitunter recht wirksam helfen, Sozialhilfekosten einzusparen. In einer vom Landkreis angebotenen Fortbildung konnten sich die für Sozialhilfeanträge zuständigen Sachbearbeiter der Landkreisgemeinden über ihre Rechte, Pflichten und insbesondere auch Kontrollbefugnisse informieren. Schon nach den ersten Wochen trägt die intensive, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Gemeinden Früchte, freut sich die Kommunalpolitikerin. Bereits bei Stellung des Sozialhilfeantrags kann eine gemeinnützige Arbeit beschafft und der Antragsteller durch Bescheid dazu herangezogen werden. Daraufhin sei ein Teil der Anträge sofort wieder zurückge-

zogen worden. Da zeige sich, wie Bischof anmerkt, doch recht deutlich, dass manche Antragsteller nicht unbedingt auf Sozialhilfe angewiesen seien, sondern dort, wo dies problemlos möglich ist, auch ohne Not die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen.

All diese Maßnahmen könnten natürlich nicht kurzfristig volle Wirkung zeigen, betont Frau Bischof. Man müsse nun verstärkt nach den tieferen Ursachen für die hohe Zahl von Sozialhilfefällen im Landkreis suchen. Dieser Umstand sei umso befremdlicher, als Kitzingen bei der Arbeitslosenstatistik hervorragend abschneide. „Doch wir werden es schließlich schaffen und unsere Sozialhilfebelastung deutlich reduzieren“, ist die Landrätin überzeugt. Denn Kitzingen dürfe hier nicht länger Spitze sein. **DK**

beschränkten Nutzungsrechts die Schulimmobilien zu sanieren, zu finanzieren und gegebenenfalls zu bewirtschaften. Das Eigentum an den Immobilien verbleibt weiterhin bei der Kommune.

Damit der Haushalt der Kommune mit den Sanierungs- und Nebenkosten während der Sanierungsphase nicht belastet wird, wird das Nutzungsentgelt der Kommune erst mit Beginn der Nutzungsüberlassungsphase in Rechnung gestellt. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt zu Kommunalkreditkonditionen; je nach konkretem Fall auch günstiger.

Die Bewirtschaftung der Objekte kann durch die Kommune selbst oder gemeinsam mit einem qualifizierten Facility-Manager erfolgen. Neben der Reduzierung der Bewirtschaftungskosten in Höhe von ca. 10 bis 15 Prozent p.a. kann sich die Kommune z.B. auch der Risiken der Bauunterhaltung entledigen. Am Ende der Vertragslaufzeit von z.B. 20 Jahren löst die Kommune den noch offenen Restfinanzierungsbetrag ab. Da in der Regel die Sanierungsmaßnahmen nach 20 Jahren abgenutzt sein werden, ist eine Volltilgung während der Laufzeit empfehlenswert.

### Vorteile für die Kommune:

- ⚡ Sofortige Sanierung
- ⚡ Dauerhaftes Eigentum / Nutzung und Verfügungsgewalt über die Objekte.
- ⚡ Verzinsung zu Kommunalkreditkonditionen; gegebenenfalls günstiger.
- ⚡ Baukostenvorteile
- ⚡ Betriebskostenvorteile
- ⚡ Einbindung von kommunalem Personal möglich.
- ⚡ Kosten-/Terminsicherheit
- ⚡ Kein Ausfallrisiko der Bauunternehmen

**Informationen über:** Dr. Alexander Winkler, Deutsche Bank AG, Marketing und Vertrieb Öffentlicher Sektor, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt, e-mail: alexander.winkler@db.com ⚡

## Schulsanierung zu günstigen Konditionen

**Nutzungsüberlassungsmodell: Lösung auf Basis der Public-Private-Partnership von Dr. Alexander Winkler, Deutsche Bank AG**

**Viele öffentliche Schulgebäude müssen dringend saniert werden. Vorrangig sind Mängel in der Gebäudesubstanz zu beseitigen, teilweise auch Schadstoffbelastungen (Asbest/PCB) und Mängel der technischen Ausrüstung. Die Beseitigung dieser Mängel kostet in Deutschland zweistellige Milliardenbeträge. Investitionen - wie z.B. in die Infrastruktur der Informationstechnik -, um Schulgebäude den Herausforderungen unserer Zeit anzupassen, sind dabei noch nicht berücksichtigt. In Zeiten knapper öffentlicher Haushalte entsteht zwangsläufig ein Konflikt zwischen den berechtigten Interessen der Eltern, Schüler und Lehrer nach einer funktionsfähigen, sicheren und „gesunden“ Schule einerseits und der Finanzierung umfangreicher Sanierungsprojekte andererseits.**

Für die bauliche Unterhaltung der Schulgebäude sind in Deutschland die Schulträger, i.d.R. die Kommunen, verantwortlich. Je nach Bundesland haben diese bei Schulbausanierungsmaßnahmen eine Vielzahl rechtlicher und technischer Vorgaben zu beachten. Die Realisierung kreativer Lösungen setzt dabei konstruktives Zusammenwirken aller Beteiligten in den Kommunen und den zuständigen Landesministerien voraus. Doch sind zu baldigen Beseitigung der baulichen Mängel solche Lösungen zwingend erforderlich.

### Wirtschaftliche Kriterien

Dass dabei auch wirtschaftliche Kriterien von zentraler Bedeutung sind, sollte selbstverständlich sein. Dies heißt aber auch, dass kein Lösungsmodell z.B. mit Blick auf die Zuschussfähigkeit im Rahmen der Schulbauförderung von vorneherein präferiert oder sanktioniert werden sollte.

Ein Patentrezept, das alle Pro-

bleme wie mit Zauberhand löst, gibt es (leider) nicht. Vielmehr gilt es, sämtliche immobilienwirtschaftliche Optimierungspotentiale in den Bereichen Baumanagement, Bewirtschaftung und Finanzierung über den gesamten Lebenszyklus der Immobilien auszuschöpfen. Einen kreativen Lösungsansatz, der diese Optimierungspotentiale

### Modularer Ansatz

Es basiert auf einem modularen Ansatz und bietet eine konsequente Umsetzung von Public-Private-Partnership. Das heißt: Eine Kommune kann je nach Strategie und vorhandenen Ressourcen selbst entscheiden, welcher der geplanten Leistungsbestandteile durch die Kommune selbst, durch einen privaten, leistungsfähigen Partner oder gemeinsam umgesetzt werden soll. Beim Nutzungsüberlassungsmodell wird einer privatrechtlich organisierten Schulsanierungs-gesellschaft die Aufgabe übertragen, im Rahmen eines einge-

### Sparkassenforum Deutscher Mittelstand:

## „Etwas stimmt nicht hierzulande“

**München/Berlin (wefa) - Alle 43 Minuten stirbt in Deutschland ein Handwerksbetrieb, im Monat sind es fast 1000, die verschwinden. Viel Mittelständler leben nur noch von der Substanz. Wie Dieter Philipp, der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks auf dem „3. Sparkassenforum Deutscher Mittelstand“ in Berlin bilanzierte, gibt in keinem der 94 Vollhandwerke derzeit Beschäftigungszuwächse.**

„Sie können von einem Sprinter keine Spitzenzeiten erwarten und ihm gleichzeitig schweres Gepäck auf den Rücken laden“, kritisierte der Präsident. Für die schlechte Lage macht er „strukturelle Probleme“ in Deutschland verantwortlich, zumal es im Euroland 2002 ein Wachstum von 1,34 Prozent und in den USA von 2,5 Prozent gegeben hat. „Es stimmt etwas nicht im Staate Deutschland“ sagte der Verbandsvertreter vor 600 Mittelständlern in Berlin. Seiner Meinung nach müssen weitere Steuererhöhungen umgehend im Papierkorb verschwinden. Nach einer Umfrage des Zentralverbands des Handwerks sehen 50 Prozent der Handwerksbetriebe in den bürokratischen Belastungen eine ernsthafte Bedrohung für den Erfolg ihres Unternehmens. Die vom Bundeskanzler angeforderten Schritte seien zu zaghaft und nicht hinreichend koordiniert.

### Kreditvergabe an Unternehmen ausgedehnt

Die 519 eigenständigen Sparkassen haben nach Auskunft von Präsident Dr. Dietrich H. Hoppenstedt als einzige Bankengruppe im letzten Jahr die Kreditvergabe an Unternehmen nochmals ausgedehnt und damit

den Rückzug der privaten Banken teilweise ausgeglichen. 42 Prozent der Kredite an Selbstständige und Unternehmen seien von Sparkassen gewährt worden. „Drei von vier Firmen haben eine Geschäftsbeziehung zu einer Sparkasse, jede zweite Existenzgründung wird von der Sparkasse finanziert“, erklärte er. Er bekräftigte die dreigliedrige Struktur des deutschen Bankensystems (private Banken, Genossenschaftsbanken sowie Sparkassen). Mit einem Seitenhieb bedachte er die großen Geschäftsbanken dennoch: „Diejenigen, die ständig ihre Geschäftsstrategien geändert haben, sind nicht dazu berufen, eine Reform des deutschen Bankensystems zu predigen.“

### Mangelndes Eigenkapital

In Sorge sind die Sparkassen, weil mehr als ein Drittel aller mittelständischen Unternehmen in der Bilanz kein Eigenkapital ausweist, bei den kleineren Firmen sind es sogar mehr als die Hälfte. Ein Drittel erzielt den Informationen des Sparkassenverbands zufolge keinen Gewinn mehr.

Hoppenstedt sagte in Anwesenheit von Rezzo Schlauch, dem Mittelstandsbeauftragten der Bundesregierung, Deutschland brauche jetzt große und

entschlossene Reformen. „Wir müssen“, so der Präsident, „von lieb gewordenen Besitzständen los lassen, um langfristig unseren Wohlstand zu sichern.“ Handlungsbedarf sieht er vor allem bei der Deregulierung des Arbeitsmarkts und bei den Sozialversicherungssystemen. Um mehr individuelle Möglichkeiten für die Gestaltung der Arbeitswelt und der Entlohnung zu erreichen, müsse eine Vielzahl von Vorschriften gelockert werden, die heute noch den Arbeitsmarkt regulierten. ⚡

### Welche Zukunft hat US-Cross-Border-Leasing?

Immer wieder versuchen Kommunen, mit dem Finanzierungsmodell „Cross Border Leasing“ ihre finanzielle Situation zu verbessern. Das Modell ist umstritten. Die Befürworter weisen auf Millionenbeträge, die die Kommunen verdienen können. Die Gegner argumentieren, dass die Risiken unüberschaubar sind. Tatsache ist, dass US-Leasinggeschäfte auf komplexen, dem US-Recht unterworfenen Verträgen beruhen und dass sowohl Befürworter als auch Gegner häufig nicht ausreichend informiert sind. Ernst & Young Public Services laden zu einem Informations- und Diskussionsforum am 4. April 2003 nach Essen ins Colosseum Theater.

**Informationen:** Stefanie Jera-beck, Ernst & Young AG, Witte-kindstraße 1a, 45131 Essen, Tel.: 0201-8437-213, Fax.: 0201-8437-255, E-Mail: Stefanie.Jera-beck@de.ey.com ⚡

## 39 Millionen € für Regionalwirtschaft

**1947 Arbeitsplätze gesichert und 202 neue geschaffen**

**Bayreuth (fpo) - Die Regierung von Oberfranken hat im vergangenen Jahr rund 39 Millionen Euro für die Förderung der oberfränkischen Wirtschaft bewilligt.**

„Mit diesen staatlichen Hilfen konnten insgesamt 1947 Arbeitsplätze gesichert und 202 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies ist im Hinblick auf die angespannte Arbeitsmarktsituation von besonderer Bedeutung“, betonte Regierungspräsident Hans Angerer. Die von der Regierung von Oberfranken geleitete Wirtschaftsförderung teilt sich wie folgt auf:

- ⚡ bayerische regionale Förderprogramme, Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, EU-Programme (gewerbliche Investitionen und Infrastruktur) 19, 021 Millionen Euro
- ⚡ Förderung der überbetrieblichen Ausbildungs-/Beratungstätigkeit und der Investitionen der Kammern 2,269 Millionen Euro
- ⚡ Qualifizierungsmaßnahmen mit Mitteln des Arbeitsmarktfonds 1,712 Millionen Euro
- ⚡ High-Tech-Offensive Bayern-Regionalkonzept, Virtueller Campus Bayern, IuK 1,650 Millionen Euro

⚡ Verschiedene andere Förderprogramme wie ÖPNV, Linienbusse, gemeinwirtschaftliche Leistungen 14,476 Millionen Euro.

Größere Infrastrukturvorhaben in Oberfranken waren zum Beispiel die Erschließung des Gewerbe- und Industrieparks Hof-Gattendorf mit einem Investitionsvolumen von 7,03 Millionen Euro (Zuschüsse 5,0 Mio.) Euro, die Erschließung des Gewerbegebietes „Nord“ in Michelau in Oberfranken mit einem Investitionsvolumen von 0,44 Mio. Euro (Zuschüsse 0,20 Mio. Euro), die Erschließung des Gewerbegebietes „Breitengüßbach West“ in Breitengüßbach mit einem Investitionsvolumen von 0,19 Mio. Euro (Zuschüsse 0,10 Mio. Euro) und die Erschließung des Gewerbegebietes „Lerchenbühl“ in Berg mit einem Investitionsvolumen von 0,17 Mio. Euro (Zuschüsse 0,3 Mio. Euro).

Neben der Förderung für Oberfranken ist die Regierung von Oberfranken auch für den Vollzug von Förderprogrammen zuständig, die sich auf ganz Bayern beziehen. Wichtigste Einzelmaßnahme ist dabei die Abwicklung der High-Tech-Offensive Informations- und Kommunikationstechnologie. ⚡

## Weitere Strukturverbesserung der Genossenschaftsbanken

Fusionsverhandlungen mit Württemberg  
200 Millionen Euro im ländlichen Raum investiert

München. Das Schlagwort „Bankenkrise“ trifft für die Genossenschaftsbanken nicht zu. Bei der Jahresbilanzpressekonferenz in München betonte der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, Wilhelm Frankenberger, angesichts des konjunkturellen Umfeldes hätten sich die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken relativ gut gehalten. Das Betriebsergebnis vor Bewertung konnte auf 0,85 Prozent erhöht werden, die Gesamtbilanzsumme steigerte sich um 0,5 Prozent auf 98,9 Milliarden Euro.

Die Strukturverbesserung in Bayern ist nach Frankenberger auf gutem Wege. Nach 30 Fusionen im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der selbständigen Volks- und Raiffeisenbanken auf 412 reduziert. Die Zusammenschlüsse im Jahr 2003 werden sich weiter fortsetzen, man rechnet mit 30 bis 35. Mit 3.639 Bankstellen bieten die Volks- und Raiffeisenbanken im Freistaat das dichteste Service-Netz. Neben der weiteren Strukturverbesserung zählt Frankenberger zu den wichtigsten Aufgaben die Verstärkung der Vertriebsaktivitäten, die Optimierung der Steuerungssysteme und die Minimierung der Risikokosten.

### Schwache Konjunktur und Verunsicherung

Das Einlagengeschäft stand im vergangenen Jahr deutlich unter dem Zeichen der Börsenbaisse und der Unsicherheit über die weitere Entwicklung von Wirtschaft und Kapitalmärkten. Die Gesamteinlagen stiegen um 1,5 Prozent auf 78 Milliarden Euro. Die Zunahme geht vor allem auf einen starken Anstieg der Sichteinlagen um 6,5 Prozent auf 17,9 Milliarden Euro und der Inhaberschuldverschreibungen um 10,1 Prozent auf vier Milliarden Euro zurück. Die Termineinlagen blieben mit 23,7 Milliarden Euro konstant, die Spareinlagen sanken um ein Prozent auf 32,4 Milliarden Euro.

Im Kreditgeschäft macht sich die schwache Konjunktur und

die Verunsicherung von Privat- und Firmenkunden stark bemerkbar. Vor allem die ungünstigen Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft haben zu einer geringeren Nachfrage geführt. Weitere Ursache waren die fortgesetzte Krise am Bau und die ungünstige Einkommensentwicklung der Landwirtschaft. Die Kundenforderungen gingen um 1,2 Prozent auf 59,9 Milliarden Euro zurück. Dabei nutzten die Kunden die niedrigen Zinsen zu einer Ausweitung der längerfristigen Ausleihungen um 1,3 Prozent auf 44,2 Milliarden Euro, während sich die kurz- und mittelfristigen Kredite um 7,4 Prozent auf 15,7 Milliarden Euro verminderten. Zur Finanzierung des bayerischen Handwerks und des Baugewerbes tragen die Volks- und Raiffeisenbanken rund 23 Prozent beziehungsweise 24,5 Prozent bei. Bei den Agrarkrediten konnte die führende Position auf etwa 55 Prozent Marktanteil ausgebaut werden.

### Arbeitgeber, Investor und Steuerzahler

Das Betriebsergebnis ist im Jahr 2002 wieder deutlich um 18,7 Prozent auf 830 Millionen Euro gestiegen. In Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme bedeutet das eine Steigerung auf 0,85 Prozent nach 0,73 Prozent im Vorjahr. Diese Verbesserung geht vor allem auf die Zunahme der Zinsspanne um 0,12 Prozentpunkte auf 2,59 Prozent zurück.

Die bayerischen Genossenschaftsbanken beschäftigten zum Jahresende 35.960 Mitarbeiter, davon 6.906 Teilzeitarbeitskräfte, das sind 281 weniger als im Vorjahr. Diese Arbeitsplätze werden vor allem außerhalb der Ballungszentren in den Regionen angeboten. Mit 2.720 Auszubildenden helfen sie auch bei der Verbesserung der Situation jugendlicher Arbeitnehmer. Nicht nur als Arbeitgeber, sondern auch als Investor und Steuerzahler tragen die Genossenschaftsbanken zur Stärkung der Regionen bei. Im vergangenen Jahr wurden knapp 200 Millionen Euro vorwiegend im ländlichen Raum investiert. Nicht zuletzt zählen die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken zu dem immer kleiner werdenden Kreis von Unternehmen, die noch Körperschafts- und Gewerbesteuer zahlen. „Die Kommunen wissen das zu schätzen“, meinte der Verbandspräsident. Das gesamte Steueraufkommen im Jahr 2001 belief sich auf 133 Millionen Euro und 2002 werden es voraussichtlich 170 Millionen Euro sein.

### Verschmelzung in 2004

Die Fusionsverhandlungen mit dem württembergischen Genossenschaftsverband werden fortgeführt. Die interne Bestandsaufnahme ist jetzt abgeschlossen, im vierten Quartal dieses Jahres sollen mit den Mitgliedern die Beschlüsse auf den außerordentlichen Verbandstagen gefasst werden. Die Verschmelzung könnte dann zum 1. Januar 2004 erfolgen. Der gemeinsame Verband wird den Namen „Süddeutscher Genossenschaftsverband München-Stuttgart e.V.“ mit dem Sitz in München erhalten, Stuttgart bekommt einen Verwaltungssitz.

Eugen Scholl



Zum Abschluss der Jahreshauptversammlung des Bayerischen Gemeindetags, Kreisverband Augsburg, stellten sich Gastgeber und Referenten zum Erinnerungsfoto. Von links auf dem Bild: Götz Rinn (BLB), Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg, Alfons Mayerthaler (auch Gastgeber), Heinrich Schugg (BLB), Dr. Jürgen Busse (Bayerischer Gemeindegtag München), Kreisverbandsvorsitzender Georg Klaußner, Geschäftsführer Günter Würmseher, Thomas Nehr (BLB) und Vorstandsmitglied Horst Schönfeld (Kreissparkasse). Bild: Xaver Grimmeiß

### Gemeindegtagshauptversammlung:

## Wollen „arme Kommunen“ eine zweite Gebietsreform durchsetzen?

Landkreis Augsburg wird Umlage um zwei Prozent erhöhen

Zuerst die freudige Nachricht: Die Kreissparkasse Augsburg wird voraussichtlich Gewerbesteuer in doppelter Größenordnung wie im Vorjahr entrichten. Dies sagte der Vorstandsvorsitzende der Bank, Alfons Mayerthaler, der auch Gastgeber der jüngsten Gemeindegtagshauptversammlung des Kreisverbandes Augsburg war. Von anderem Kaliber war dagegen die salopp hingeworfene Bemerkung von Kreisrat Georg Klaußner, seines Zeichens Verbandsvorsitzender, dass mit einer Erhöhung der Kreisumlage um zwei Prozentpunkte mit Sicherheit zu rechnen sei.

In Bezug auf den großen Themenkreis, der angesprochen wurde war es Geschäftsführer Günter Würmseher gelungen, wieder versierte Referenten zu gewinnen.

### Wir sind sturmfest und bleiben es

„Wir haben ein gutes Jahr hinter uns gebracht!“ Dies sagte Alfons Mayerthaler Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse und Gastgeber bei der Jahreshauptversammlung des Bayerischen Gemeindegtags. Beachtliche Kreditvolumen und Einlagengeschäfte verhalten uns, auch wenn die eine oder andere Insolvenz zu verkräften war, zu einem „positiven Swing.“ Unsere Gewerbesteuerzahlung dürfte daher bei einer doppelten Größenordnung gegenüber dem Vorjahr liegen. Mit einem sogenannten „Risikokapital“ liessen sich „Notfälle“ auch still erledigen. Und abschließend hieß es bei Alfons Mayerthaler: „Wir sind sturmfest und bleiben es!“

Die lapidare Mitteilung des Vorstandsvorsitzenden und Kreisrates Georg Klaußner (Untermeitingen), dass mit einer Erhöhung der Kreisumlage um zwei Punkte (von jetzt 45 auf 47) zu rechnen sei, ließ viele seiner Bürgermeisterkollegen aufhorchen. Dränge doch diese Maßnahme viele Gemeinden an den Rand ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Das Problem Gemeindefinanzen wird sich nach Klaußner in den nächsten Jahren noch verschlechtern: Drastischer Einbruch bei den kommunalen Steuereinnahmen - rasante Steigerung der Ausgaben. Auch die von der Bundesregierung eingeführte Grundsicherung für die Bürger bleibe als zusätzliche Belastung bei den Städten und Gemeinden hängen.

Wenn auch der Jahresabschluss 2002 des Kreisverbandes ein Minus aufweise, brauche kein Insolvenzverfahren eingeleitet zu werden, meinte der „Gralshüter“ der Verbandkasse, Johann Merk, humorvoll.

### Größte Brocken bei der Jugend- und Sozialhilfe

In seinem groß angelegten Referat „Die Zukunft der Kommunalfinanzien und das Konnexitätsprinzip“ meinte der Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindegtags, Dr. Jürgen Busse, dass die schwersten Brocken der Ausgaben bei der Jugend- und Sozialhilfe liegen. Auch die Grundsicherung bereite Probleme. Sie sei zwar gut gemeint, aber auf die Dauer nicht finanzierbar. In solchen Finanznöten denken viele „verarmte Städte“ über neue mögliche Finanzquellen nach. Jürgen Busse befürchtet, dass diese „armen Schlucker“ eine weitere Gemeindegebietsreform vom Zaune brechen, um diese reicheren Umlandgemeinden des so genannten „Speckgürtels“ zu vereinnahmen.

### München will zugreifen

Auf Grund der ausufernden Finanznot der Kommunen und der leeren Staatskassen sind keine zusätzlichen Einnahmen zu erwarten. Laut Dr. Busse wurde im Einvernehmen mit Finanzminister Falthäuser sicher gestellt, dass die Schlüsselmasse für den Kommunalausgleich unverändert bleibt. Wenn aber die Stadt München auch nach dieser „Masse“ greifen wird, ja muss, werden die anderen Gemeinden weniger erhalten. Fazit: Der Topf mit der „Schlüsselmasse“ muss nachgefüllt werden.

### Wer anschafft, muss auch zahlen

Eine Chance für die Gemeinden, Kosten zu sparen, sieht der Referent in dem einzuführenden Konnexitätsprinzip, das heißt: „Wer anschafft, muss auch zahlen!“ Der entsprechende Gesetzentwurf soll noch im März eingebracht werden. Bei der Landtagswahl im September sollen dann die Bürger über die Annahme des Gesetzes und die Aufnahme in die Bayerische Verfassung abstimmen. Die Konnexität

enthält laut Busse eine Verpflichtung der Staatsregierung, Rechenschaft darüber abzulegen, wer das Gesetz vollzieht und bei wem die Erstattungspflicht liegt. Ganz wichtig bei der Konnexität ist der Konsultationsmechanismus. Auch darf durch die Erstattungspflicht der Finanzausgleich nicht betroffen werden.

### Gemeindefinanzreform muss kommen

Endlich habe man auch beim Bund erkannt, dass im Bereich der Kommunalfinanzien etwas geschehen muss. Vorschläge zur Reform der Gemeindefinanzen stehen derzeit zwei Modelle in der Diskussion, sagte Jürgen Busse. Zweifel sind jedoch beide Male angebracht, hieß es weiter. Der BDI (Bundesverband der deutschen Industrie) schlägt vor, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Dafür bekämen die Gemeinden ein bestimmtes Hebesatzrecht auf die Einkommensteuer.

### Weitere Abwanderung

Der Gemeindegtag-Experte Busse befürchtet bei diesem „Planspiel“, da die Hebesätze in den „armen“ Großstädten höher liegen dürften, eine noch stärkere Abwanderung von Firmen aus den Ballungsgebieten in das Umland. Auch das in Bayern favorisierte Jarass-Modell sei nicht ohne Pferdefuß. Es sieht vor, dass künftig Freiberufler (Rechtsanwälte, Architekten, Ärzte) ebenfalls Gewerbesteuer zu zahlen haben. Ihnen wird allerdings ein zu hoher steuerfreier Betrag (40.000 EURO) zugebilligt. Ist der Gewinn höher, kann die angefallene Gewerbesteuer wieder bei der Einkommensteuer abgesetzt werden. Bei beiden Modellen, so Dr. Jürgen Busse, warnend, sind die ländlichen Gemeinden gegenüber steuerkräftigen Kommunen die Verlierer. Von einem Modell, das für alle Gemeinden Gerechtigkeit beinhaltet, sind wir noch weit, weit entfernt“, hieß es bei Dr. Jürgen Busse abschließend. Über „Kommunale Finanzierungsalternativen“ referierten von der Bayerischen Landesbank Götz Rinn, Heinrich Schugg vom „Gewerbegrund“ und Herr Marxleiter von der „Bayerngrund“. Thomas Nehr dagegen oblag es, auf Wunsch des Geschäftsführers Günter Würmseher, über die aktuelle Marktlage zu referieren.

## Umfassende Gemeindefinanzreform

Bertelsmann-Stiftung: Bürgersteuer soll für mehr Transparenz sorgen

Mit einer Kombination aus einer kommunalen Bürgersteuer und einer lokalen Wirtschaftssteuer als Herzstück einer Gemeindefinanzreform will die Bertelsmann Stiftung der Finanzkrise in den Kommunen begegnen. In einem in Berlin vorgelegten Positionspapier fordert sie ergänzend eine Modernisierung der Grundsteuer. Die Vorschläge der Stiftung gehen deutlich über die Reformvorstellungen hinaus, die derzeit in der Kommission der Bundesregierung beraten werden.

Die Bertelsmann Stiftung versteht sich selbst als „Förderin des Wandels für eine zukunftsfähige Gesellschaft“. Sie will nach eigener Aussage Reformen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Soziales, Gesundheit, Demokratie und Bürgergesellschaft sowie Internationale Verständigung voranbringen.

### Bürger zahlen nicht mehr

Die von der Bertelsmann Stiftung geforderte Bürgersteuer soll die 15 Prozent der Einkommensteuer ersetzen, die den Kommunen bisher als Zuweisung des Landes zufließen. Mit der neuen Steuer müsse der Bürger nicht mehr zahlen als vorher, könne dafür aber erstmals auf seinem Steuerbescheid sehen, wie viel von seiner Einkommensteuer direkt vor Ort ausgegeben wird.

Nach Meinung der Bertelsmann Stiftung schafft die Bürgersteuer mehr Transparenz und steigert dadurch die Effizienz kommunalen Handelns. Transparenz befähige die Bürger, sich zu beteiligen, wenn über die Verwendung von Steuergeldern auf lokaler Ebene

entschieden wird.

Die Bürgersteuer ist im Vorschlag der Stiftung nur in Verbindung mit grundsätzlichen Änderungen bei der Gewerbe- und der Grundsteuer realisierbar. Um mehr Steuergerechtigkeit zu erzielen, soll die Gewerbesteuer abgeschafft und durch eine lokale Wirtschaftssteuer ersetzt werden, die alle wirtschaftlich Tätigen angemessen an der Finanzierung der von ihnen in Anspruch genommenen kommunalen Infrastruktur beteilige, also auch Freiberufler und Landwirte. „Je breiter die Bemessungsgrundlage ist, desto niedriger können die Steuersätze sein“, erläuterte Prof. Marga Pröhl von der Bertelsmann Stiftung. Die Grundsteuer A für Landwirte solle entfallen, die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer B müsse aktualisiert werden.

### Konnexitätsprinzip

Zu einer wirksamen Gemeindefinanzreform gehört nach Ansicht der Experten außerdem das Konnexitätsprinzip. Danach dürften Entscheidungen von Europäischer Union, Bund und Ländern, die sich auf die Ausga-

ben der Kommunen auswirken, nur bei gleichzeitiger Klärung der Finanzierungsfrage getroffen werden. Die Kommunen sollten keine Kosten übernehmen, deren Höhe sie politisch nicht beeinflussen können. Ferner fordert das Positionspapier, dass Aufgaben, die Bund und Länder auf die Gemeinden übertragen haben, nur in ihrer Grundstruktur einheitlich geregelt werden dürfen. Bei der Ausführung müssten den Kommunen deutlich erweiterte Handlungsspielräume gewährleistet werden.

### Gegen halbherzige Ansätze

Von den Reformideen, die in der Kommission der Bundesregierung beraten werden, unterscheidet sich das Konzept der Bertelsmann Stiftung vor allem durch seine Reichweite. Während die Gespräche in der Kommission sich zumeist auf die Aspekte Gewerbesteuer sowie Sozial- und Arbeitslosenhilfe beschränken, schlägt die Bertelsmann Stiftung eine umfassende Reform vor. „Halbherzige Ansätze können weder den Verfall kommunaler Infrastruktur bremsen noch die lokale Politik wieder handlungsfähig machen.

Ziel einer Gemeindefinanzreform muss nicht nur sein, die strukturelle Finanzkrise zu überwinden, sondern auch mehr Transparenz und lokale Demokratie zu ermöglichen“, so Prof. Pröhl. **KK**

Sparkassenpräsident Naser zum Jahresergebnis 2002:

## Erfolgreich gegen den Trend

Stütze der mittelständischen Wirtschaft und der Regionen  
Befürwortung des dreigliedrigen Finanzsystems in Deutschland

„Betriebsergebnis deutlich gesteigert, Personalstand gehalten, Sparkassen zahlen 230 Mio. Euro gewinnabhängige Steuern, kein Rückzug aus der Fläche“, so fasste der Geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Siegfried Naser, die Erfolgsbilanz der bayerischen Sparkassen für das Jahr 2002 zusammen. Im Gegensatz zu den vielen sonstigen Negativmeldungen aus der Finanzbranche hätten die Sparkassen im „schwierigsten Bankjahr seit Jahrzehnten“ ihre Zahlen mit schwarzer Tinte geschrieben. Das durchschnittliche Bilanzvolumen einer bayerischen Sparkasse betrage derzeit 1,87 Mrd. Euro.

Trotz der hohen Risikoversorge für das Wertpapier- und Kreditgeschäft erzielten die Sparkassen ein operatives Ergebnis von 0,90 % des DBS. Dies entspricht 1,4 Mrd. Euro. Davon zahlten sie 230 Millionen Euro gewinnabhängige Steuern. Mit einer Bilanzsumme von 154,8 Mrd. Euro und einem Jahresüberschuss von 340 Mio. Euro können die 83 bayerischen Sparkassen zufrieden sein, so Naser, denn viele private Banken würden in der gleichen Zeit rote Zahlen schreiben. Das beweise, so der Präsident, dass die Strategie der bayerischen Sparkassen stimme. Selbstständiges Unternehmertum vor Ort, Multikanalvertrieb und hohe Geschäftsstellendichte seien dafür die Erfolgsfaktoren. Im Kreditgeschäft verzeichne-

ten die Sparkassen insgesamt lediglich einen leichten Zugang um 0,9 % auf 95,1 Mrd. Euro. Auffällig ist allerdings, dass die öffentlichen Haushalte ihren Kreditbestand bei den Sparkassen um 7,4 % erhöhen mussten.

### Partner der regionalen Wirtschaft

Dass die Sparkassen ihre gute Stellung in der regionalen Wirtschaft ausbauen konnten, belegt auch eine von Naser zitierte Statistik der Deutschen Bundesbank. Während in den vergangenen vier Jahren der Marktanteil der Kreditbanken bei den Unternehmenskrediten von 44,4 % auf 36,5 % fiel, steigerte die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern im gleichen Zeitraum ihren Markt-

anteil im gleichen Segment von 35,1 % auf 39,25 %. Den Rückzug der Großbanken aus dem Kreditgeschäft mit kleineren und mittleren Betrieben würden die Sparkassen nicht nur auffangen, vielmehr weiteten sie ihre Kreditbestände mit diesem Kundenkreis im Neugeschäft sogar aus.

### Beteiligungskapital

Ein weiterer Weg, um Unternehmen mit den notwendigen Mitteln auszustatten, ist eine Finanzierung über Beteiligungskapital. Darüber berichtete Vizepräsident Rudolf Faltermeier. Die bayerische Beteiligungsgesellschaft habe am 1. April 2002 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen; für dieses Jahr würden die ersten Investments erwartet. Die bayerische Sparkassenorganisation könne für 2002 insgesamt über ein Beteiligungskapital von 248 Mio. Euro berichten. Dies entspreche einer Zunahme von 14 %. Das investierte Kapital habe gleichzeitig um 18,5 % auf 125,8 Mio. Euro zugenommen.

### Weitere Fusionen

Zufrieden zeigt man sich beim

Sparkassenverband auch mit dem Fortschritt der Sparkassenfusionen. Seit 1972 seien insgesamt 72 Fusionen mit 174 beteiligten bayerischen Sparkassen zu Stande gekommen. Die Anzahl der Sparkassen in Bayern sei damit durch freiwillige Fusionen von 185 auf heute 83 zurückgegangen. Für das Jahr 2003 stünde bislang eine weitere kreis-übergreifende Fusion der Sparkasse Roth-Schwabach mit der Vereinigten Sparkasse Weißenburg fest.

### Mehr Personal

Im Gegensatz zu den Großbanken, die ihr Personal abbauen, haben die bayerischen Sparkassen 2002 mehr Personen beschäftigt als im Vorjahr. Der Gesamtpersonalbestand erhöhte sich um 219 auf 50.938. Die Zahl der Geschäftsstellen ging im gleichen Zeitraum um 61 auf 2.910 zurück; jedoch nahmen die Beratungszentren um 31 auf 211 zu, so dass die flächendeckende Präsenz erhalten blieb.

Stolz ist man beim Verband auch auf die Leistungen des ServiceZentrumBayern (SBZ), das erst Mitte des vergangenen Jahres seinen Betrieb aufgenommen hat. Inzwischen wickeln 32 bayerische Sparkassen ihren Zahlungsverkehr über diese Gesellschaft ab; bis Ende dieses Jahres sollen es 56 sein. Derzeit beträgt das durchschnittliche Volumen 140.000 Zahlungsbelege pro Tag. Dem kommt auch die zunehmende Beliebtheit des Online-Banking entgegen, wie Vizepräsident Werner Netzel erläuterte. Mittlerweile verwalten 841.500 Sparkassenkunden ihre Geldgeschäfte online.

### Verbundgeschäft

Lebhaft sei auch die Entwick-



Gemeinsam ein erfolgreiches Team: Sparkassenpräsident Dr. Siegfried Naser (Mitte) mit seinen Stellvertretern Rudolf Faltermeier (li.) und Werner Netzel (re.). Foto: Schmidhuber

lung des Verbundgeschäftes verlaufen, so Netzel. Am zweitbesten Geschäftsjahr der LBS-Bayern in der Nachkriegsgeschichte waren die Sparkassen sicher nicht unbeteiligt, stieg ihr Vermittlungsanteil doch von 81,9 % auf 83,3 %. Vergleichbar hoch ist auch der Vermittlungsanteil von wohnungswirtschaftlichen Objekten über die Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH. Da die Bankkunden sich verstärkt für sicherheitsorientierte Anlageformen entscheiden, schlossen die Sparkassen 92.328 Lebensversicherungsverträge ab (+50,66 %).

### Dreigliedriges Finanzsystem

Eine Lanze brach Präsident Naser für das dreigliedrige Finanzsystem aus Banken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Ursachen für Probleme, die es in der deutschen Bankenwelt in jüngster Zeit durchaus

gegeben habe, sind nach seinen Worten die sich dramatisch verschlechternde Wirtschaftslage mit den Firmenzusammenbrüchen und dem Rückgang an den Börsen, hausgemachte Managementfehler in der Finanzwirtschaft, sowie der scharfe Wettbewerb im deutschen Finanzdienstleistungsgewerbe mit weltweit niedrigen Preisen für die Kunden. Alle Schwierigkeiten träfen auf die drei Säulen zu.

Einen „gewissen Charme“ spricht Naser der Idee gruppenübergreifender Fusionen nicht ab; allerdings verweist er darauf, dass Kapazitätsabbau und eingeschränkter Wettbewerb sich immer drastisch auf Preise und Leistungen auswirken würden. Beim Sparkassenverband bekannte man sich im Interesse der Kunden jedoch ausdrücklich zum Wettbewerb, zumal man mit dem richtigen Geschäftsmodell das Vertrauen der Kunden rechtfertigen könne. **Ha.**

### Kreissparkasse München Starnberg:

## Position überzeugend gefestigt

Geschäfte entwickelten sich 2002 „noch erfreulich“

Als „noch erfreulich“ bewertet die Kreissparkasse München Starnberg ihre Geschäftsentwicklung im Vorjahr. Nach anfänglichen Turbulenzen in den ersten beiden Quartalen 2002 sei es doch gelungen, die Bilanzsumme um knapp 167 Mio. € auf über 6,25 Mrd. € zu erhöhen, teilt die Sparkasse in ihrem Geschäftsbericht 2002 mit. Dies entspreche einer Steigerung von immerhin 2,7 %; der bayerische Durchschnitt weise demgegenüber nur einen Anstieg der Bilanzsummen von 0,5 % aus. Mit diesem Ergebnis habe die Kreissparkasse München Starnberg ihre Stellung als drittgrößte bayerische Sparkasse nach der Stadtparkasse München und der Sparkasse Nürnberg - weiter gefestigt.

Ein Minus musste die Kreissparkasse München Starnberg 2002 allerdings bei den Spareinlagen und Termingeldern hinnehmen. Die Spareinlagen gingen um 6,7 % bzw. knapp 110 Mio. € auf 1,53 Mrd. € zurück, und die Termingelder verringerten sich gar um über 17 % bzw. 97 Mio. €. Ein sattes Plus registrierte die Kreissparkasse hingegen bei den Inhaberschuldverschreibungen. Dem unverkennbaren Trend zu sicheren Anlageformen war es damit zu verdanken, dass der Zuwachs um knapp 54 % auf 520 Mio. € bei den Inhaberschuldverschreibungen den Verlust bei den anderen Sparformen nahezu ausgleichen konnte. Die Gesamteinlagen verringerten sich damit nur um 0,9 % auf 4,477 Mrd. €

### Plus bei Ausleihungen

Wie der Geschäftsbericht ausweist, konnte die Kreissparkasse München Starnberg im vergangenen Jahr bei den Ausleihungen in allen Bereichen erheblich dazugewinnen. Im Vergleich zu 2001 hat die Sparkasse damit 234 Mio. € mehr ausgeliehen; das bedeutet ein Plus von 6,3%. Mit diesem Anstieg erreicht ihr Kreditvolumen fast die 4 Mrd. € Marke (3,932 Mrd. €). Mit diesem guten Ergebnis liegt die Kreissparkasse München Starnberg bemerkenswert deutlich über dem bayerischen Durchschnitt. Während bayernweit das Geschäft mit Privatkunden um 1,6 % wuchs, lag der Zuwachs der Kreissparkasse mehr als fünfmal so hoch (8,3%). Und

während die Kredite an Unternehmen im Freistaat gar um 0,5 % zurückgingen, stiegen sie bei der Sparkasse um 4,8 % an. Nach eigener Einschätzung des Geldinstituts sind das niedrige Zinsniveau und ihre attraktiven Produkte Grund für dieses Ergebnis. Zudem spielt, wie die Sparkasse auch einräumt, die als Forschungs- und Produktionsstandort vergleichsweise immer noch attraktive Lage des Großraums München eine Rolle.

### Zunahme auch bei Wohnungsbaukrediten

Auch bei den Wohnungsbaukrediten konnte die Kreissparkasse entgegen dem negativen bayerischen Trend, der ein Minus von 8,1 % aufweist, um 7,6 % oder 136 Mio. € zulegen. Das Kreditvolumen der Kreissparkasse erreicht beim Wohnungsbau damit fast die Marke von 2 Mrd. € (1,928 Mrd. €).

### Verbesserung der Ertragslage

Das Betriebsergebnis vor Bewertung liegt, so der Geschäftsbericht, im Jahr 2002 bei 0,83 % der Durchschnittsbilanzsumme. Dies stellt gegenüber dem Vorjahr mit einem Betriebsergebnis von 0,65 % eine deutliche Verbesserung der Ertragslage dar. Als wesentliche Ursache für dieses Ergebnis nennt das Kreditinstitut die Erhöhung der Zinsspanne von 2,09 % auf 2,35 %. Überdies hätten sich auch die Verwaltungsaufwendungen moderat entwickelt. Als Ergebnis

erwartet die Kreissparkasse einen Bilanzgewinn von voraussichtlich 5,77 Mio. €

Eine immer wichtiger werdende Serviceleistung sieht die Kreissparkasse München Starnberg im Electronic-Banking via Internet (E-Banking). In nur drei Jahren habe sich dieser sichere und bequeme Weg, die Bankgeschäfte zu erledigen, fest etabliert. Vor allem die per E-Banking ausgeführten Wertpapieraufträge und -umsätze hätten sprunghaft zugenommen. Mittlerweile werden, so die Sparkasse, von ihren Rechenzentren über 51.400 Konten betreut. Dies sei nahezu ein Drittel ihrer Konten.

### Telefonbanking

Eine wichtige Serviceleistung der Sparkasse sei auch das Telefon-Banking. Damit könnten etwa Überweisungen, Kontostandsabfragen oder der Kauf und Verkauf von Wertpapieren schnell und bequem telefonisch erledigt werden - und das von 8 bis 20 Uhr. Das Angebot werde insbesondere von den Privatkunden sehr gut angenommen. So habe die Kreissparkasse durch diesen neuen Service bereits über 1000 Neukunden gewinnen können.

### Engagement vor Ort

Laut Geschäftsbericht ist die breite Öffentlichkeitsarbeit und das Engagement vor Ort ein besonderes Anliegen der Kreissparkasse München Starnberg. Mit 77 Geschäftsstellen, 100 Geldautomaten sowie 25 Privatkunden- und 6 Firmenkundenzentren stelle sie ihren Kunden ein engmaschiges Netz an Servicestellen zur Verfügung. Durch die Unterstützung von Existenzgründern und die Aufrechterhaltung von 11 Beteiligungen versuche sie zudem, gerade auch in einem schwieriger gewordenen Umfeld, innovative Ideen zu fördern und jungen Unternehmensgründern ein verlässlicher Partner zu sein. **DK**

Symposium der Bayerischen Bauindustrie:

## Mehr Geld vom Bund für Hochwasserschutz

**Umweltminister Werner Schnappauf hat Bundesumweltminister Trittin beim Hochwassersymposium der Bayerischen Bauindustrie vorgeworfen, den Hochwasserschutz nur als Lippenbekenntnis zu nutzen. „Wenn's ans Zahlen geht, ist von Trittin und seinen markigen Worten, der Hochwasserschutz sei auch nationale Aufgabe, nichts mehr zu hören“, betonte Schnappauf.**

Nach den Worten des Ministers muss der Hochwasserschutz an der Donau unabhängig von der Entscheidung über die Ausbauvariante vorangetrieben werden. Schnappauf: „Wir erwarten vom Bund die klare Zusage, dass er sich auch bei den Kosten mehr als bisher engagiert.“ Denn bisher müssen die Menschen in diesem Donauabschnitt mit einem 20- bis 30-jährlichen Hochwasserschutz auskommen. Bayern will dagegen den Schutz schnellstmöglich für ein hundertjähriges Hochwasser ausbauen. Schnappauf: „Für den Hochwasserschutz an der Bundeswasserstrasse Donau ist der Bund mit in der Pflicht.“ Daher geht es allein im Abschnitt Straubing-Vilshofen um eine Größenordnung von rund 400 Millionen Euro.

### Spezialfirmen wichtig

„Der Hochwasserschutz läuft in Bayern auf vollen Touren“, hob Schnappauf weiter hervor. Die Ausgaben von Freistaat und Kommunen für den Wasserbau sind dazu seit 1998 von 127 Millionen Euro auf heute 180

Millionen Euro pro Jahr gestiegen. Um den Hochwasserschutz nach dem ehrgeizigen bayerischen „Aktionsplan 2020 für den Hochwasserschutz in Bayern“ zügig voranzubringen, seien auch leistungsfähige Spezialfirmen für den Tiefbau wichtig, betonte Umweltminister Schnappauf.

So werden für das 155 Millionen Euro umfassende Deichsicherungsprogramm die Fachkenntnisse und die Erfahrung spezialisierter Firmen benötigt, um bis 2008 mit der Deichsicherung fertig zu werden. Daneben laufen Hochwasserschutzmaßnahmen in den Städten wie Neuburg an der Donau, Miltenberg und Würzburg am Main.

### Highlights

Den geplanten Hochwasserschutz für Regensburg bezeichnete Schnappauf als eine der aufwändigsten und technisch anspruchsvollsten Planungen der letzten Jahrzehnte. Nur so kann es nach den Worten Schnappaufs gelingen, dem Hochwasserschutz für eine historische Altstadt gerecht zu werden.

### FFH-Bericht im Landtag:

## Netz Natura 2000 ergänzen wo notwendig

„Bayern wird weiter konstruktiv am europäischen Netz Natura 2000 mitarbeiten“, betonte Umweltminister Werner Schnappauf. „Natura 2000 ist ein ehrgeiziges und weltweit einmaliges Naturschutzprojekt. Soweit für einen Lückenschluss weitere Meldungen notwendig sind, wird Bayern seinen Anteil dazu beitragen. Wir werden wie bisher die Öffentlichkeit, die Grundeigentümer und die Kommunen frühzeitig und umfassend über Umfang und Inhalt der beabsichtigten Ergänzungen informieren und am Dialog beteiligen.“

Schnappauf zufolge sollen aus Betroffenen Beteiligte gemacht werden, da effektive Naturschutzarbeit nur durch breite Akzeptanz erzielt werden könne.

Bayern hat mit seiner Meldung von FFH- und Vogelenschutzgebieten schon jetzt einen gewichtigen Beitrag für das Netz Natura 2000 geleistet. Auf 550 000 Hektar, d.h. rund 8 Prozent der Landesfläche werden die bedeutenden Naturräume in Bayern neben dem bayerischen

Biotopverbundsystem gesichert. Im Vergleich der Ländermeldungen in Deutschland liegt Bayern im vorderen Drittel. Schnappauf zu den Ergebnissen der europäischen Expertenseminare: „Bayern wird die Ergebnisse konstruktiv würdigen und umsetzen.“ Dazu wird jetzt die Repräsentanz der Gebiete anhand der Prüfkriterien der EU intensiv und mit der Berücksichtigung des aktuellen Vegetationszyklus nochmals bewertet.  $\llcorner$

Weitere Highlights für den Hochwasserschutz in Bayern sind gesteuerte Hochwasserrückhaltebecken, wie zum Beispiel das Seifener Becken, dessen Baubeginn für 2004 geplant ist, und die Hochwasserspeicher wie der Drachensee

## DLRG zieht traurige Bilanz

2002 ertranken in Deutschland fast 600 Menschen

**Bad Nenndorf. Nach Angaben der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) sind im vergangenen Jahr in Deutschland mindestens 598 Menschen ertrunken. Gegenüber dem Jahr 2001 stieg die Zahl der Opfer um 78 oder 15 Prozent. Dies sei der höchste Stand seit fünf Jahren. Diese Zahlen gab der Präsident der DLRG, Dr. Klaus Wilkens, in Hannover bekannt.**

Zurückzuführen sei der negative Trend auf den schönen Sommer, das Hochwasser an der Elbe und ihren Nebenflüssen sowie einen Anstieg bei Wassersportunfällen. Laut DLRG-Statistik ertranken allein 297 Menschen in den Sommermonaten Juni bis August. Nahezu jeder zweite tödliche Unfall (49,7%) ereignete sich damit in der schönsten Jahreszeit. Dr. Wilkens: „Unfallschwerpunkt Nummer eins sind nach wie vor die unbewachten Binnengewässer. In Flüssen, Bächen, Seen und Teichen ertranken 403 Menschen, das sind zwei Drittel aller Opfer.“ An den Küsten von Nord- und Ostsee ertranken lediglich 30 Menschen.

### Zentraler Rettungsdienst

„Es zahlt sich aus, dass in fast allen Badeorten an den Küsten unsere Rettungsschwimmer für mehr Sicherheit im und am Wasser sorgen. Unser Konzept eines zentralen Wasserrettungsdienstes hat sich selbst bei einem großen Ansturm von Badegästen und Wassersportlern in der Hauptsaison bewährt“, begründet der DLRG-Präsident die geringe Zahl von Todesfällen in Nord- und Ostsee.

Mit Blick auf die Binnengewässer forderte Wilkens von der öffentlichen Hand, Regelungen für eine verbindliche Absicherung der Binnengewässer, die von Schwimmern, Badegästen und Wassersportlern genutzt werden. Besonders vom Ertrinken betroffen sind ältere Menschen und Kinder im Vorschulalter. In der Altersklasse von 61 bis 70 Jahren ertranken 93 Personen, bei den Jüngsten

bei Furth im Wald und der Goldbergsee bei Coburg.

Allen Planungen und Baumaßnahmen liegt ein dreigliedriges Gesamtkonzept zugrunde. Es beinhaltet den natürlichen Hochwasserschutz durch den Hochwasserrückhalt im Uferaum entlang von Flüssen und Bächen, den technischen Hochwasserschutz durch Deiche, Dämme und Mauern sowie die Verbesserung der Hochwasservorhersage. „Bayern hat damit beim Hochwasserschutz eine Spitzenstellung in Deutschland erreicht“, so Schnappauf.  $\llcorner$

bis zu fünf Jahren waren es nach Angaben der DLRG 45 Jungen und Mädchen. Die meisten Kinder kamen in Gartenteichen, Swimmingpools oder Gewässern im näheren Umfeld der heimischen Wohnung ums Leben. DLRG-Präsident Dr. Wilkens appellierte an die Eltern, die Kleinsten nicht aus den Augen zu lassen. Schon ein flacher Gartenteich könne für sie zur tödlichen Gefahr werden.

Zudem forderte er die Einrichtung lokaler Aktionsgemeinschaften zur Ermittlung und Absicherung potenzieller Gefahrenquellen. In allen Bereichen der vorbeugenden Aufklärung seien noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, so Wilkens weiter.

### Tödliche Unfälle

Auch im vergangenen Jahr ertranken die meisten Menschen in Bayern. Laut DLRG-Statistik kamen dort 132 Menschen ums Leben. An zweiter Stelle rangiert Nordrhein-Westfalen mit 79 tödlichen Wasserunfällen, gefolgt von Baden-Württemberg (67) und Niedersachsen (60). Im Saarland ertranken lediglich drei Personen. In den fünf neuen Bundesländern waren 138 Opfer zu beklagen, 25 mehr als im Vorjahr.

Dabei müsse berücksichtigt werden, dass in Sachsen und Sachsen-Anhalt 22 Menschen in den Hochwasserfluten ums Leben kamen. Die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft war während des Augusthochwassers mit über 4.500 Rettern, davon fast 600 Rettungstausbooten im Einsatz.  $\llcorner$

## Gewässerentwicklung in Steckbriefen

Neue Arbeitshilfe für Planer und Fachleute

**In der Kulturlandschaft wurden viele Flüsse durch Begräbnungen und Ausbauten gebändigt. Nun hat das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft in einer groß angelegten Untersuchung Inventur gemacht und die natürliche Vielfalt der bayerischen Fließgewässer flächendeckend erfasst. Entstanden sind 19 „Steckbriefe“ der Fließgewässerlandschaften im Freistaat. Sie geben Planern und Fachleuten Entscheidungshilfen für die Bewertung des aktuellen Zustands und sind Richtschnur für die künftige Entwicklung der Gewässer.**

Die Ergebnisse sind auch ein wichtiger Baustein für die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Denn für die Gewässerbewertung gilt künftig der natürliche und typische Zustand in der Region als Vergleichsmaßstab. Nach der neuen europäischen Richtlinie wird derzeit für Bayern eine Bestandsaufnahme erarbeitet und bis Ende 2004 nach Brüssel geliefert. Bis 2015 soll in allen Gewässern durch ein Bündel von Maßnahmen der von der EU geforderte „gute Zustand“ erreicht werden.

Rund 70.000 Kilometer Bäche und Flüsse durchziehen Bayern in einem dichten Gewässernetz mit der Donau als großer Trennlinie. Sie werden in ihrer Gestalt und ihren Eigenschaften ganz wesentlich von der Geologie der Regionen geprägt, gestalten aber auch selbst die Landschaft mit der Kraft des Wassers. Die Fachleute haben deshalb in flächendeckenden Kartenauswertungen und umfangreichen Geländeuntersuchungen die Naturzustände in den einzelnen Fließgewässerlandschaften herausgearbeitet. Steckbriefe mit Kurzfassungen und eine Übersichtskarte der bayerischen Gewässerlandschaften erleichtern die praktische Anwendung der Ergebnisse.  $\llcorner$

### Neue Broschüre der Stadt Landshut:

## Über den Umgang mit Abwasser und Regenwasser

**Der direkte Umgang mit Wasser stellt die Bürger vor wichtige Aufgaben. Dabei gewinnt immer mehr an Bedeutung, wie mit Abwasser und Regenwasser richtig verfahren wird. Eine neue Broschüre der Stadt Landshut rund ums Wasser mit dem Titel „Abwasserentsorgung - Niederschlagsbewirtschaftung“ will über diese Themen umfassend informieren.**

„Täglich nutzen wir das Trinkwasser der Stadtwerke und machen uns selten bewusst, dass es sich um ein unersetzbares Lebensmittel handelt“, bringt es Oberbürgermeister Josef Deimer im Vorwort der über 60 Seiten starken Broschüre auf den Punkt.

Das Heft, an dem unter anderem auch das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft mitgewirkt hat, teilt sich in zwei Bereiche. Erstes Schwerpunktthema sind mögliche Verfahren für die Abwasserreinigung. Diese Informationen richten sich vor allem an alle Bürger, die ihre Kleinkläranlagen nachrüsten müssen. Rund 98 Prozent der Landshuter Haushalte sind an die Kläranlage angeschlossen. Damit ist, wie OB Deimer feststellt, eine zentrale Aufgabe im Gewässerschutz weitestgehend erledigt. Einige Haushalte werden in den nächsten Jahren noch angeschlossen, die übrigen müssen ihre Kleinkläranlage mit einer biologischen Reinigungsstufe nachrüsten. Die Broschüre erläutert die

rechtlichen und fachlichen Rahmenbedingungen und hilft dabei, eine Entscheidung zu treffen.

### Wirtschaftlicher Anreiz

Neben der Abwasserreinigung spielt der Umgang mit Regenwasser eine immer größere Rolle. Durch die Einführung der Niederschlagswassergebühr in der Stadt Landshut wurden die Abwassergebühren verursachergerechter. Das bildet auch den wirtschaftlichen Anreiz, Niederschlagswasser zu versickern. Aus Deimers Sicht ein wichtiger Schritt: „Damit wird weniger Niederschlagswasser in unsere Bäche und Flüsse geleitet und somit ein kleiner Beitrag gegen Hochwasser geleistet und die Grundwasserneubildung im Stadtgebiet verbessert.“ Doch bei der Versickerung ist auch der Grundwasserschutz zu beachten, nicht jede Fläche und nicht jede Versickerungsanlage ist geeignet. Darüber informiert die Broschüre ebenso. **DK**



# Über 10.000 Quellen im Visier

Beispielhafte Zusammenarbeit von Naturschutzverbänden und Fachbehörden  
Anleitung zur Erfassung und Bewertung von Quellen vorgestellt

München/Laufen. Sie werden als Viehtränken genutzt, verrohrt oder als wilde Müllkippen missbraucht: Quellen sind bislang wenig beachtete Lebensräume der heimischen Gewässer. Mit dem „Aktionsprogramm Quellen“ soll das künftig anders werden. Fachleute aus Verwaltungen und Verbänden aus ganz Bayern kamen zu einer Tagung für einen landesweiten Quellschutz im oberbayerischen Laufen zusammen. Eine Experten-Gruppe unter Leitung des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft stellte dort in der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege ihre ersten Ergebnisse der Öffentlichkeit vor. **Albert Göttle, Präsident des Landesamtes: „Wir brauchen einen Gewässerschutz gemeinsam mit der Land- und Forstwirtschaft, der an der Quelle ansetzt“.**

Über zehntausend Quellen in Bayern sind der Ursprung von Bächen und Flüssen. Nur ein Bruchteil dieser Quellen ist bisher bekannt. Im Aktionsprogramm Quellen wurde jetzt der Grundstein für eine landesweit einheitliche Erfassung gelegt.

## Kartieranleitung

Erstmals wurde dafür eine Kartieranleitung erstellt, mit der die Quellen nicht nur detailliert beschrieben, sondern auch ihre Gefährdung bewertet und gezielte Schutzmaßnahmen abgeleitet werden können. Beteiligt waren Fachleute vom Landesbund für Vogelschutz und Bund Naturschutz, aus der Land- und Forstwirtschaft sowie staatliche Stellen aus dem Landesamt für Umweltschutz, der Wasserwirtschaft, Geologie und der Nationalparkverwaltung.

„Eine beispielhafte Zusam-

## Bund drückt sich beim Hochwasserschutz

Für den Hochwasserschutz an der Donau zwischen Straubing und Vilshofen ist ein umfassender Hochwasserschutz notwendig, stellte Umweltminister Werner Schnappauf beim Presseclub Regensburg noch einmal klar. Nach den Worten des Ministers sollten sich die Grünen in Bayern um entsprechende Bundesmittel für den Hochwasserschutz bemühen. Schnappauf: „Klingende Münze ist besser als klingende Worte.“ Eindeutig sprach er sich dafür aus, dass der 100-jährliche Hochwasserschutz so schnell wie möglich und unabhängig von der Variantendiskussion verwirklicht werden müsse. Es müsse daher der Hochwasserschutz auf sämtliche Varianten zugeschnitten sein und damit auch auf die für den Hochwasserschutz teuerste flussbauliche Donauausbau-Variante. Bei ihr sind jeweils rund 20 Zentimeter höhere Wasserstände zu erwarten. Schnappauf: „Ein rascher und umfassender Hochwasserschutz für die Bürgerinnen und Bürger zwischen Straubing und Vilshofen ist für mich vorrangig.“

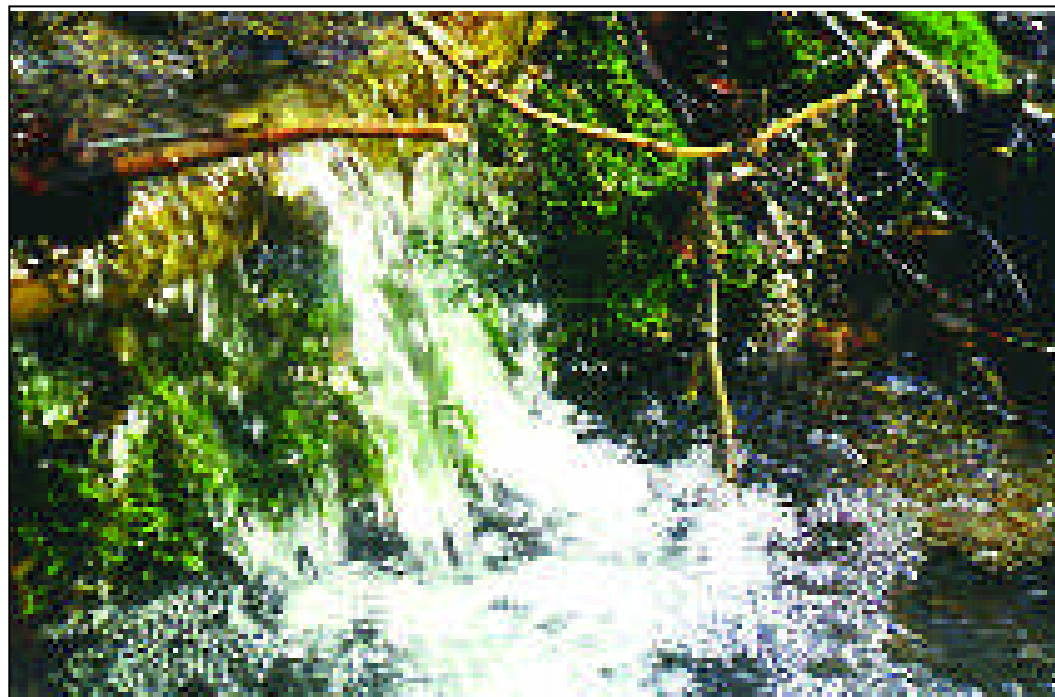
## Rhetorische Übungen

Darüber hinaus warf Schnappauf der Bundesregierung vor, beim Hochwasserschutz den großspurigen Worten keine Taten folgen zu lassen. Der Anspruch „Hochwasserschutz sei auch nationale Aufgabe“ war dem Bund an der Bundeswasserstraße Donau auf 70 Kilometer Flusslänge seit 1998 lediglich 5 Millionen Euro wert. Bis heute hat der Bund für ein neues Paket von weiteren Hochwasserschutzprojekten mit 40 Millionen Euro Kosten kein Einverständnis erteilt, obwohl der Vorschlag Bayerns seit 2. Januar in Berlin vorliegt. Schnappauf: „Der Bund drückt sich bei der Finanzierung des Hochwasserschutzes aus der Mitverantwortung.“ In Berlin blieben auch die rhetorischen Übungen von Rot und Grün aus Bayern ungehört.

der Anleitung in drei bayerischen Regionen anlaufen. Nach der Erprobung soll die Anleitung allen Quellinteressierten zur Verfügung gestellt werden.

## Lebensräume

Quellen sind die Kinderstube bayerischer Gewässer. In Quellsümpfen, Tümpeln oder aus den Klüften der Gesteine tritt dort das Grundwasser aus. Natürliche Quellen bieten einzigartige nährstoffarme Lebensräume, die im Sommer kühl und im Winter warm bleiben. Sie sind oft wertvolle und schützenswerte Biotop- und Rückzugsgebiete für zahlreiche seltene Tier- und Pflanzenarten.



Quellen - die Kinderstuben bayerischer Gewässer. Natürliche Quellen sind oft wertvolle und schützenswerte Biotop- und Rückzugsgebiete für zahlreiche seltene Tier- und Pflanzenarten.

# Kommunale Wasserwirtschaft garantiert Daseinsvorsorge

Von Jörg Schuchardt, Dipl.-Ing., Geschäftsführer der aquaKomm, bisher tätig bei SWM in der Wasserversorgung

**Wasser bedeutet Leben. Ein Mensch kann zwar Wochen ohne Essen, nicht aber ohne sauberes Wasser auskommen. In Deutschland gehört Trinkwasser zu den am besten kontrollierten Lebensmitteln. Als Grundlage hoher Lebensqualität, kultureller, zivilisatorischer und wirtschaftlicher Entwicklung brauchen Wasserressourcen wie Grundwasser und Gewässer nachhaltigen Schutz.**

Es ist der gesetzliche Auftrag an die Kommunen und ihre Wasserversorgungsunternehmen, dafür Sorge zu tragen, dass alles getan wird, um das Trinkwasser, so wie es die Bürger erwarten, in einwandfreier Qualität, in ausreichender Menge und zu jeder Zeit zur Verfügung zu stellen.

## Wasserschutzgebiete

Grundwasser ist vielfältigen Gefahren ausgesetzt. Darum hat der Gesetzgeber zum Schutz des Grundwassers die Ausweisung

von Wasserschutzgebieten vorgeschrieben. Die Ausdehnung und Begrenzung für Wasserschutzgebiete wird streng nach wissenschaftlichen, hydrogeologischen Kriterien festgelegt. Allein schon deshalb, um die Einflusnahme von Einzelinteressen zu verhindern.

## Gefahrenquellen

Durch Wasserschutzgebiete werden Gefahrenquellen anthropogenen Ursprungs abgewehrt. Solche Gefahrenquellen sind vor

allem Müllablagerungen, Kiesgruben, Gewerbeansiedlungen, unzureichende Abwasserreinigung, oder auch eine intensive Landwirtschaft.

Zum Beispiel ist im Wasserschutzgebiet der Transport und Umgang mit Flüssigkeiten, oder Stoffen die Gewässerbelastungen verursachen können, eingeschränkt, oder verboten. Um die natürlichen Schutzmechanismen der Deckschichten über dem Grundwasser zu erhalten, sind Bau- und Kiesgruben, oder der Erdabtrag für den Straßen- und Eisenbahnbau in einem Wasserschutzgebiet mit Auflagen verbunden, oder verboten. Das Ziel des Grundwasserschutzes ist nur durch eine gemeinschaftliche Wahrnehmung der Verantwortung zu erreichen.

Politische Interessen von Kommunen, ihren Vertretern, oder den Vertretern von Interessengruppen haben sich dieser Verantwortung ebenso unterzuordnen, so wie es der Gesetzgeber auch von Grundstückseigentümern erwartet, deren Grundstücke in Wasserschutzgebieten liegen.

## Konfliktsituationen

Häufig gibt es bei der Ausweisung oder der Neufestsetzung von Schutzgebieten Probleme zwischen den Gruppierungen. In diesen Konfliktsituationen ist es nicht dienlich durch Fehlinformationen, oder nicht den Tatsachen entsprechende Verlautbarungen an die Öffentlichkeit, dieses Gemeinverständnis zu unterhöhlen. Grundwasser ist ein schützenswertes Gut, eine Lebensgrundlage für alle Bürger.

Die Vertreter von Kommunen geraten sehr schnell in einen Zwiespalt. Einerseits haben sie die Interessen der großen Allgemeinheit zu vertreten und zu wahren, andererseits müssen sie auch die Anliegen verschiedener Nutzungsarten als Wirtschaftsfaktor und Bestandteil der kulturellen Landschaft bedenken.

## Wassergenerationenvertrag unterzeichnet

**Zum Auftakt des Weltwassertages am 22. März 2003, der dieses Jahr unter dem Motto „Wasser für die Zukunft“ stand, wurde in Kronach der Wassergenerationenvertrag durch Umweltminister Dr. Werner Schnappauf, Gisela Schardt, Vertreterin der UNICEF in Bayern, Rolf Wurzschmitt, Vorsitzender des Verbandes der Bayerischen Gas- und Wasserwirtschaft (VBGW), Klaus Kohlmann, Werkleiter der Stadtwerke Kronach, Gerhard Seuling, Verbandsdirektor der Fernwasserversorgung Oberfranken, Manfred Raum, Bürgermeister der Stadt Kronach und einer Schulklassen des Kaspar-Zeuß-Gymnasiums in Kronach unterzeichnet.**

Mit dem Wassergenerationenvertrag verpflichten sich alle Unterzeichner, eine nachhaltige Wasserwirtschaft zu betreiben, um die Wasserressourcen für die nächsten Generationen zu sichern.

## Ein Menschenrecht

VBGW-Vorsitzender Rolf Wurzschmitt stellte fest, dass das „Menschenrecht auf Wasser“ nicht selbstverständlich ist. Jedes Jahr sterben Millionen Kinder in Entwicklungsländern, weil sie verschmutztes Wasser getrunken haben. Deutschland und insbesondere Bayern ist ein wasserreiches Land, die Wasserversorgung hat Spitzenniveau. „Wir können diesen Schatz nicht mit den Dürreregionen der Erde teilen. Wir können aber Entwicklungsländer durch unser Know-how und unsere Experten dabei unterstüt-

Dennoch darf die ernste Sorge der Wasserversorger nicht durch platte populistische Äußerungen bagatellisiert werden. Die Einrichtung von Wasserschutzgebieten bedeutet keine Schikane, sondern folgt der Vielzahl wissenschaftlicher Erkenntnisse, Erkundungstechniken und langjährigen Erfahrungen.

Der vorsorgende Grundwasserschutz ist Leitgedanke der Verantwortlichen in der Wasserwirtschaft. Diese darf nicht in die Situation geraten, als Reparaturbetrieb einer nicht mehr intakten



Jörg Schuchardt.

Foto: L. Marschall

Natur einspringen zu müssen.

Mit dem Grundwasserschutz ist stets aktiver Gewässer- und Naturschutz verbunden, wobei eine kooperative Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere aber der Landwirtschaft gesucht wird.

## Suche nach Konsens

Der Gesetzgeber stuft den Grundwasserschutz, soweit Grundstücke oder die Ausübung landwirtschaftlicher, oder gewerblicher Tätigkeiten betroffen sind, als nicht entschädigungsfähigen Tatbestand ein. Zur Abmilderung begründeter Härtefälle suchen die Wasserversorger dennoch den Konsens und bieten z.B. Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft an, oder fördern eine extensive Landwirtschaft in Form des ökologischen Landbaus.

Zu Fragen der Ausweisung von Schutzgebieten und der Behandlung von Konfliktsituationen in diesem Zusammenhang kann jederzeit die umfassende

Erfahrung von aquaKomm als kompetenter Berater angefragt werden.

Ein weiteres Thema von besonderer Aktualität betrifft die Selbstbestimmung in der kommunalen Wasserwirtschaft. Jüngste Überlegungen im Rahmen der Verhandlungen der EU mit der WTO deuten für die Zukunft auf eine immer stärkere Beeinflussung hin.

## Auf Änderungen einstellen

Obwohl für die Notwendigkeit weiterer neuer Regelungen bisher keine überzeugenden Argumente vorgebracht wurden, ist es unabdingbar, dass sich die deutsche Wasserwirtschaft auf Änderungen einstellt. Die wasserwirtschaftlichen Aufgaben gehören zu den wichtigsten Elementen der Daseinsvorsorge. Eine kommunale Wasserwirtschaft hat nur dann langfristig Bestand, wenn sie sich auch in ihren kleinen Einheiten als wettbewerbsfähig erweist und alle Möglichkeiten des wirtschaftlichen Handelns kennt und auch nutzt.

Besondere Regelwerke machen es möglich, vorhandene Strukturen auf ihre Effizienz hin zu überprüfen, oder miteinander zu vergleichen und gegebenenfalls anzupassen. Die Trinkwasserverordnung wurde novelliert und hat mit dem 01.01.2003 ihre volle Gültigkeit erlangt.

Mit der W1000 wurde eine Arbeitsgrundlage geschaffen deren Anwendung es auch kleineren und mittleren Unternehmen erlaubt, ihre Effizienz abzuschätzen. Systematisch werden z.B. Defizite in der Organisation oder Kompetenz erfasst. Es können Lösungen zur Behebung von

Schwachstellen erarbeitet werden. Die Überprüfung des Technischen Sicherheitsmanagements (TSM) basiert auf dem technischen Regelwerk des DVGW.

Allein verantwortlich für ein Versorgungsunternehmen ist stets dessen Leitung, sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. Sie kann diese Verantwortung auf qualifiziertes Personal übertragen, hat aber dafür eine unmissverständliche Regelung zu treffen, die in der Aufbau- und Ablauforganisation eindeutig erkennbar dokumentiert sein muss.

aquaKomm berät die Verantwortlichen bei organisatorischen Änderungen, in konzeptionellen Planungsfragen, oder bietet Möglichkeiten zur Personalqualifizierung an. Darüber hinaus überprüft aquaKomm auch Sicherheitsstandards in WVU's und erarbeitet Vorschläge für notwendige Veränderungen.

## Einsparpotenziale

Die Steigerung der Effizienz im Unternehmen muss nicht zwangsläufig mit einer Personalreduzierung verbunden sein. Oft können Einsparpotenziale bereits durch Überprüfung und Bewertung des Energiebedarfs von Anlagen erzielt werden. Bei der Umsetzung dieser wichtigen Aufgaben ist aquaKomm der richtige Partner für die Kommunen oder die kommunalen Unternehmen.

Dabei profitieren Gemeinden, oder ihre Unternehmen stets von den umfassenden Erfahrungen der kommunalen Gesellschafter der aquaKomm in der Wasser- und Abwasserentsorgung. ☞

## Sickerwasserprognosen für Deponien

**Die Erfassung und Behandlung von Sickerwasser stellt einen erheblichen Kostenfaktor während der Stilllegungs- und Nachsorgephase von Deponien dar. Deshalb sind Sickerwasserprognosen zur Kalkulation der weiteren Nachsorgekosten und für Investitionsentscheidungen im Bereich Sickerwasserbehandlung und Sickerwasserminimierung für Deponiebetreiber eine große Hilfe. Das Bayerische Landesamt für Umweltschutz (LfU) hat hierzu eine Untersuchung durchführen lassen, nach der ausgewählte bayerische Deponien mit Oberflächenabdichtungen mit Hilfe von Kennzahlen hinsichtlich der anfallenden Sickerwassermengen verglichen werden können.**

Durch das Aufbringen einer Oberflächenabdichtung soll u.a. der Sickerwasseranfall unabhängig von den klimatischen Einflüssen minimiert werden. An verschiedenen Altdeponien in Bayern wurde jedoch in den vergangenen Jahren die Erfahrung gemacht, dass sich Sickerwassermengen trotz mineralischer Oberflächenabdichtung zeitgleich zu ansteigenden Jahresniederschlagsmengen erhöhten.

Über einen Zeitraum von 1995 bis 2001 wurden die Wasserhaushaltsdaten von 17 mit unterschiedlichen mineralischen Oberflächenabdichtungen versehenen Deponien in Bayern ausgewertet. Dadurch konnten Erkenntnisse über den Zusammenhang des Sickerwasseranfalls mit der Art der mineralischen Oberflächenabdichtung, der Niederschlagsmenge und dem zeitlichen Verlauf des Niederschlags gewonnen werden. Die Auswertung der Wasserhaushaltsdaten zeigt, dass bei mineralischen Oberflächenabdichtungen langfristig mit Sickerwasser in einer Größenordnung von rund 15 Prozent des Jahresniederschlags gerechnet werden muss.

Auffällig ist, dass der relative Sickerwasseranteil am Niederschlag im Winterhalbjahr (Oktober bis April) etwa doppelt so hoch ist wie im Sommer. Im Sommer erfolgt offensichtlich eine erhöhte Verdunstung durch die höheren Temperaturen und die intensive Vegetation, so dass in Verbindung mit der Speicherkapazität der Reaktivierungsschicht weni-

ger Niederschlag die Oberflächenabdichtung erreicht bzw. durchdringt. Hinsichtlich der Funktion der undefinierten bzw. definierten mineralischen Oberflächenabdichtung sind keine signifikanten Unterschiede festzustellen. Dagegen ist ein deutlicher Einfluss der Oberflächenentwässerungsschicht erkennbar. Bei Deponien ohne Entwässerungsschicht liegt der spezifische Sickerwasseranfall um ca. 25 % über dem Mittelwert aller untersuchten Deponien. Der Einfluss des Oberflächengefälles ist ebenfalls von Bedeutung.

Bei Deponien mit keinem oder nur geringem Oberflächengefälle ist der spezifische Sickerwasseranfall um ein Drittel höher als bei Deponien mit höherem Oberflächengefälle. Die Ursache liegt vor allem an den Durchfeuchtungs- und Aufstauwirkungen in der Reaktivierungsschicht, die zu einem verstärkten Durchtritt des Niederschlags durch die Oberflächenabdichtung führen.

Es zeigte sich, dass bei geeigneter Ausgestaltung des mineralischen Oberflächenabdichtungssystems eine Sickerwasserminimierung erreicht wird. Angesichts des zu erwartenden relativ langen Nachsorgezeitraums kann es sich daher sowohl aus ökonomischen als auch ökologischen Gründen durchaus lohnen, Maßnahmen zur Sickerwasserminimierung durchzuführen. Welche Maßnahmen zur Sickerwasserminimierung zielführend sind, hängt vom Einzelfall ab. ☞



**Aktion Sauberes Bayern:**

## Frühjahrsputz mit Minister

(Hof/München) „In sauberen Städten lebt sich's besser“, hob Umweltminister Werner Schnappauf in Hof bei der Auftaktveranstaltung zum Frühjahrsputz in Nordbayern hervor. Für Schnappauf ist Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit eine Einheit. „Hinschauen und nicht Wegschauen“, empfiehlt Schnappauf als gesellschaftliches Grundprinzip und zur Steigerung des Heimatgefühls. Schnappauf appellierte an alle Bürger und Kommunen, Bayern jetzt mit einem Frühjahrsputz auf Hochglanz zu bringen.

In allen großen und kleinen Städten Frankens und der Oberpfalz wird in diesen Wochen zum kommunalen „kehrt werd“ eingeladen. Schnappauf betonte als Schirmherr der Aktion besonders die Eigeninitiative der Kommunen zusammen mit den örtlichen Vereinen und der Bürgerschaft. Die Aktion „Sauberes Bayern“ beginnt bereits vor der eigenen Haustür. Unrat, Weggeworfenes und wilde Müllablagerungen sollen beseitigt werden. Zusammen mit Schulkindern der Klasse 8c aus der Hofecker Schule packte Schnappauf (Bildmitte) im nahegelegenen Hofecker Bach selbst beim Großbreinmachen an. Eine gemeinsame Abschlussveranstaltung mit Brotzeit soll das „Wir-Gefühl“ und die Eigenverantwortung der Menschen für eine saubere Landschaft verstärken und Anlass sein, auch in Zukunft am Ramadama teilzunehmen.

**Duales System Deutschland:**

## Chancen für kommunale Unternehmen sichern

Die Neuausschreibung der DSD-Leistungsverträge, die aufgrund von EU-Vorgaben notwendig ist und die ursprünglich schon im letzten Jahr erfolgen sollte, verzögert sich zusehends. „Schuld sind die monatelangen Auseinandersetzungen der DSD AG mit dem Bundeskartellamt darüber, wie diese Leistungen auszuschreiben sind“, bemängelt Klaus Evertz, Vorsitzender der Vereinigung der kommunalen Entsorgungswirtschaft im VKU: „Damit geht für die kommunalen Entsorger im Konflikt zwischen Wettbewerbs- und Umweltrecht jede Planungssicherheit verloren.“

Besonders die kartellrechtlichen Bedenken gegen Kooperationen von kommunalen mit privaten Partnern in PPP-Modellen beschränken nach Ansicht von Evertz die kommunalen Unternehmen in ihrer Handlungs- und Organisationsfreiheit und führen zu Wettbewerbsnachteilen für die kommunale Entsorgungswirtschaft. „Die im Interesse eines funktionierenden Wettbewerbs liegende Dualität und Pluralität droht in dem bevorstehenden Ausschreibungsszenario verloren zu gehen und durch ein privatwirtschaftlich dominiertes Oligopol ersetzt zu werden“, warnt Evertz.

### Chancengleiche Teilhabe

Weniger und nicht mehr Wettbewerb durch eine Pflicht zur Ausschreibung wäre die Konsequenz. Aus der Sicht des Kartellrechts müssten daher die Rahmenbedingungen der DSD-Ausschreibung eine Ausgestaltung erfahren, die auch kommunalen Unternehmen - unabhängig von der konkret gewählten Organisationsform - eine chan-

cengleiche Teilhabe am Wettbewerbsgeschehen ermöglicht.

„Das Recht zur wettbewerbsgerechten Aufstellung kommunaler Unternehmen darf nicht bestritten werden, wenn es um Kooperationen und Allianzen geht“, fordert Evertz. Dies gilt sowohl für interkommunale Formen der Zusammenarbeit als auch für PPP-Modelle.

Weiterhin spricht sich Evertz für eine gemeinsame Erfassung bzw. Verwertung der PPK-Fractionen durch die kommunalen Entsorgungsunternehmen aus. „Dies entspricht der bislang bewährten Praxis und ist auch in Zukunft allein abfallwirtschaftlich zielführend im Wettbewerb“, so Evertz.

### Novellierung der Verpackungsverordnung notwendig

Daneben begrüßt die Vereinigung der kommunalen Entsorgungswirtschaft im VKU die jüngst bekannt gewordenen Überlegungen des Bundesumweltministers Trittin, eine grundlegende Novellierung der Verpackungsverordnung in An-

griff zu nehmen. „Eine generell einfache Regelung bezüglich des Zwangspfandes ist im Interesse der Rechtssicherheit für die Verbraucher, aber auch für die kommunalen und privaten Entsorgungsunternehmen unerlässlich“, so Evertz.

In diesem Zusammenhang muss nach Auffassung der Vereinigung der kommunalen Entsorgungswirtschaft im VKU eine grundlegende ökologische und ökonomische Novellierung der Verpackungsverordnung in Angriff genommen werden. Denn die Verpackungsverordnung habe im Bereich der Verkaufsverpackungen die in sie gesetzten Erwartungen in weiten Bereichen nicht erfüllt.

### Ökologischer Unsinn

Während die Sammlung von Kartonverpackungen und Glas reibungslos laufe und eine weitgehende Verwertung sichergestellt sei, wurden die von Anfang an erkennbaren Probleme bei Leichtverpackungen nicht gelöst. Es ist ökologisch unsinnig, eine Getrenntsammlung sowie werkstoffliche Verwertung bis zum letzten Joghurtbecher durchzuführen. Das Maß der werkstofflichen Verwertung im Bereich der Leichtverpackungen solle daher auf 25 Prozent beschränkt werden.

Industrieverbände und Handel können dann selbst entscheiden, welche Verpackungen einer werkstofflichen Verwer-

tung zugeführt werden, nur diese sollen dann wie bisher den grünen Punkt erhalten und über haushaltsnahe Systeme gesammelt und verwertet werden. Alle übrigen Verpackungen sollen der Reststoffsammlung zugeführt werden.

„Nur eine grundlegende ökologische und ökonomische Umgestaltung der Verpackungsverordnung sichert eine ökologisch hochwertige Verwertung und Entsorgung von Verkaufsverpackungen und erhält den Dualismus und den Pluralismus in der Abfallwirtschaft“, so das Fazit von Evertz.

### Pfandclearing:

#### BVMW kritisiert Vorgehen des Handels

Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) warnt davor, den Wettbewerb und die Transparenz bei der Frage des einheitlichen Pfandclearings außer Acht zu lassen. „Die positive Stimmung und der Wunsch nach Klarheit bei den Verbrauchern darf vom Müllmonopol des Grünen Punktes nicht für die eigenen Zwecke instrumentalisiert werden“, betont Präsident Mario Ohoven. Es könne nicht sein, dass in der Frage des einheitlichen Pfandclearings ein Ausschreibungsverfahren nur vorgegaukelt werde, den Zuschlag aber dann doch der Müllmulti Duales System (DSD) erhalte. Aus diesem Grund begrüßt der BVMW die Intervention des Bundeskartellamtes.

BKPV-Untersuchung:

## Wirtschaftlichkeit der Müllabfuhr in kreisfreien Städten

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) hat im Rahmen der überörtlichen Prüfung bei kreisfreien Städten mehrfach die Wirtschaftlichkeit der von den Städten selbst betriebenen Müllabfuhr untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass hier ein erhebliches Einsparpotenzial vorhanden ist, das durch organisatorische Verbesserungen genutzt werden kann. Die Alternative einer Fremdvergabe wurde hierbei nicht untersucht, „weil diese erst dann mit der stadteigenen Müllabfuhr verglichen werden kann, wenn diese optimal betrieben wird“.

Bei der Untersuchung der Städte zeigten sich erstaunliche Unterschiede, wobei strukturelle Besonderheiten der einzelnen Städte berücksichtigt wurden. Einsparungen in beachtlicher Größenordnung, die dem Gebührenzahler zugute kämen, sind laut BKPV vor allem in folgenden Bereichen oder durch folgende Maßnahmen möglich: Vielfach werde ein „Full-Service“ geboten, d.h. die Müllader holen die Tonnen ab und bringen sie zurück, was erhebliche Mehrkosten verursacht, aber nicht immer erforderlich ist.

### Einsparungspotenziale

Insbesondere in Stadtrandgebieten wäre nach Ansicht des Prüfungsverbandes eine Einschränkung möglich und - wie die Erfahrungen in vielen Landkreisen zeigen - vertretbar. Teilweise werden zudem die Restmülltonnen noch wöchentlich entleert. In der Umstellung auf einen 14tägigen Entleerungsrythmus lägen beträchtliche Einsparungspotenziale.

Die Zahl der Müllader, die außer dem Fahrer auf dem Müllfahrzeug mitfahren, schwankt Untersuchungen des BKPV zu-

folge erheblich. So seien im „Full-Service“-Betrieb zwischen drei und fünf Begleitpersonen angetroffen worden, ohne dass bei verstärktem Personaleinsatz eine diesem auch nur annähernd entsprechende Leistungssteigerung erkennbar gewesen wäre. Die vielfach mögliche Reduzierung der Begleitpersonen könne zu massiven Kosteneinsparungen führen.

### Kostenreduzierung

Erhebliche Unterschiede ergaben sich bei den „unproduktiven“ Arbeitsstunden der Müllader, Arbeitszeiten also, die nicht unmittelbar dem Einsammeln des Abfalls dienen. Die bei den BKPV-Untersuchungen ermittelten Werte lagen zwischen 30,5 und 45,1 Prozent der Gesamtarbeitszeit. Zwar seien manche Unterschiede durch die örtlichen Verhältnisse bedingt; dennoch könne durch Verbesserung der Organisation und der Tourenplanung eine erhebliche Kostenreduzierung erreicht werden.

Ein großer Anteil der „unproduktiven“ Arbeitszeiten entfällt laut Prüfungsverband auf Standzeiten der Müllfahrzeuge

während der Sollarbeitszeit. Die von ihm ermittelten Werte lagen zwischen 12,0 und 23,3 Prozent, gemessen an der Gesamtarbeitszeit. Standzeiten entstünden durch eine Abfahrt vom Fahrzeugstützpunkt nach dem

Beginn der Sollarbeitszeit, relativ langes Halten des Fahrzeugs während der Behälterleerung ohne Müllsammmlung und eine vor dem festgelegten Arbeitsende liegende Rückkehr zum Fahrzeugstützpunkt. Durch die Optimierung der Auslastung ließen sich diese Zeiten verringern, was zu erheblichen Kosteneinsparungen führe.

### Wenig Personalbedarf

Bei privaten Müllabfuhrunternehmen schließlich wird durch verstärkten Technikeinsatz der Personalbedarf bei der Behälterleerung auf ein Minimum begrenzt. Beim Einsatz von sog. Seitenladern werde im „Null-Service“-Bereich, d.h. die Bürger stellen die Tonnen selbst bereit, vollständig auf den Einsatz von Mülladern neben dem Fahrzeugführer verzichtet. Inwieweit diese Lösung - sicher nur in Randgebieten - im Hinblick auf die Struktur der Bebauung und der Bevölkerung möglichst und zumutbar ist, müsse jede Stadt selbst prüfen. Zur Koordination ihrer Fahrzeugflotte setzten private Abfuhrunternehmen bereits das satellitengesteuerte Navigationssystem „GPS“ (Global Positioning System) ein.

### Enger Spielraum

Fazit: Die Kommunen sind u.a. wegen ihres äußerst eng gewordenen finanziellen Spielraums und zur Kostenbegrenzung genötigt, die gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Es empfiehlt sich nach dem Dafürhalten des BKPV überall dort, „wo die Müllabfuhr in Eigenregie betrieben wird“, den genannten Punkten besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Auch künftig werde der Verband einen der Schwerpunkte seiner Prüfungen auf diesen Bereich legen. **DK**



Bürgermeisterin Marion Schäfer sammelte gemeinsam mit vielen Kindern und Erwachsenen im grünen Leibchen den Müll der Zellerau. Foto: sey

### Aktion „Saubere Stadt“:

## Zellerauer sammeln Müll

Zellerau (sey) - Etwa 200 Menschen waren kürzlich in der Zellerau unterwegs mit gelben Tüten, schwarzen Mützen und leuchtend grünen Leibchen. Damit beteiligte sich Würzburg an der Aktion „Saubere Stadt“, die am 15. März in ganz Nordbayern unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministers für Landesentwicklung und Umweltfragen Dr. Werner Schnappauf durchgeführt wurde.

In Würzburg ist dies nicht Neues, die Reinigungsaktion „Sauberes Würzburg“ läuft bereits seit Oktober vergangenen Jahres. In sieben Stadtteilen wurden seitdem Reinigungsaktionen durchgeführt. Das sorglose Wegwerfen von Abfällen an Straßen und Grünanlagen ist nicht nur ein ökologisches und ästhetisches Ärgernis, es verursacht den Kommunen erhebliche Kosten. Durch immer mehr Verpackung würden die Städte und Gemeinden mit einem Vermüllungsproblem konfrontiert werden. Dem will man mit den Aktionen vorgehen. Das Umweltbewusstsein soll geschärft werden.

### Kippen und Flaschen

Unter der Organisationsleitung von Stadtreiniger und Umweltstation hatten sich Schüler und Schülerinnen der Hauptschule Zellerau, des Friedrich König Gymnasiums und der Don Bosco Berufsschule, die Kindergärten Heilig Kreuz und St. Elisabeth, der TV Jahn, einige Stadträte sowie viele erwachsene Bürger und Bürgerinnen des Stadtteils auf den Weg gemacht. Start- und Zielort war die Umweltstation. Beklagt wurde vor allem die Menge an Kippen und Flaschen, aber auch Fahrradteile und Skateboards wurden gefunden und entsorgt. „Kinder erhalten ihre Umwelt-erziehung in den entsprechenden Einrichtungen Kindergarten, Schule etc. Ich finde es gut, wenn sich auch Erwachsene bei solchen Aktionen mit ein bringen“, erklärte Christian Strohalm, Betriebsleiter der Stadtreiniger.

Als Anreiz organisierten diese noch ein Gewinnspiel und stifteten einige Preise. Erraten werden musste die Zahl von gemeldeten Petflaschen, die in einem Sack am Hubsteiger des

Gartenamtes hingen. Es waren 499 Flaschen.

Die Würzburger Recycling GmbH (WRG) stiftete grüne Leibchen. „Wir tragen somit auch unseren Anteil an dieser Aktion. Immerhin kommt das meiste gesammelte Material aus den Haushalten und es ist unsere Aufgabe, diesen Müll zu sortieren“, erklärte Egion Kitz, Geschäftsführer der WRG, die auch mit einem Infostand vor der Umweltstation dabei war. Kitz zeigte dabei auch eine Parkbank, die aus Recyclingmaterial erstellt wurde. Wobei er wieder einmal darauf hinwies, dass man in die gelben Säcke nur Material mit dem grünen Punkt geben sollte. Leider kämen immer wieder Säcke mit Kloschlüsseln, Reifen und ähnlichem an.

### Mehr Umweltbewusstsein

Einen weiteren Infostand betrieb die Wasserschutzpolizei, die für den Umweltschutz im Direktionsbereich Würzburg zuständig ist. „Wir finden immer noch viel Müll an Ufern, Wald- und Wiesenwegen, von Kühlschränken, Autoreifen bis zu Bauschutt“, klagte Franz Josef Fingerhut. Die Täter würden ausfindig gemacht und erhielten ein Bußgeldverfahren und müssten die Reinigungskosten übernehmen. „Seit 15 Jahren hat sich das geändert. Das Umweltbewusstsein ist gestiegen. Menschen stören sich eher an dem Müll und melden es“, stellte Frank Rothbecher fest. Man sei sensibler geworden. Dies bestätigten die Aussagen von Sammlerjungs. Patrick und seine Freunde wissen, dass sie nach dieser Aktion nie wieder etwas achtlos auf die Straße werfen werden: „Wir sehen jetzt wie das ist, wenn man etwas wegschmeißt.“

## Beste kommunale Agenda 21-Aktivitäten ausgezeichnet

Unter dem Motto „Zukunft erfolgreich gestalten“ prämiert der Freistaat Bayern im Jahr 2003 vorbildliche Modellvorhaben der kommunalen Agenda 21 Bayern. Umweltminister Werner Schnappauf hat in Bayreuth folgende Gewinner mit einem Preis in Höhe von jeweils 20.000 Euro ausgezeichnet: Gemeinde Ascha, Landkreis Straubing-Bogen, „Von der Dorfneuerung zur nachhaltigen Kommunalentwicklung“, Gemeinde Burgkirchen a.d. Alz, Landkreis Altötting, „Themenwege für Einheimische und Gäste“, Landkreis Berchtesgaden

ner Land Aktionsbündnis „Sonnenstrom vom Watzmann bis zum Wendelstein - 37 Bürgersolarkraftwerke“, Stadt Dietfurt a.d. Altmühl, Landkreis Neumarkt i. d. Oberpfalz „Umweltdenken greifbar machen - Umwelttage greifen regionale Brennpunkte auf“, Bismarck-Schule Stadt Nürnberg „Wir handeln für unsere Zukunft - Eigenverantwortung als Zukunftsrezept in der Hauptschule“, Stadt Lauingen a.d. Donau, Landkreis Dillingen a.d. Donau „Internationales Austauschprogramm Lauingen-Lagos (Nigeria)“.

### Abfallbilanz 2001:

## Umfangreiche Aktivitäten

Die nun vorliegende Abfallbilanz 2001 ermöglicht einen detaillierten Überblick über die abfallwirtschaftliche Entwicklung Bayerns im vergangenen Jahrzehnt. Mit der Auswertung der Abfallbilanzen der 96 bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte für das Jahr 2001 beauftragte das Bayerische Landesamt für Umweltschutz in Augsburg die Abfallwirtschaft & Umwelttechnik GmbH, die diesen Auftrag in Zusammenarbeit mit der BIFA GmbH abwickelte.

Die bayerischen Körperschaften behielten im Jahr 2001 ihre umfangreichen Aktivitäten zur Abfallvermeidung und -verwertung bei bzw. erweiterten diese. Mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen wurden den Abfallerzeugern Möglichkeiten zur Abfallvermeidung und Intensivierung der Verwertung nahe gebracht. Als ständige Ansprechpartner für die Bürger und Gewerbebetriebe standen im Bilanzjahr 242 hauptamtliche und 269 ehrenamtliche Abfallberater bei Fragen zum Thema Abfallwirtschaft zur Verfügung. 87 Körperschaften förderten die Eigenkompostierung mit Zuschüssen zu Kompostern oder Gebühnennachlässen, um so den kommunal zu erfassenden Anteil an Abfällen zur biologischen Verwertung zu verringern.

Als weitere Maßnahme zur Abfallvermeidung haben zahlreiche Körperschaften die Verpflichtung zur Verwendung von Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen satzungsrechtlich verankert. Geschirrsätze und Geschirrmobile wurden zum Verleih angeboten. Nicht zuletzt wird die Wiederverwendung von gebrauchten Gütern durch Sperrmüllbörsen, Gebrauchtwarenmärkte und Altmöbelvermittlungen in vielen Städten und Landkreisen gefördert.

### Hohes Niveau der Wertstofffassung

Das hohe Gesamtniveau der Wertstofffassung im Bringsystem blieb 2001 bei weiterer Optimierung des Containerangebotes erhalten: Im Jahr 2001 waren in 10 Körperschaften Wertstoffmobile im Einsatz. 83 Körperschaften setzten ein Schadstoffmobil zur Problemlöserfassung ein. In 94 Körperschaften standen den Bürgern 2001 insgesamt 1.753 Wertstoffhöfe zur Verfügung. Nur in einer kreisfreien Stadt und einem Landkreis sind keine Wertstoffhöfe eingerichtet.

### Gesamtanlieferungsmengen

Bayernweit konnten 2001 ca. 4,012 Mio. Tonnen Wertstoffe erfasst und einer Verwertung zugeführt werden (2000: ca. 4,011 Mio. Tonnen). Nach Angaben der Abfallbilanzen wurden zudem 66.371 Tonnen (2000: 59.741 Tonnen) vorsortierte Abfälle aus Haushalten und 208.672 Tonnen (2000: 243.797 Tonnen) Gewerbeabfälle einer energetischen Verwertung zugeführt. Hinzu kommen Direktanlieferungen heizwertreicher Gewerbeabfälle zu den thermischen Behandlungsanlagen.

Im Jahr 2001 wurden von den entsorgungspflichtigen Körperschaften 220 Anlagen (2000: 215), davon 199 innerhalb Bayerns, zur Sortierung und Aufbereitung von Wertstoffen, Haushaltsabfällen und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen genutzt. Die Gesamtanlieferungsmenge an alle Anlagen lag bei ca. 1,47 Mio. Tonnen. Insgesamt 125 Sortieranlagen (130 im Vorjahr) verarbeiteten Wertstoffe, Haushaltsabfälle und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle. Die verbleibenden 74 Anlagen wurden zur Aufbereitung von Wert- und Altstoffen genutzt. **DK**

## Abwasserwäsche mit Pflanzenkläranlage

Kommunen suchen bei prekärer Haushaltslage nach Alternativen in der Abwasserreinigung von nicht an Kläranlagen angeschlossenen Haushalten. Umweltnahe Pflanzenkläranlagen bieten sich an.

Die Chinesen praktizieren es schon seit Jahrhunderten: Sie reinigen ihre Abwässer mit Pflanzen. Großflächig hat in Deutschland bislang dieses Verfahren nur ein stiefmütterliches Dasein gefristet.

Die Bürgermeister von Gemeinden und Städten setzten auf die zentralen Groß-Kläranlagen, die zurzeit Abwässer von gut 96 Prozent der bayerischen Haushalte entsorgen. Die restlichen knappen vier Prozent der Haushaltungen sind aus wirtschaftlichen Gründen nicht an ein Kanalisationsystem angeschlossen. Für sie greift ab dem Jahr 2003 ein neuer Paragraph (§ 7a Wasserhaushaltsgesetz), wonach das abfließende Überwasser von häuslichen so genannten Drei-Kammer-Gruben weiter geklärt werden muss.

### Einfaches Prinzip

Der Bau einer technischen Abwasser-Reinigungsanlage ist teuer. Sie verbraucht Energie und muss mit relativ hohem Aufwand betrieben werden. „Anders Pflanzenkläranlagen, dort übernimmt die Natur praktisch kostenlos alle physikalischen, chemischen und biologischen Vorgänge zur Reinigung der Überwässer“, so Maximilian Wegemann, stellvertretender Geschäftsführer der Maschinenringtochter „MR Bayern GmbH“, die neuerdings Pflanzenkläranlagen plant, baut und überwacht.

Das Prinzip ist so einfach wie komplex: Pflanzen bringen Sauerstoff an die Wurzeln, damit Kleinstlebewesen ihr Werk verrichten und den Schadstoff Ammonium zu Nitrat sowie Nitrat zu

belastungsfreien Sauerstoff und Stickstoff abbauen.

Fortschrittliche Pflanzenkläranlagen reduzieren noch dazu ohne Zusatz von chemischen Fallmitteln die Phosphatlast, wie sie üblicherweise in kommunalen Kläranlagen verwendet werden. Wegemann: „Solche neuartigen Pflanzenkläranlagen zur dezentralen Abwasserentsorgung eignen sich besonders als biologische Hauptreinigungsstufe für Ein- und Mehrfamilienhäuser, Ortsteile, kleinere Gemeinden, Freizeitanlagen wie beispielsweise Camping- und Golfplätze sowie Hotels in naturnaher Lage.“

### Teil der Natur

Vorteilhaft: Pflanzenkläranlagen führen bei Planung und Bau die Dorf- oder Ortsteilgemeinschaft zusammen, sparen der Kommune und den Betreibern beträchtliche Investitionen und tragen bei zur Dorfverschönerung. Eingebunden in Landschaft und Gärten werden sie zu einem Teil der Natur mit vielfältiger Fauna und Flora.

Des Weiteren: Pflanzenkläranlagen können auch genutzt werden als Nachreinigungsstufe für technische Kläranlagen in gewerblichen und industriellen Unternehmen. Selbst in nachzurüstenden kommunalen Kläranlagen finden sie als Sanierungselement ihren Platz.

Immer mehr Kommunen suchen bei leeren Haushaltskassen nach Alternativen. Im Bereich des Abwassers jedenfalls stehen Pflanzenkläranlagen an vorderster Stelle. **mr**

# Abfallwirtschaft im Umbruch

Dr. Werner Schnappauf bei den Bayerischen Abfall- und Deponietagen

„Bayern ist für neue Herausforderungen in der Abfallwirtschaft gut gerüstet“, erklärte Umweltminister Dr. Werner Schnappauf bei der Eröffnung der 4. Bayerischen Abfall- und Deponietage in Augsburg. Mit einem integrierten Abfallwirtschaftskonzept habe man frühzeitig die Weichen für eine fortschrittliche Abfallwirtschaftspolitik gestellt.

Der Freistaat, so Schnappauf, verfüge über eine hervorragende Infrastruktur zur Verwertung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen. Auch langfristig reichten die Kapazitäten zur thermischen Behandlung von Abfällen aus; das Deponievolumen reiche mindestens für die nächsten 20 Jahre, noch ausbaufähiges und bereits genehmigtes Volumen sogar 40 Jahre. Bayern könne sicherstellen, dass bis spätestens Mitte 2005 keine unbehandelten Abfälle mehr abgelagert werden. Betreiber der bayerischen Müllverbrennungsanlagen seien sogar bereit, mit freien Kapazitäten anderen Ländern auszuweichen.

## Beiträge zum Klimaschutz

In der Öffentlichkeit noch zu wenig beachtet würden die Beiträge durch Abfallvermeidung und Abfallverwertung für den Klimaschutz, sagte Schnappauf. Abfallvermeidung und Abfallverwertung in Produktion und Konsum trügen dazu bei, dass weniger Rohstoffe abgebaut werden müssen. Als Beispiel für den Klimaschutz durch Abfallvermeidung nannte er den Einsatz von Mehrwegsystemen. Ökobilanzen zeigten, dass der Energieaufwand für Ein-

wegprodukte um den Faktor 2 bis 3 höher sein könne als von Mehrwegbehältern. Während der Energieverbrauch bei Glasproduktion bei der Verwendung von Altglas um bis zu 35 Prozent niedriger sei, sei bei der Herstellung von Neuwaren aus recyceltem Aluminium bis zu 95 Prozent an Energieeinsparung möglich.

## IPP spielt wichtige Rolle

Auch Integrierte Produktpolitik (IPP) spiele beim Klimaschutz eine wichtige Rolle. IPP setze bereits bei Produktkonzeption und -entwicklung an und verringere Umweltauswirkungen bei Rohmaterialien, Produktion, Nutzungsphase und Entsorgung. IPP mache Nachhaltigkeit konkret. Stoffströme sollen so beeinflusst werden, dass sie von der „Wiege bis zur Bahre“ ökologisch und ökonomisch arbeiten.

Was das Thema Klärschlamm angeht, so steht Bayern aus Gründen des vorsorgenden Verbraucherschutz zum Ausstieg aus der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung. Neuesten Zahlen zufolge ist die landwirtschaftliche Verwertung weiter zurückgegangen (2001: 35 Pro-

zent, 1998: 52 Prozent), die thermische Verwertung/Behandlung dagegen angestiegen (2001: 37 Prozent, 1998: 22 Prozent). Wie Schnappauf darlegte, zeigten Gespräche mit Energiekonzernen und Betreibern von Müllverbrennungsanlagen, dass Kapazitäten zur Mitverbrennung derzeit ausreichend vorhanden sind und weiter ausgebaut werden. Mit den kommunalen Spitzenverbänden liefen diesbezüglich intensive Gespräche.

## EUGH-Urteile

Dass sich die Abfallwirtschaft im Umbruch befindet, zeigen laut Schnappauf zwei Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EUGH) vom 13. Februar dieses Jahres, wonach der Abfallexport in EU-Länder erleichtert werden soll. Somit werde die energetische Verwertung von Abfall in Müllverbrennungsanlagen in Frage gestellt.

Schnappauf nannte als wesentliche Aussagen des EUGH:   
 ≠ Verbrennung von Abfällen in industriellen Anlagen sind als Verwertung einzustufen.

≠ Verbrennung von Abfällen in kommunalen Müllverbren-

nungsanlagen sind als Beseitigung einzustufen. Ausnahme: Ohne Abfallverbrennung würden Primär-Energieträger eingesetzt oder Abfälle angekauft.

≠ Abfallbezogene Kriterien des deutschen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sind für die Abgrenzung zwischen Verwertung und Beseitigung unzulässig.

## Keine Schnellschüsse!

Schnellschüsse, so Schnappauf, seien jetzt fehl am Platz. Die Konsequenzen für die Abfallentsorgung in Deutschland im Einzelnen müssten sorgfältig analysiert werden. Erste Gespräche von Bund und Ländern hätten bereits stattgefunden. Schon jetzt sei klar: Der Abfallexport in EU-Länder wird erleichtert. Dies laufe Bayerns Bestreben zuwider, Abfalltourismus und das damit einhergehende Öko-Dumping zu unterbinden. Einziger Ausweg: Nach § 7 Abs. 4 der EG-Abfallverbringungsverordnung kann ein Einwand der „schlechten Verwertung“ erhoben werden. Schnappauf: „Die zuständigen Behörden bzw. Regierungen müssen darauf zum Schutz unserer Umwelt verstärkt zurückgreifen! Der ‚Verwerterstatus‘ bayerischer kommunaler Müllverbrennungsanlagen muss erhalten bleiben!“ **DK**

## Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg:

### „Gelber Sack“ in Aussicht

Landkreis Augsburg (wkl). Der Countdown läuft: Am 1. Januar 2004 wird im Landkreis Augsburg flächendeckend der sogenannte „Gelbe Sack“ eingeführt. Mussten die Bürger bisher ihre Leichtverpackungen zur Wiederverwertung an den Wertstoffhöfen abgeben (Bringsystem), so werden diese ab dem nächsten Jahr in transparenten, gelbeingefärbten Kunststoffsäcken (daher der Name) gesammelt.

Ähnlich wie die bewährte Mülltonne werden die Gelben Säcke regelmäßig im Zwei-Wochen-Turnus im Auftrag der Duales System Deutschland AG (DSD) von den Fahrzeugen eines privaten Entsorgungsunternehmens zu Hause an den Grundstücken abgeholt (Holsystem). An Wohnanlagen werden anstelle der Säcke „Gelbe Tonnen“ mit einem Fassungsvermögen von 1100 Litern aufgestellt und ebenfalls im 14-Tage-Rhythmus geleert.

Bis zum Jahresende 2003 werden alle an die kommunale Abfallbeseitigung im Landkreisgebiet angeschlossenen Grundstücke mit diesen Sammelsäcken ausgestattet. Alle in Haushalt und Büro anfallenden Leichtverpackungen aus Kunststoff oder Kunststoffverbundmaterialien wie beispielsweise Joghurtbecher, Spülmittelflaschen, Getränkekartons, Plastiktüten, Verpackungs- und Alufolien wandern künftig in den Gelben Sack.

## Weichenstellung

Alle Hände voll zu tun haben in diesen verbleibenden gut zehn Monaten Günther Prestele, der Leiter des landkreiseigenen Abfallwirtschaftsbetriebes, und seine Mitarbeiter. Hinter den Kulissen laufen die organisatorischen Vorbereitungen der Umstellung längst auf Hochtouren. Im Oktober 2002 hat der Augsburger Kreistag nach langen Diskussionen die politischen Weichen gestellt und grünes Licht für die Einführung des „Gelben Sackes“ gegeben. Jetzt geht es an die praktische Umsetzung dieses Beschlusses. Denn die Umstellung auf den Gelben Sack, so Werkleiter Günther Prestele, ziehe im Abfallentsorgungssystem des Landkreises eine ganze Kettenreaktion nach sich: Die Wertstoffhöfe, die seit 1989 flächendeckend in jeder Gemeinde im Landkreis Augsburg errichtet wurden, werden mit dem 1. Ja-

nuar 2004 nicht überflüssig. Im Gegenteil. Günther Prestele: „Durch den Wegfall der Container für die gebrauchten Leichtverpackungen bekommen wir an unseren Wertstoffhöfen endlich mehr Platz für neue Serviceangebote!“ Künftig haben die Bürger die Möglichkeit, an den Wertstoffhöfen auch Sperrmüll (Möbel, Teppiche) und Flachglas, ausgediente Kühl- und Elektrogeräte sowie Bildschirme abzugeben.

Die 55 Wertstoffhöfe in den Städten und Gemeinden im Augsburger Land zwischen Allmannshofen und Langeringen sind also auch weiterhin wichtige Eckpfeiler im Abfallwirtschaftssystem des Landkreises. Deren sukzessive Einrichtung und Erweiterung seit 1989 habe sich bestens bewährt. Zum Teil sogar ehrenamtlich betreut von örtlichen Vereinen und Organisationen, will Prestele diese Einrichtungen nicht mehr missen. Metallschrott, Pappe, Papier, Styropor und andere Wertstoffe werden auch weiterhin an den örtlichen Wertstoffsammelstellen zurück genommen. Ergänzt wird das Entsorgungssystem durch rund 270 Wertstoffinseln für Altglas und Weißblech Dosen.

## Information hat Vorrang

Neben der Planung der organisatorischen Abläufe hat für Günther Prestele und sein Team im Vorfeld der Einführung des Gelben Sackes die Information der Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität: „Nur wenn die Bevölkerung Bescheid weiß, kann das komplexe System der Abfalltrennung und Wertstoffsortierung funktionieren!“ Mit den Bürgermeistern aller Städte und Gemeinden im Landkreis will Prestele in den kommenden Wochen in einem ersten Schritt vor Ort eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Möglichkeiten vornehmen und mit den Kommunen die neue Situation ab dem 1. Januar 2004 erörtern. ≪

## EuGH-Urteile respektieren Grundlagen der kommunalen Abfallwirtschaft

„Die EuGH-Urteile vom 13.02.2003, insbesondere die Entscheidung in der Rechtssache C-458/00 („Luxemburg“) bieten einen flexiblen Rahmen und eröffnen der kommunalen Abfallwirtschaft zugleich Perspektiven für die Zukunft“, stellt Klaus Evertz, Vorsitzender der Vereinigung der kommunalen Entsorgungswirtschaft im VKU, in einer ersten Einschätzung fest.

Der EuGH habe zutreffenderweise herausgearbeitet, dass Müllverbrennungsanlagen primär als Abfallbeseitigungsanlagen zu bewerten seien. Dies schließe allerdings keineswegs aus, dass diese ökologisch hochwertigen Anlagen mit gleichzeitiger Energieerzeugung und Wärmerückgewinnung darüber hinaus auch Abfälle zum Zwecke der energetischen Verwertung aufnehmen könnten. „Diese differenzierende Betrachtung eröffnet die notwendige Flexibilität und gewährleistet damit zugleich eine Beibehaltung der Solidargemeinschaft von Bürger und Gewerbe bei der Finanzierung dieser aufwändigen Infrastruktur“, hebt Dr. Rüdiger Siechau, Präsident des Verbandes kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung, hervor.

Nicht gleichermaßen befriedigen kann demgegenüber die

EuGH-Entscheidung in der Rechtssache C-228/00 („Belgische Zementindustrie“) vom gleichen Tage. „Die nahezu schrankenlose Möglichkeit der Abfallverbrennung in der Zementindustrie ist ökologisch ein Rückschritt“, bedauert der VKU-Präsident. Insoweit hätten sich die kommunalen Unternehmen strengere, an dem hohen Qualitätsniveau der deutschen Müllverbrennungsanlagen orientierte Kriterien für die Verwertung von Abfällen gewünscht. „Vor diesem Hintergrund ist es nunmehr unverzichtbar, dass durch die Novellierung der 17. Bundes-Immissionsschutzverordnung gleich strenge Immissionsgrenzwerte für alle Abfallverbrennungsanlagen zu Grunde gelegt werden“, fordert Klaus Evertz mit Blick auf die aktuelle Beratung dieser Rechtsverordnung im Bundesrat.

## RESALE 2003 vom 14. bis 16. April:

### Weiter auf Erfolgskurs

Trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes befindet sich die RESALE weiter auf Erfolgskurs. Zur weltgrößten Messe für gebrauchte Maschinen und Anlagen werden wiederum mehr als 500 Aussteller erwartet. Nahezu ein Drittel davon stammt aus dem Ausland. Die ausstellenden Unternehmen repräsentieren ein Angebot von etwa 150.000 Gebrauchtmaschinen. Zur 9. RESALE vom 14. bis 16. April 2003 in Nürnberg rechnen die Veranstalter erneut mit rund 10.000 Besuchern aus mehr als 100 Ländern.

Mit derzeit 26 angemeldeten Unternehmen ist Frankreich die stärkste ausländische Ausstellernation, dicht gefolgt von Italien (22), der Schweiz (21) und den Niederlanden mit 19 Ausstellern. Im Rahmen eines Gemeinschaftsstandes haben 13 südkoreanische Firmen ihre Teilnahme zugesagt. Ebenfalls stark vertreten sind Großbritannien, Österreich, Dänemark, Polen, Belgien und Spanien. Insgesamt präsentieren sich Aussteller aus 25 Ländern auf der RESALE 2003. Sie stammen unter anderem aus dem Iran, Israel, Jugoslawien, Nigeria, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Tschechien, der Türkei, der Ukraine, Ungarn und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

## Vielschichtigkeit

Die RESALE ist von Jahr zu Jahr vielschichtiger und interessanter geworden. Zahlreiche Aussteller haben Maschinen und Anlagen für unterschiedliche Branchen im Angebot. Waren früher Metallbearbeitungsmaschinen sehr dominant, widmen sich 2003 nur noch 38 Prozent aller Aussteller dieser Produktgruppe, denn andere Bereiche haben kräftig zugelegt. So sind knapp ein Fünftel der beteiligten Firmen mit Kunststoffverarbeitungsanlagen vertreten. Sie bilden damit die zweitstärkste Ausstellerguppe.

Erstmals auf der RESALE präsentiert sich FairMoulds.Net, eine Internet-Handelsplattform für Gebrauchtformen zur Kunststoff-, Gummi-, Metall- und Glasverarbeitung. Das Online-Angebot zeichnet sich durch effiziente Markttransaktionen aus. „Bei uns

kommunizieren Anbieter und Nachfrager direkt miteinander“, sagt Frédéric Lutz, Geschäftsführer der federführenden Lutz Communications GmbH, Offenbach am Main. „Lediglich der Verkäufer muss einmalig 100 Euro Insertionsgebühr zahlen, während für den Käufer keinerlei Kosten entstehen“. Durch FairMoulds.Net werde das bislang recht unübersichtliche Marktsegment wesentlich transparenter.

## Kürzere Produktzyklen

Besonders im Kunststoffbereich boomt derzeit der Markt für gebrauchte Formen. „Jeder Kunststoffbearbeiter hat eine größere Zahl nicht mehr genutzter Formen gelagert“, verweist Lutz auf immer kürzere Produktzyklen, diese Formen stellen einen erheblichen Wert dar und werden deshalb selten verschrotet“. Derzeit nehme jedoch der Druck gerade auf die europäischen Produzenten zu. Angesichts der schwächelnden Konjunktur seien sie gezwungen, ihre wachsenden Lagerbestände zu kapitalisieren, um über den Formenverkauf neue Einnahmequellen zu erschließen. Diese Entwicklung gehe einher mit zunehmender Nachfrage aus Lateinamerika, Asien, Osteuropa und dem arabischen Raum: „Wenn ein Produkt in Deutschland nicht mehr gefragt ist, kann es dennoch erfolgreich in anderen Märkten verkauft werden.“

Mit dem Einsatz einer Form aus zweiter Hand spare der Anwender zudem die Kosten für Designentwicklung, Prototypen- und Werkzeugbau: „Dadurch beschleunigt sich sein Produktionsprozess erheblich.“ ≪



## 11. Lenkungsausschuss-Sitzung in Hof:

## Entscheidungen für bewährtes Städtetz

Seit vielen Jahren existiert das Sächsisch-Bayerische Städtetz der Städte Bayreuth, Hof, Plauen, Zwickau und Chemnitz. Die enge Zusammenarbeit dieser Städte hat sich bewährt. Projekte wie die „JugendKunstBiennale“, die Verbesserung der Fernverkehrsverbindung auf der Sachsen-Franken-Magistrale oder das neue Angebot der „Thematischen Städtereisen“ stehen für den Erfolg.

Während die Umsetzung der konkreten Vorhaben im Rahmen der Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe der Städtetzbeauftragten und in den speziellen Fach-Arbeitskreisen vorbereitet wird, stellt der Lenkungsausschuss der fünf Oberbürgermeister und der beiden Vertreter der Landesregierungen von Sachsen (SMI) und Bayern (SMLU) das oberste Entscheidungsgremium für die strategische Weiterentwicklung des Städtetzes dar.

### Kooperationsvereinbarung

Dieser Lenkungsausschuss hat sich nunmehr zum elften Male getroffen und dabei wichtige Entscheidungen für das Sächsisch-Bayerische Städtetz gefällt.

1. Das Sächsisch-Bayerische Städtetz hat beschlossen, die erfolgreiche Zusammenarbeit in der Zukunft intensiv fortzuführen und vertraglich festzuschreiben. Es wurde deshalb die „Kooperationsvereinbarung Sächsisch-Bayerisches Städtetz“ erarbeitet, die von den Stadträten/Stadtparlamenten der einzelnen Städte beschlossen und heute von den Oberbürger-

meistern unterzeichnet worden ist. Die Kooperationsvereinbarung sichert rechtlich die Zusammenarbeit ab und bewirkt ein festes, politisch legitimes Fundament der zukünftigen Städtetzarbeit. Sie regelt die Aufgaben und Arbeitsfelder, die Organisationsstrukturen, die Mitwirkung der Landesregierungen sowie den Finanzbedarf und die Kostenverteilung.

### Wesentliche Projekte

2. Der zurückliegende Projektzeitraum endete Ende Januar 2003. Das zuständige Projektmanagement unter der Leitung von Prof. Dr. Peter Jurczek von der TU Chemnitz konnte in seinem Resümee auf 30 Monate erfolgreiche Städtetzarbeit zurückblicken, die von den Oberbürgermeistern entsprechend gewürdigt wurde. Wesentliche Projekte in diesem Zeitraum waren:

- ≪ die intensiven Bemühungen der Oberbürgermeister und der lokalen Akteure um die Verbesserung des Fernverkehrsangebotes auf der Sachsen-Franken-Magistrale. Mit der Einführung des ICE T im Juni 2001 und der Einbindung der Stadt Bayreuth

(durch den Bau der „Schlössner Kurve“) konnten langjährige Zielstellungen des Städtetzes erreicht werden

- ≪ die JugendKunstBiennale 2002 in Bayreuth (nach 1998 in Hof und 2000 in Chemnitz die dritte Biennale), die durch ein erweitertes Konzept (attraktives Rahmenprogramm, organisierte „Thematische Städtefahrten“, Preisträgerausstellung) eine grosse auch überregionale Aufmerksamkeit gefunden hat.

- ≪ diverse gemeinsame touristische Angebote, z.B. der in einem Faltblatt enthaltene Vorschlag für 4 Radtouren entlang der Städtetz-Achse von Chemnitz nach Bayreuth oder die Erstellung eines gemeinsamen Veranstaltungskalenders.
- ≪ und nicht zuletzt die „Thematischen Städtereisen“ (Tagereisen mit dem ICE T für ein speziell interessiertes Fachpublikum) seit Herbst dieses Jahres, die mit dem gut angenommenen Angebot zur Picasso-Ausstellung nach Chemnitz („Picasso et les Femmes“) ein erstes Zeichen setzen konnten.

### Künftige Aktivitäten

3. Alle Beteiligten haben den festen Wunsch, die Städtetzarbeit intensiv fortzuführen. Die zukünftigen Aktivitäten wurden in einer Projektrahmenliste, die als Vorlage für die Projektanträge an die Länder dienen soll, vorgestellt und anschließend diskutiert. Die Liste fasst die Vorhaben in sechs Projektbereichen zusammen:

- ≪ kooperative Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung des Schienenverkehrsangebots auf der Sachsen-Franken-Magistrale
- ≪ Weiterentwicklung der Schienenverbindungen im Sächsisch-Bayerischen Städtetz
- ≪ JugendKunstBiennale
- ≪ Touristische Gemeinschaftsaktivitäten
- ≪ Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
- ≪ Begegnungen.

Die Vertreter der Staatsregierungen brachten deutlich zum Ausdruck, dass sie die erfolgreiche Städtetzarbeit auch in den nächsten drei Jahren projektbezogen finanziell fördern wollen.

## Grenzenloses Walderlebnis zwischen Bayern und Tirol

Nach Erlangen, Eichstätt und München hat nun auch das Allgäu ein Walderlebniszentrum: Im ehemaligen Polizeigebäude am Grenzübergang Füssen-Ziegelwies hat Forstminister Josef Miller die neue Einrichtung ihrer Bestimmung übergeben. Das Walderlebniszentrum Füssen-Ziegelwies sei ein Novum, sagte er: Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit habe man eine zukunftsweisende Einrichtung geschaffen, die ihresgleichen sucht. Die neue Anlage soll, so der Minister, sowohl den Bürgern aus Österreich als auch den Menschen des Allgäus und den vielen Touristen zugute kommen.

Rund 300 000 Euro wurden bisher investiert. Bis 2006 sollen insgesamt 1,4 Millionen Euro in das Projekt fließen. 50 Prozent davon fördert die EU über das INTERREG III A-Programm, weil das Walderlebniszentrum in das Tourismusnetzwerk „Allgäu/Tirol - Vitales Land“ eingebunden ist und den Fremdenverkehr im Allgäu bereichert.

Die Staatsforstverwaltung stellt den forstlichen Leiter sowie das Gebäude kostengünstig zur Verfügung. Laut Miller ist das Geld gut angelegt, denn: „Hier haben Erwachsene und Kinder, Einheimische und Kurgäste die Möglichkeit, den Wald im Alpenraum mit allen Sinnen zu erleben.“



## Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Seit alters her bewundern wir die Macht der politischen Rede. Schade, dass diese Kunst so auf den Hund gekommen ist.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ließ sowohl seiner humanistischen Bildung freien Lauf als auch seiner Lust, mit seiner historischen Beschlagenheit hausieren zu gehen.

Wie haben nicht die Reden eines Perikles, eines Cato oder eines Julius Cäsar die Welt verändert. Heute noch beeindruckend nachzulesen ist die Gettysburg-Adress Abraham Lincolns oder die Blut-Schweiß-Tränen-Rede Winston Churchills. Im Zitatenschatz sind Sätze wie „Ich bin ein Berliner“ von John F. Kennedy oder „Ich habe einen Traum“ von Martin Luther King gelandet. Was alle diese Reden verbindet, ist der Umstand, dass sie erst zu Sternstunden der Rhetorik erklärt wurden, nachdem sie gehalten waren.



jetzt alle Verbände beschlossen haben. Was die Rhetorik angeht, war die Rede eh eine Zustimmung. Langweiliger wäre auch die Lesung aus dem IKEA-Prospekt nicht ausgefallen. Hätte Bernhard von Clairveaux mit ähnlicher Imbrunst zum Kreuzzug aufgerufen, hätte er allein ins heilige Land wandern dürfen. Und über den Inhalt mag man auch nicht viel Worte verlieren. Es fragt sich

doch unwillkürlich, was in Zeiten historisch niedriger Zinsen ein Zinsverbilligungsprogramm soll. Zinsverbilligte Kredite den Kommunen anzudienen, bedeutet nichts anderes, als einem Verdurstenden in der Wüste, dem die Zunge schon am Gaumen klebt, einen Vitaminschiffchen anzubieten. Theoretisch würde er ihm gut tun, praktisch kann er ihn nicht lutschen, weil ihm dazu die Körperflüssigkeit fehlt. Ebenso fehlt zu vielen Kommunen die Fähigkeit, überhaupt noch Kredite aufnehmen zu können, weil sie bis über die Halskrause verschuldet sind.

Mein Chef, der Bürgermeister, muss jedenfalls weiter auf zwei Dinge warten: Einmal zu seinen Lebzeiten noch eine wirklich große Rede zu hören, und bald mehr Geld in den Kassen der Stadt zu haben. Ob er mal selbst das Rednerpodium erklimmen sollte, um eine Philippika der Kommunalpolitik im Stile Abraham a Santa Claras loszulassen? Ich lege ihm mal ein Kalenderblatt hin, auf dem ein Satz des Schröder-Vorgängers Willy Brandt notiert ist: „Die besten Reden sind die, die nicht gehalten werden. Die zweitbesten sind die scharfen, die drittbesten sind die kurzen.“

## Die Macht der politischen Rede

Um vorzubeugen, dass böswilligen politischen Beobachtern in den Sinn kommen sollte, die jüngste Regierungserklärung des Bundeskanzlers hinterhältiger- und ungerechterweise doch nicht in diese beeindruckende Folge massenkommunikativer Glanzleistungen einzureihen, hat man sie regierungsamtlicherseits einfach zum Ereignis erklärt, bevor sie gehalten wurde. So haben wir also alle am 14. März den Atem angehalten ob der zu erwartenden Wucht der Worte und uns fest an den Schreibtisch geklammert, damit uns der angekündigte Ruck nicht doch unerwarteterweise aus der Bahn wirft.

Aber alles halb so wild. Da war kein Ruck, sondern nur ein Ruckelchen, das auszusitzen



### Bezirk Schwaben:

## Museen ohne Ruhepause

Die Museen des Bezirks Schwaben gönnen sich keine Ruhepause. Nach dem erfolgreichen Jahr 2002 mit insgesamt ca. 150.000 Besuchern gilt es, die heuer gesteckten Ziele mit weniger Personal zu erreichen. Sonderausstellungen, Workshops, Feste, Kinderferienaktionen und viele museumspädagogische Begleitveranstaltungen sollen die Besucher mobilisieren.

Die Saison schon begonnen hat das Schwäbische Volkskundemuseum Oberschönenfeld mit der Schau „Landschaft in Schwaben“ in den neu eröffneten Räumen des restaurierten ehemaligen Kornstadts (bis 20. Juli). „Ostereier aus aller Welt“ liegen für eine Ausstellung bereit, die kürzlich eröffnet wurde. Die neue Dauerausstellung über schwäbische Bräuche und Feste wird dann voraussichtlich am 11. April dem Publikum zugänglich gemacht. Mitte Mai zeigen die Oberschönenfelder, wie es historisch mit Fahrrad und Radfahren in Schwaben ablief. Zum Jahr der Menschen mit Behinderungen werden vom 9. Mai bis 29. Juni Bilder der psychisch Kranken gezeigt. Es folgen drei Präsentationen von Gegenwartskünstlern: Keramiken von Emilie Kohle-Bentele (Anfang Juli), Werke von Klaus Konze und Erika Berkhemer unter dem Titel „Good vibrations“ (25. Juli) und Gemälde von Karin Rossmanith-Haslinger (31. Oktober). Aus der Mayenne, dem französischen Partnerdepartement des Bezirks Schwaben, ist ab Oktober eine Ausstellung französischer religiöser Volkskunst angesagt. Die traditionell große Weihnachtsausstellung in Oberschönenfeld widmet sich heuer „Krippen aus Schlesien.“

Im Schwäbischen Bauernhofmuseum Illerbeuren hat Anfang März bereits die Sonderausstellung „Landschaft und Bauernhaus“ mit Zeichnungen von Udo Scholz begonnen. Am 28. Juni folgen Fotos mit Motiven ländlichen Lebens aus der er-

sten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die dritte Ausstellung ist zur Weihnachtszeit dem Thema „Wärme - Feuer - Licht“ gewidmet. Das älteste Freilichtmuseum Bayerns (seit 1955) präsentiert in vielen Spezialführungen seine Bauernhöfe und Anlagen, in diesem Jahr besonders die Maschinenwerkstatt und die Wasserpumpstation in Betrieb. Ein besonderes Angebot ist am 3. Mai ein Kinderlieder-Festival.

In Naichen im mittelschwäbischen Kammeltal, wo es seit Jahren eine gebrauchsfähige Schmiedewerkstatt zu bestaunen gibt, ist ab Mai die Ausstellung „Vom Schulanfang“ zu sehen. Grundstock dazu ist die private Sammlung Esther Gajek. Dazu kommen regionale Ergänzungen zum Thema. Hier umrahmt ein unterhaltsames und informatives Begleitprogramm die Ausstellung.

Dies gilt auch für das Rieser Bauernmuseum Maihingen. Die Jahresausstellung „Die schwarze Zeit - Kleidung im Ries um 1900“ öffnete am 22. März ihre Pforten. Die Ausstellung nennt die Gründe dafür, warum im Ries selbst die Brautkleider eine Zeitlang schwarz waren. Ab 6. Dezember zeigt das Museum die Weihnachtspräsentation „Schaukelpferd und Puppenwagen - Kinderwünsche zu Weihnachten“. In Erinnerung daran, dass sich das Rieser Bauernmuseum in Gebäuden eines Birgittenklosters befindet, wird am 14./15. Juni 2003 der 700. Geburtstag der Heiligen Birgitta mit einem großen Fest gefeiert. KI

Die Gesamtkosten für die Projektumsetzung betragen etwa 240.000 Euro, wobei etwa 65 Prozent der Kosten durch die Länder übernommen werden sollen.

### Besonderer Leckerbissen für Eisenbahnfreunde

4. Als Auftakt des neuen Projektzeitraumes findet zu Ostern 2003 zum zweiten Male der Städtetz-Nostalgie-Express statt, der bei seiner ersten Durchführung auf großes Echo stieß. Dieser besondere Leckerbissen für Eisenbahnfreunde und die, die es werden wollen, beinhaltet ein unvergessliches Osterwochenende. Von Nürnberg über die Netzstädte nach Chemnitz wird Eisenbahngeschichte nostalgisch erfahren.

Die beiden Dampfzüge der Fränkischen Museums-Eisen-

bahn e. V. in Nürnberg und des Sächsischen Eisenbahnmuseums e. V. in Chemnitz garantieren eine interessante Hinfahrt am Samstag und eine Rückfahrt am Sonntag. Das Angebot umfasst außerdem ein attraktives Rahmenprogramm unterwegs und am Zielort Chemnitz, einschließlich eines günstigen Übernachtungsangebots.

5. Aufgrund der derzeitigen für die Netzstädte untragbaren

### EGgenfelden:

## Flugplatz bleibt in kommunaler Hand

Der Flugplatz Zainach bei Eggenfelden, Kreis Rottal-Inn, soll nun in kommunaler Hand bleiben: Wie Landrätin Bruni Mayer und Eggenfeldens Bürgermeister Werner Schießl in einer gemeinsamen Presseerklärung mitteilen, seien die Vertragsverhandlungen zwischen der Flugplatz GmbH Eggenfelden - Gesellschafter sind der Landkreis Rottal-Inn mit 80 Prozent und die Stadt Eggenfelden mit 20 Prozent - und dem Unternehmer Hans Lindner aus Arnstorf bezüglich einer Übernahme des Flugplatzes gescheitert.

Geplant war, den Flugplatz Eggenfelden in die Hände von Hans Lindner zu geben, der eine Linienflugverbindung geplant hatte, die den Wirtschaftsraum Rottal-Inn und umliegende Städte wie Straubing besser an das Ruhrgebiet und an die Bundeshauptstadt anbinden sollte. Für die sogenannte „PAN“-Air-Fluglinie (PAN ist das Autokennzeichen des früheren Landkreises Pfarrkirchen) wollte Lindner eine eigene, 30-sitzige Maschine kaufen.

### Grundsätzlich zur Transaktion bereit

Landkreis und Stadt standen diesen Plänen auch positiv gegenüber und so wurden im Kreistag und Stadtrat im Dezember vergangenen Jahres bzw. Januar dieses Jahres Beschlüsse auf Basis eines Angebotes von Herrn Lindner vom 3. Dezember 2002 gefasst, die eine grundsätzliche Bereitschaft zu dieser Transaktion signal-

sierten. Die entsprechenden Verträge sollten den Gremien wieder vorgelegt werden.

### Vertragsentwurf

Mit der Ausarbeitung dieser Verträge wurde ein Eggenfelder Rechtsanwalt in Zusammenarbeit mit einem Steuerberater und dem Geschäftsführer der Flugplatz GmbH - seit 07. Februar 2003 Verwaltungsdirektor Helmut Franz Ellinger - beauftragt.

Vorgesehen war, dass die Flugplatz GmbH den Verkehrslandeplatz an Hans Lindner im Wege eines Erbbaurechtsvertrages übergibt. Grundstückseigentümerin wäre in diesem Fall die GmbH geblieben. Über diesen Vertragsentwurf konnte letztlich keine einvernehmliche Lösung zwischen der GmbH und Hans Lindner erzielt werden. Die Vertragsverhandlungen wurden daher in gegenseitigem Einvernehmen abgebrochen. DK

Alf-Lechner-Museum in Ingolstadt:

## Würdiger Querschnitt durch ein Lebenswerk

Als Musterbeispiel für die gute Zusammenarbeit von privatem Mäzenatentum, Kommune und Staat gilt das Alf-Lechner-Museum in Ingolstadt. Getragen von der Alf Lechner Stiftung und der Stadt Ingolstadt beherbergt das im Februar 2000 eröffnete Museum auf rund 2000 Quadratmetern Ausstellungsfläche einen Querschnitt durch das Lebenswerk eines der bedeutendsten lebenden Bildhauer in Deutschland. Nach Eugen Gomringer's Museum für Konkrete Kunst ist es bereits das zweite Museum in Ingolstadt, das der Kunst der Gegenwart gewidmet ist.

Alf Lechner, 1925 in München geboren und dort auch aufgewachsen, wurde durch seine konkret orientierten, rostigen Großplastiken berühmt, die das zweistöckige, aus einer alten, 1949 von der Audi AG in Betrieb genommene Automobil-Fertigungshalle entstandene Museum in immer neuem Wechsel zeigt. Die Halle mit den sechs Sheds wurde bis auf die Tragstruktur zurückgebaut

und mit matten Aluminiumverbundplatten verkleidet. Der Eingang befindet sich in einem neu angefügten schmalen Glasvorbau. Durch sparsame Umbauten entstand somit ein funktionales Museumsgebäude, das sich in der Architektur zurücknimmt und der ausgestellten Kunst dient.

### Auszeichnung

Den Architekten Erhard und

Florian Fischer, verantwortlich für die gelungene Umwandlung des ehemaligen Tiefbaustützpunktes Mitte in die aufsehenerregende Heimstatt für das Alf Lechner Museum, wurde dementsprechend eine große Auszeichnung zuteil: Das Münchner Architektenteam erhielt den Deutschen Fassadenpreis 2001 zugesprochen und präsentierte das Projekt dem Fachpublikum während der Messe BAU 2001 in München.

### Baukosten

An den Baukosten in Höhe von zwei Millionen Mark beteiligten sich die Stadt Ingolstadt mit 750.000 Mark, der Freistaat Bayern steuerte weitere 750.000 Mark aus Kulturfond-Mitteln bei, ein Viertel der Bausumme, 500.000 Mark, brachte der Künstler selbst auf.

Darüber hinaus gibt Alf Lechner einen Großteil seiner Werke - rund 270 Stahlskulpturen und zahlreiche Graphiken - in eine Stiftung, die die Dauerausstellung gewährleistet und international hoch-

karätige Sonderausstellungen ermöglicht.

Durch Wechsel der Exponate sind stets neue Facetten, Perspektiven und Aspekte der Werke Alf Lechners zu sehen. Neben den vielfältigen plastischen Arbeiten werden auch Zeichnungen ausgestellt, die als autonome Kunstwerke unabhängig von der Arbeit an den Skulpturen entstehen. Zudem finden Veranstaltungen wie Lesungen, Konzerte, Symposien und Diskussionen statt.

Lechner lädt seine international anerkannten Künstlerkolleginnen und Kollegen zu einem künstlerischen Dialog ein, der in Form von Ausstellungen stattfindet. Es liegt auf der Hand, dass es dabei zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen dem Alf Lechner Museum und dem Museum für Konkrete Kunst kommt - inhaltlich liegen beide dicht beieinander und ergänzen sich ideal.

### Einfachheit als Lebensziel

„Mein ganzes Lebensziel ist die Einfachheit“ sagt Lechner, seit 1995 Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste, über sich. In der Einfachheit stecke soviel Kompliziertes, dass man gar nicht einfach genug sein könne. Wirkliche Entdeckungen mache man ja nur in den einfachsten Formen: „Je überladener eine Form

ist, desto weniger sieht man das Wesentliche. Für mein Gefühl hat Skulptur sehr viel mit Philosophie zu tun. In der Philosophie geht es letztlich ja auch um ganz einfache Begriffe, und ein Dichter wie Thomas Bernhard imponiert mir durch seine Spezifische Begabung, komplizierte gesellschaftliche Zusammenhänge durch sinnfällige einfache

Darstellung klarzumachen.“

Für die Stadt Ingolstadt bedeutet das Alf Lechner Museum eine sinnvolle Ergänzung der Museumslandschaft und dadurch eine verstärkte überregionale kulturelle Ausstrahlung. Der wachsende Museumsbogen an der Donau in Ingolstadt hat einen weiteren Glanzpunkt erhalten. **DK**

### Bündnis für Familie:

## Wir lassen Nürnberg blühen!

Das Nürnberger Bündnis für Familie, ein Netzwerk aus verschiedenen Einrichtungen, Initiativen und Verbänden, die das Leben mit Kindern fördern und sichern helfen, lässt drei Monate lang 100 Floris blühen. Das Logo des Bündnisses ist eine Blüte mit einem kleinen, lächelnden Gesicht mit dem Namen Flori. Mit 100 großen Floris soll Nürnberg in den Frühlingmonaten zum Blühen gebracht werden. Das Logo wird in 25 kg schwere und 1,50 Meter große weiße Kunststoffplastiken gegossen. Diese Rohlinge können von großen und kleinen Unternehmen sowie von Vereinen, Ärzten, Kanzleien und Privatpersonen erworben und gestaltet werden.

### Lieferung frei Haus

Jede Flori wird für eine Spende von 1.600 Euro frei Haus geliefert. Die Floris können entweder vor Geschäften, Unternehmen oder Praxen der Sponsoren aufgestellt oder vom Bündnis für Familie auf zentralen Plätzen der Stadt platziert werden. Die Gelder aus der Patenschaft für die Blumen kommen den vielfältigen sozialen Projekten des Bündnisses für Familie zugute. **KI**

### Vorschau auf GZ 8

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 8, die am 10. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Kommunale Baupolitik
- ◀ Dorferneuerung - Stadtanierung
- ◀ Garten- und Landschaftsbau
- ◀ Kommunalfahrzeuge - Städtereinigung
- ◀ Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung